

Betrieb als Strategie: theoretische Vorarbeiten zu einem industriesoziologischen Konzept

Bechtle, Günter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. - ISF München

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bechtle, G. (1980). *Betrieb als Strategie: theoretische Vorarbeiten zu einem industriesoziologischen Konzept*. (Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V.). Frankfurt am Main: Campus Verl.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-100981>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Günter Bechtle

Betrieb als Strategie

**Theoretische Vorarbeiten zu einem
industriesoziologischen Konzept**

campus

**Forschungsberichte aus dem
Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V.
München**

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Bechtle, Günter:

Betrieb als Strategie : theoret. Vorarbeiten
zu e. industriesoziolog. Konzept / Günter
Bechtle. - Frankfurt/Main, New York : Campus, 1980.
(Forschungsberichte aus dem Institut für
Sozialwissenschaftliche Forschung e.V.
München)
ISBN 3-593-32663-9

ISBN 3-593-32663-9

Die Forschungsberichte werden herausgegeben vom Institut für
Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. (ISF), München.

Copyright (c) 1980 bei ISF, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht auf Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Photokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Instituts reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Vertrieb: Campus Verlag, Schumannstraße 65, 6000 Frankfurt 1

Druck und Herstellung: Söllner, Schöpferplatz 1, 8000 München 50

Printed in Germany

INHALT

Vorwort	III
Einleitung: Zum gesellschaftstheoretischen Anspruch von Industriesoziologie	1
I. Vergesellschaftung von Arbeit und asymmetrische Verteilung von Macht	11
A. Arbeitsprozeß und Warenproduktion	11
B. Vergesellschaftung von Arbeit durch die Bestimmung von Wertformen	13
C. Negative Vergesellschaftung von Ar- beit, Dimensionen von Machtasymmetrie	18
II. Zum Verhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß und einzelkapitali- stischen Verwertungssystemen	25
A. Schrankenlosigkeit in Grenzen	26
1. Das begriffliche Verhältnis zwischen Grenze und Schranke von Kapitalver- wertung	26
2. Grenzen innerhalb des gesellschaftlichen Produktionsprozesses	29
3. Exkurs: Grenzen der Kapitalverwertung und technischer Fortschritt in ökonomi- schen Theorien	31
B. Das kontingente Verhältnis zwischen Kapital- verwertung und Produktivkraftsteigerung	36
1. Bestimmungsgründe der Kontingenz	36
2. Voraussetzungen der Bewältigung von Kontingenz	39
C. Die Notwendigkeit autonomer Kapitalverwertung und ihre Beziehung zur Konkurrenz	44
1. Theoretische Probleme des Konkurrenzbe- griffes	45
2. Autonomie von Einzelkapital, ihre Merk- male und ihre Struktur	47

III. Gestaltung des Produktionsprozesses und des Arbeitskräfteeinsatzes in Form von Betrieb	57
A. Das Problem der Reichweite der Subsumtion von Arbeitskraft unter die Bedingungen des unmittelbaren Produktionsprozesses	57
B. Dimensionen der Beherrschung des Produktionsprozesses und der reellen Subsumtion lebendiger Arbeit	60
C. Der Einsatz von Arbeitskraft durch den "Betrieb": Lösungsstrategien von Einzelkapital	67
1. Zum Problem der Grenzen im Verhältnis zwischen Beherrschung des Produktionsprozesses und reeller Subsumtion	67
2. Betriebliche Probleme - einzelkapitalistische Strategien	69
D. Neue Formen des Verhältnisses zwischen Arbeitskraft und Produktionsprozeß als Lösung von Produktivitäts- und Legitimationsproblemen	80
1. Rigidität und Autonomie	80
2. Die Ambivalenz der "autonomen" Formen von Arbeit	86
Literaturverzeichnis	97
Das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. München	i

Vorwort

Dieser Forschungsbericht des ISF München entstand im Rahmen theoretischer Arbeiten des Teilprojekts C1 ("Probleme betrieblicher Arbeitskräftepolitik") im DFG-Sonderforschungsbereich 101 (Universität München).

An der Entwicklung dieses theoretischen Konzepts war insbesondere Norbert Altmann beteiligt. Häufige Diskussionspartner waren Klaus Düll und Dieter Sauer sowie Burkart Lutz und später Heiner Stück. Die technische Berichterstellung lag in den Händen von Gerda Pylottis. Ihnen sei hiermit herzlich gedankt.

Diese Veröffentlichung hat eine bestimmte Vorgeschichte, die in der Industriesoziologie als Diskussion des sogenannten "Betriebsansatzes" des ISF München bekannt ist. Deshalb scheint eine Bemerkung vorweg notwendig: Es handelt sich hier nicht um eine Weiterentwicklung des "Betriebsansatzes" in Richtung seiner unmittelbaren Umsetzbarkeit in empirischen Forschungsprojekten. Vielmehr geht es um die Darstellung des theoretischen Hintergrundes dieses Ansatzes. Ziel ist also die Begründung und Entfaltung der zentralen Dimensionen, an denen dann eine analytisch orientierte Weiterarbeit anzusetzen hätte. Diese wäre gezielt auf den betrieblichen Einsatz von Arbeitskraft zu richten. Aus dem letzten Teil des Berichts wird allerdings klar, daß Voraussetzung hierfür eine theoretisch fundierte Konzeption von Macht im Industriebetrieb ist. Die vorliegende Arbeit nimmt also Überlegungen auf, die bereits in kürzeren theoretischen Skizzen, zum Beispiel auf dem Soziologentag 1976, vorgelegt wurden, und führt sie weiter. Sie geht allerdings noch nicht auf die Diskussion und die Kritik, die der Ansatz bisher gefunden hat, ein. Dies soll einer weiteren Arbeit überlassen bleiben.

München, im Januar 1980

Der Verfasser

Einleitung: Zum gesellschaftstheoretischen Anspruch von Industrie- soziologie

Daß das folgende Strickmuster von Forschung keine befriedigenden Resultate zustande bringt, hat die industriesoziologische Diskussion in den letzten zehn Jahren wohl eindeutig geklärt: Eine kapitaltheoretische Analyse der "wirklichen Bewegung" des gesellschaftlichen Produktionsprozesses ermittelt die objektiven Bedingungen von Kapitalverwertung, die "zwanghaft" die Entwicklung determinieren; eine "Realanalyse" durch empirische Sozialforschung bringt dann die "nur noch" unterschiedlichen, mehr oder weniger abweichenden, mehr oder weniger nachhinkenden oder vorausseilenden, brüchigen Formen der Durchsetzung der "Zwangsgesetze" zum Vorschein. Diese dann in den großen Zusammenhang der "wirklichen Bewegung" des Akkumulationsprozesses, der Konzentration und Zentralisation, der Monopolbildung, der Automatisierung, der Multinationalen auf dem Weltmarkt, der Staatsinterventionen einzupassen, bleibt der Kunstfertigkeit der Forscher überlassen. Ob man dabei zuerst forscht und dann denkt oder umgekehrt ist im Prinzip unwichtig. Die Schwäche dieses Vorgehens liegt dabei nicht darin, daß die dem theoretischen Erkenntnisanspruch entsprechenden empirischen Forschungsinstrumente fehlten. Es handelt sich also auch zunächst nicht um das Theorie-Empirie-Problem.

(1) Das Problem - und auch dies ist wohl Ergebnis der Forschungserfahrung der letzten zehn Jahre - liegt, abstrakt formuliert, darin, daß begriffliche Instrumente und Konzepte fehlen, die dem Anspruch gerecht würden, Forschungsfragestellungen so zu formulieren und Erkenntnisobjekte so zu erfassen und zu interpretieren, daß das je konkrete Verhältnis des "besonderen Kapitals und seines besonderen Produktionsprozesses" zu den "gemeinschaftlichen, allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion" (Marx 1953, S. 432) explizit im theoretischen Ansatz berücksichtigt wird.

Dies gilt sowohl für die Beschreibung und Interpretation des Verlaufs technisch-organisatorischer Veränderungen, wie für die Analyse der Entwicklung von Qualifikationsstrukturen oder des betrieblichen Arbeitskräfteeinsatzes. Dieses vollzieht sich real im

Industriebetrieb und die Konzentration auf dieser Ebene hat zweifellos auch forschungspragmatische Gründe, wenngleich es absurd wäre anzunehmen, daß alles, was außerhalb oder "oberhalb" von Betrieben sich abspielt, weniger real wäre.

Dieses reale Geschehen aber ist historisch vermittelt durch das eben bezeichnete Verhältnis. Ziel der hier vorgelegten theoretischen Versuche ist also die begriffliche Durchdringung dieser Vermittlungsebene zwischen dem unmittelbaren Produktionsprozeß und den gesellschaftlichen Bedingungen und Erfordernissen von Kapitalverwertung. Damit müßte schon durch diese Form der Fragestellung klar sein, daß es sich hier nicht um die Erarbeitung von empirischen "Begriffen", die in einer "Realanalyse" nutzbar wären, handeln kann. Es geht vielmehr um Verhältnisbegriffe, deren Charakter man annähernd einem historischen Funktionalismus zuordnen kann.

(2) Zweitens handelt es sich bei diesen Begriffs Konstruktionen um Vorarbeiten, die letztlich dem Erkenntnisinteresse dienen sollen, betriebliche Formen des Arbeitskräfteeinsatzes zu erfassen und prognostisch zu interpretieren. Das abstrakt bezeichnete Vermittlungsproblem der begrifflichen Rekonstruktion von Wirklichkeit auf der Ebene Betrieb und Arbeitskraft wiederholt sich in bestimmter Form: Auf der einen Seite ergibt sich aus den bisherigen Bemerkungen der Anspruch, konkrete Beziehungen zwischen Betrieb und Arbeitskraft auf historisch durchgesetzte Formen der Vergesellschaftung zu beziehen. Versucht man aber, sich theoretisch mit solchen Formen, in welcher Dimension auch immer, sei es mit Bewußtseinsformen, sei es mit konkreten Nutzungsformen im Produktionsprozeß, auseinanderzusetzen, stellt man fest, daß das jeweilige Erkenntnisobjekt nicht in der nach Teildisziplinen geordneten Begrifflichkeit aufgeht.

Betriebssoziologie, Berufssoziologie, Bildungssoziologie, Arbeitsmarktsoziologie - die je für sich die Analyse spezifischer struktureller Bestimmungen von Arbeit in Anspruch nehmen - und das Feh-

len einer gesellschaftstheoretischen "Soziologie der Arbeit"¹⁾ entsprechen sich.

Gleichzeitig bedeutet dies, daß die aus einer "Soziologie der Arbeit", die ihrem Selbstverständnis nach mit dem Anspruch auf Totalitätserfassung auftritt, sich wissenschaftshistorisch herausdifferenzierenden Teildisziplinen zugleich "wahrer" und "falscher" sind als diese selbst. Sie zeichnen auf der einen Seite den historischen Prozeß einer Vergesellschaftungsform von Arbeit nach: dabei wird diese formalen Organisationsprinzipien unterworfen, auf Funktionen bezogen, die von austauschbaren Personen vollzogen werden. Arbeitsinhalte werden subjektiv und objektiv substanzlos. Arbeitseinsatz und der Erwerb von Arbeitsqualifikationen sind nicht länger aufeinander beziehbar. Die Reproduktionssphäre scheint sich gegenüber der Produktionssphäre zu verselbständigen; ökonomisches Wachstum und Produktivkraftentwicklung bewirken keine vergleichbare und determinierbare Anhebung von Arbeitsqualifikationen. Auf der anderen Seite sind Organisations-, Berufs-, Bildungs- etc. -soziologie nicht in der Lage, ihre eigene gesellschaftliche Bedingtheit und damit Funktion zu reflektieren, die Begrenztheit

1)

Dabei sehen wir ab von der französischen Soziologie, d.h. von der Touraine'schen Handlungstheorie und insbesondere von den Arbeiten von Naville und Rolle; vgl. hierzu die Arbeiten von Touraine 1965; Touraine 1966, mit dem Anspruch, die traditionellen Themenstellungen der Industriesoziologie (insbesondere Probleme des Arbeiterbewußtseins) in der Konstruktion eines "sujet historique" theoretisch zu fassen; vgl. ferner Touraine 1973, wo die "historicité" des gesellschaftlichen Produktionsprozesses als Ausdruck wachsender Selbststeuerung der Gesellschaft durch sich selbst gefaßt wird und die Grundlage aller soziologischen Fragestellungen nach dem Verhältnis zwischen der Entwicklung von Produktivkräften und kulturellen Systemen bilden soll. Vgl. andererseits Naville 1970, wo in der Kritik am sozialistischen Lohn die Grundlagen einer "sociologie du salariat" entwickelt werden, und Rolle 1971, wo die theoretische Grundlagendisziplin aller industriesoziologischen Fragestellungen gefordert wird. Vgl. zu diesen Ansätzen und zur französischen Industriesoziologie allgemein Düll 1975.

ihrer Erklärungen auf die Entwicklung ihres Gegenstandes zu beziehen, den zu definieren sie dann überhaupt in Identitätsschwierigkeiten bringt.¹⁾

Für Industriesoziologie selbst gilt wohl, daß sie ihr Selbstverständnis immer wieder darin findet, die Forderung einzulösen, "Unmittelbarkeit" zu respektieren, ohne an diese verhaftet zu bleiben: als Anspruch nämlich, jene Produktivkraft von Arbeit in der industriellen Wirklichkeit auszumachen, die sich gegen alle formal-abstrakte Rationalität als deren "bessere Wirklichkeit" durchsetzt; als Anspruch, ein Moment von Praxis festzumachen, das gegen deren Auflösung in technisch-formale Rationalität sich wehrt, um der "höheren Rationalität" der "wirklichen" Potenz von Arbeit willen. Dieses Engagement industriesoziologischer Forschung (insbesondere der deutschen empirischen Industriesoziologie) drückt sich zum Beispiel in ihrem beharrlichen Hinweis darauf aus, daß in der Realität sich die schlechte Rationalität kapitalistischer Produktivitätssteigerung permanent entlarve, worauf etwa "informelle Gruppen" oder die "Belegschaftskooperation" verwiesen, die als notwendig sich gegen alle rationalen Vorplanungen durchsetzen und deren gemeinte Rationalität spontan zum Zuge kommen ließen. Man glaubt, den falschen Schein, die Anarchie der Warenproduktion ließe sich in rationell organisierten Arbeitsprozessen auflösen, immer wieder als solchen entlarven zu können.

Ein Teil dieses Problems, der aber nicht mit diesem zu verwechseln ist, nämlich Unmittelbarkeit zum Zuge kommen zu lassen, ohne naiven Empirismus und theoretische Distanz zu akzeptieren, ohne in leere Abstraktionen zu verfallen, betrifft das Verhältnis zwischen Handlungsebene und struktureller Ebene innerhalb der Industriesoziologie.

¹⁾ Bereits vor etwa einem Jahrzehnt ist dieser Zusammenhang - wenn auch nur partiell und ansatzweise - mit der These einer allgemeinen Krise der Industriesoziologie ins Blickfeld geraten. Vgl. dazu Touraine 1969; Herkommer 1972. Zur Krise der Industriesoziologie vgl. auch Schmidt 1974, S. 14-36; Düll 1975, S. 15-38; sowie Lutz, Schmidt 1977.

(3) Kann eine Kritik der Produktivkraft auf der Handlungsebene, auf der Ebene handelnder Subjekte, von Arbeitshandeln als zerlegtem, als Nichthandeln, als "kontemplative Haltung" (Lukács) angesetzt werden? Es ist zum Beispiel leicht, Formen der Humanisierung von Arbeit bis hin zu teilautonomen Gruppen als Integrationsstrategien der Kapitalseite zu "entlarven"; entsprechend einfach ist es, Formen von Handeln oder Handlungsstrukturen zu entwerfen als utopisches Gegenbild gegen ihre kapitalistische Verfassung.

Worauf es dagegen ankäme, wäre, die Bedingungen anzugeben, die einerseits die Aufrechterhaltung von traditionellen Arbeitsformen historisch verlängern, aber gleichzeitig auf ihre Überwindung drängen. Auf widersprüchliche Bedingungen also hinzuweisen, nicht zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern zwischen der Abhängigkeit dieses Verhältnisses von Formen der Produktivitätssteigerung, die es nicht, oder besser: immer nur begrenzt, einlösen kann. Es wäre Aufgabe einer positiven Kritik von Produktivkraft, die Notwendigkeit der Aufhebung dieser Selbstbegrenzung nachzuweisen. Von taylorisierten Arbeitsformen, in einem soziologischen Naturalismus (Touraine) verstanden, ist das Kapitalverhältnis nicht abhängig, auch wenn diese immer wieder als Instrument von Reorganisation, von Disziplinierung, von Bewertungsverfahren eingesetzt werden. Abhängig ist das Kapitalverhältnis von einer Rekombination von Arbeit, die nach kapitalistischen Systembedingungen erweiterter Reproduktion planbar und politisch beherrschbar sein muß.

Statt in Forschungsansätzen dieses Planungs- und Beherrschungspostulat begrifflich aufzubrechen und dann auf betrieblichen Arbeitskräfteinsatz zu beziehen, scheint die marxistische Kritik an kapitalistischen Arbeitsformen sich auf einen "Buhmann" einzuschließen: Der Taylorismus dient dieser Kritik als Fetisch kapitalistischer Produktion schlechthin. Das Problem der Überwindung tayloristischer Arbeitsformen wird zum Problem der Krise kapitalistischer Formen von Vergesellschaftung stilisiert.

Auf der einen Seite weiß man, daß die Überwindung tayloristischer Arbeitsformen neuen Verwertungserfordernissen von Kapital entspricht, ohne andererseits erklären zu können, warum und worin die

Notwendigkeit der Überwindung selbst widersprüchlich sein muß. Der Erklärung dieser Widersprüchlichkeit als betriebliches Problem des Arbeitskräfteeinsatzes gilt unser zentrales Erkenntnisinteresse. Dahinter steht die Behauptung, daß gegenwärtig in der Industrie-soziologie ungeklärt ist, inwiefern "neue Arbeitsformen" generell Prinzipien von Kapitalverwertung oder "nur" ihre spezifischen tayloristischen Ausdrucksformen bestätigen oder in Frage stellen.

Wir setzen uns in spezifischer Weise von der Taylorismus-Diskussion ab. Bei dieser Absetzung von der Alternative: Überwindung oder Nichtüberwindung kapitalistischer Formprinzipien der Gestaltung von Arbeitsprozessen gehen wir von der Annahme aus, daß mit einer kritischen Rekonstruktion von Systemtheorie das Problem, ob das "emanzipatorische Potential" der Produktivkräfte historisch sich durchsetzt bzw. begrenzt bleibt, adäquater behandelt werden kann als dies mit einer - wenn auch marxistischen Ad-hoc-Kritik des Taylorismus möglich wäre. Dabei soll nicht vergessen werden, daß das Prinzip des Taylorismus in der Ausschaltung von willkürlichem, fehlerhaftem, nicht prognostizier- und nicht berechenbarem Arbeitshandeln, in dessen systematischer Organisation und Planbarkeit bestand. Allerdings werden wir diese Annahme, Systemtheorie sei das theoretisch adäquate Objekt einer Kritik der Formen von Vergesellschaftung von Arbeit, nicht explizit, sondern nur immanent durch die Darstellung des Problems selbst begründen.

Vorweg nur so viel: Die Systemtheorie, insbesondere die Luhmann'scher Prägung, hat Taylor bruchlos und brüchig zugleich in sich aufgenommen und fortgeschrieben im Sinne der Ausdehnung des Funktionskreises "instrumentellen Handelns" (Habermas) auf die Ebene von Gesamtgesellschaft. Dieser Behauptung, die soziologische Theorie Luhmanns habe den Taylorismus vergesellschaftet, ist die Annahme immanent, daß die Organisationsform von Arbeit als deren Vergesellschaftung anhand jener Theorie kritisch interpretiert werden muß, die deren Totalisierung als System am nächsten kommt. Wenn wir uns auf Systemtheorie und nicht auf Taylor beziehen, dann deswegen, weil wir davon ausgehen, daß die Widersprüchlichkeit der Überwindung tayloristischer Organisationsprinzipien durch eine immanente Kritik dieser auf Gesamtgesellschaft angehobenen System-

theorie adäquater gefaßt werden kann als durch eine Beschreibung stofflicher Erscheinungsformen.¹⁾

Kritische Theorie darf sich nicht nur auf die manifesten Formen ihres Erkenntnisobjekts - in unserem Falle existierender stofflicher Formen von Vergesellschaftung von Arbeit - beziehen, sondern muß deren Widersprüchlichkeit als ihre "Selbstüberholungstendenz" (Lukács) begreifen. Das heißt, das begriffliche Instrumentarium kritischer Theorie, dem Anspruch an Gesellschaftstheorie verpflichtet, darf sich nicht an der Krise vergangener und sich auflösender Formen von Vergesellschaftung orientieren, ohne deren Auflösung selbst positiv formulieren zu können. Kritische Theorie muß verhindern, daß Systemtheorie in der gleichen Form von Gesellschaft vereinnahmt wird wie Taylor, nicht nur durch Ford, sondern auch durch Lenin.²⁾

Eine Kritik der kapitalistischen Formen der Rekomposition von Arbeit ist auf der Ebene der arbeitsorganisatorischen Gestaltung von Arbeitsformen handlungstheoretisch nicht möglich. Dies nimmt nichts weg von der politischen Notwendigkeit und Berechtigung von Handlungstheorie, wenn ihr sukzessiv der Bezug auf die Systemebene gelingt, sie zumindest beide Ebenen nicht verwechselt oder die System- und Planungsebene schlicht als falschen kapitalistischen Schein vom Tisch fegt; das "wahre Falsche" muß Orientierungsdimension von Kritik auf beiden Ebenen bleiben.

1) Obwohl es sich unserem Erkenntnisinteresse gemäß nicht um eine "systemtheoretische Entproblematisierung" marxistischer Gesellschaftstheorien handeln kann, sollte man nicht schlechthin und von vornherein ihren apologetischen Charakter unterstellen, zumindest, was ihre ausgereifere Form betrifft, nämlich Luhmanns Äquivalenzfunktionalismus (so etwa: Deutschmann 1975, S. 81 ff).

2) Zum Verhältnis von politischer Ökonomie und Systemtheorie unter der Fragestellung nach den gesellschaftlichen Bedingungen der Formen menschlicher Arbeit halten wir folgende Literatur für einschlägig: Hülst u.a. 1973.

(4) Wir selber versuchen, die möglichen Ansatzpunkte der Vermittlung zwischen einer gesellschaftstheoretischen Analyse von Lohnarbeit mit den konkreten Erscheinungsformen von Arbeit im betrieblichen Produktionsprozeß anhand der folgenden Argumentationsschritte zu erfassen: Wir fassen das Lohnarbeitsverhältnis als spezifische Form gesellschaftlicher Machtasymmetrie, als Vergesellschaftung von Arbeit, die der freien Disponibilität der Arbeitskraft für veränderliche Zwecke der Kapitalverwertung unter Bedingungen kontingenter Strukturen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses unterworfen ist (Teil I). Wir bestimmen den Betrieb strukturell als Einheit und prozeßhaft als einzelkapitalistische Strategie der Beherrschung, der Zusammenordnung jener Bedingungen des unmittelbaren Produktionsprozesses, einschließlich menschlicher Arbeitskräfte, die die Reproduktion und die Steigerung der Produktivkräfte voraussetzen.

Zwischen dieser Machtasymmetrie im gesellschaftlichen und der Beherrschung des Produktionsprozesses im betrieblichen Maßstab (orthodox als Verhältnis zwischen Anarchie und Despotie bezeichnet) vermitteln Autonomie und Konkurrenz der Einzelkapitale.

Machtasymmetrie als gesellschaftliches Produktionsverhältnis und Steigerung der Produktivkraft stehen zueinander im Verhältnis von Schrankenlosigkeit (der Produktivkraftsteigerung zum Zweck der Kapitalakkumulation) innerhalb und durch von der Machtasymmetrie selbst bestimmten Grenzen der Verfügung, der Nutzung und der Bewertung von Arbeitskraft (Teil II). Autonomie des Einzelkapitals ist die notwendige Form der Transformation von im Prozeß der technisch-organisatorischen Entwicklung nicht bestimmaren Grenzen der Kapitalverwertung (bzw. Kapitalentwertung und Fall der Profitrate) in überwindbare Schranken in Form einzelkapitalistischer Ausdehnung von Mehrarbeit und steigender Profitmasse. Die Konkurrenz als Beziehung der Einzelkapitale aufeinander wiederum reguliert den Ausgleichsprozeß zwischen der möglichen Schrankenlosigkeit einzelkapitalistischer Verwertung und den immanenten Grenzen der Erweiterung der gesellschaftlichen Reproduktion. Der Autonomisierungsdruck von Einzelkapital aber verändert tendenziell in Form von Zentralisierung/Monopolisierung den Konkurrenzmechanismus als

"äußeren Zwang". Dieser wird immer weiter hinausgeschoben, tendenziell der Bewegung des Weltmarktes "überlassen". Dies bewirkt zweierlei: die Entstehung eines Plankapitalismus, der künstlich politisch verordnete Schranken aufzustellen versucht, dabei aber davon abhängig ist, daß sich die organisierte Arbeitskraft auf deren Einhaltung verpflichten läßt, und zum zweiten die Gefahr, daß sich die Zusammenhangslosigkeit des Gesamtprozesses innerhalb autonomer Einzelkapitale als inneres, nicht mehr abwälzbares Problem reproduziert.

Unsere eigenen Überlegungen jedoch stoßen nicht in diese Richtung von krisentheoretischen Aussagen über die Entwicklung des Gesamtprozesses vor, weil wir die politische Ebene "Staat" und "organisierte Arbeitnehmervertretung" nicht systematisch berücksichtigen können. Wir bleiben vielmehr stehen bei der Analyse jener angedeuteten einzelkapitalistischen Transformation von gesellschaftlichen Grenzen der Machtasymmetrie in solche Schranken, die sich auf der Ebene des unmittelbaren Produktionsprozesses als betriebliche Probleme der Beherrschung des Produktionsprozesses stellen (Teil III). In dem Maße, wie es gelingt, Transformationsregeln zu benennen, läßt sich die Vermittlung zwischen der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Machtasymmetrie und der Bewältigung betrieblicher Probleme - zentral bei der Gestaltung des Arbeitskräfteeinsatzes - als betriebliche Strategien des Einzelkapitals, läßt sich Betrieb als Strategie, interpretieren.¹⁾

1) Hier ist eine letzte Vorbemerkung angebracht. Forschungserfahrungen des Verfassers in den letzten Jahren in Italien im Zusammenhang mit neuen Formen der Arbeitsorganisation sowie mit der gewerkschaftlichen Politik gegenüber dem betrieblichen Arbeitskräfteeinsatz und eine daran sich anschließende Diskussion mit den Dortmunder Kollegen Braczyk und Schmidt regen zu folgender Vermutung an: Die Zentralität des Betriebes als strategische Einheit des unmittelbaren Produktionsprozesses ist an spezifische historische Formen der Sicherstellung autonomer Kapitalverwertung gebunden, die durch besondere gesellschaftliche Voraussetzungen in Deutschland eine besondere Ausprägung erfahren haben. Diese Bedingungen konnten in diesem Bericht nicht berücksichtigt werden. An erster Stelle wäre hierbei das die industriellen Beziehungen in der BRD prägende duale System der Interessenvertretung der Arbeiterschaft zu nennen. Gleichzeitig hat dies lange Zeit dazu geführt, daß den Autoren des "Betriebsansatzes" unterstellt wurde, sie würden dem Betrieb Subjektcharakter zumessen, der Betrieb würde Strategien entwickeln. Daß nicht der Betrieb "freigesetzt" wird, sondern das Kapital, ist von ihnen allerdings erst später klarer herausgearbeitet worden.

Allerdings bleibt auch auf der Ebene des unmittelbaren Produktionsprozesses das Problem der Disponibilität, die Kontrolle der Arbeitskraft, für die Überwindung der in Sachimperative transformierten Schranken zentral. Arbeitskraft wird um den Preis ihrer Reproduktionsfähigkeit zur Einhaltung dieser Schranken gezwungen in Form notwendiger Organisation ihrer Nutzung, notwendiger quantitativer und qualitativer Strukturen ihrer Verfügbarkeit und notwendige Bewegungen oder Erstarrungen ihrer Gratifikation, wobei sich die Notwendigkeiten aus der Bewegung der Verwertung und Realisierung von Kapital ergeben.

I. Vergesellschaftung von Arbeit und asymmetrische Verteilung von Macht

Die Fragestellung im ersten Teil des Berichts richtet sich auf die Bestimmung der ersten zentralen Dimension unseres theoretischen Ansatzes: die asymmetrische Verteilung von Macht im Prozeß der Vergesellschaftung von Arbeit. Dazu sind zwei Vorschritte notwendig:

- o Aus Darstellungsgründen wird im ersten Abschnitt sehr verkürzt auf die Marx'sche Analyse des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zurückgegriffen, um daraus analytische Dimensionen zu gewinnen (A).
- o Im zweiten Schritt wird versucht, den Prozeß der Vergesellschaftung von Arbeit durch die Analyse der Entwicklung von Wertformen begrifflich zu differenzieren (B).
- o Auf dieser Basis wird es dann möglich sein, die spezifische Subjekt-Objekt-Verkehrung im Vergesellschaftungsprozeß als Machtbasis oder als "negative" Vergesellschaftung von Arbeit zu begreifen (C).

A. Arbeitsprozeß und Warenproduktion

Die Produktionsverhältnisse, in denen sich Gesellschaft innerhalb ihres Produktionsprozesses befindet, bestimmen gleichzeitig durch die Produktionsweise die gesellschaftliche Form, in der sich die subjektiven und objektiven Arbeitsbedingungen kombinieren und damit auch die Beziehungen der arbeitenden Subjekte "mit Natur".

Extrem schematisiert kann man den gesellschaftlichen Produktionsprozeß kapitalistischer Warenproduktion in drei analytische Ebenen zerlegen:

Unter der ersten Ebene verstehen wir die materiellen Produktionsbedingungen, unter die die subjektiven Produktionsbedingungen (die menschliche Arbeit) und die objektiven Produktionsbedingungen (die Produktions- und Reproduktionsmittel) fallen. Ihre Verbindung stellt den abstrakten Arbeitsprozeß dar, abstrakt, weil die Produktionsverhältnisse in dieser Perspektive noch nicht berücksichtigt sind.

Die zweite Ebene kann man mit dem Begriff der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen fassen. Es handelt sich um die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, d.h. die Beziehung zwischen Lohnarbeit und Kapital.

Unter der dritten Ebene verstehen wir die Struktur der Produktivkräfte. Hier erscheinen die materiellen Produktionsbedingungen (die subjektiven und objektiven) in den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen aufgehoben: Diese gesellschaftliche Form der materiellen Produktionsbedingungen ist das Verhältnis von variablem und konstantem Kapital, deren Beziehung den kapitalistischen Verwertungsprozeß, die kapitalistische Produktionsweise, charakterisiert.

Entscheidend ist nun, daß Ausgangspunkt und Voraussetzung des gesamten Produktionsprozesses, d.h. die von den objektiven Produktionsbedingungen getrennt und isoliert existierenden subjektiven Produktionsbedingungen, ständig reproduziert werden müssen und daß dies als Basis des Lohnarbeitsverhältnisses im Verwertungsprozeß von Kapital permanent garantiert wird. Die Struktur des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, also die Beziehung zwischen den materiellen Produktionsbedingungen, den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen und der spezifischen Produktionsweise erscheint deswegen "im Gleichgewicht", weil alle verfügbaren Produktionsbedingungen, subjektive wie objektive, sich innerhalb des Produktionsprozesses in Produktivkräfte für den spezifischen Zweck der Kapitalverwertung umformen. Wie verändern sich dadurch die materiellen Produktionsbedingungen, wenn der Arbeitsprozeß Mittel des Verwertungsprozesses von Kapital wird? Die gesellschaftliche Kombination und Organisation erlauben die Ausdehnung und Effizienzsteigerung der Produktion. Der gesellschaftliche

Charakter der objektiven Produktionsbedingungen in Form der Maschinerie bzw. von fixem Kapital schlechthin scheint der Arbeitskraft gegenüber getrennt, ihr entgegengesetzt zu existieren. Die subjektiven Produktionsbedingungen als einzelne Arbeitskräfte agieren nur mehr als "besondere Organe" der kollektiven Gesamtarbeit; die gesellschaftliche Verbindung, innerhalb derer Arbeit verausgabt wird, verdichtet sich gegenüber der Arbeitskraft als kapitalistische Organisation der Produktion. Die kapitalistische Produktionsweise erfordert das Fabrikregime.

Daß die Form dieser Autonomisierung der vergegenständlichten Produktivkräfte und ihrer Organisation dem Konkurrenzzwang zwischen Einzelkapitalen unterliegt, bleibt hier ebenso ausgeblendet wie die Tatsache, daß innerhalb des Produktionsprozesses verwertetes Kapital sich in der Zirkulationssphäre als realisierbar bewähren muß, was umgekehrt Rückwirkungen auf die Gestaltung des Produktionsprozesses produziert.

B. Vergesellschaftung von Arbeit durch die Bestimmung von Wertformen

(1) Anhand der Marx'schen Theorie läßt sich der Widerspruch zwischen den beiden zentralen gesellschaftlichen Prozessen - die Ausdehnung der Waren- und Tauschproduktion als fortschreitende negative Vergesellschaftung von Arbeit und die Entwicklung der gesellschaftlichen Machtasymmetrie in der Beziehung zwischen Lohnarbeit und Kapital - mittels einer Analyse der Entwicklung von Wertformen näher entfalten.¹⁾

¹⁾ In diese Interpretation der Marx'schen Werttheorie geht die Annahme ein, die im übrigen ungeklärt und umstritten ist (vgl. dazu Rubin 1973; sowie Bäder u.a. 1976, 11. Kapitel), daß die Wertformen aus einer Analyse der Vergesellschaftung von Arbeit unter bestimmten historischen Bedingungen der Warenproduktion abzuleiten sind und nicht umgekehrt historischspezifische gesellschaftliche Formen von Arbeit sich aus der Entwicklung der Wertformen ergeben (vgl. dazu auch Reichelt 1970).

Wertformen konstituieren die gesellschaftliche Form der Produktion als Warenproduktion. Dabei ist der Wert "abstrakte Wertgegenständlichkeit" etwas "rein Gesellschaftliches" und als solcher unbestimmt.²⁾

- 2) Vgl. Marx 1968, Bd. I, S. 71: "Der Rock (vertritt) im Wertausdruck der Leinwand eine übernatürliche Eigenschaft beider Dinge: ihren Wert, etwas rein Gesellschaftliches." Vgl. Marx 1968, Bd. I, S. 80 f.: "Eine Ware gewinnt nur allgemeinen Wertausdruck, weil gleichzeitig alle anderen Waren ihren Wert in demselben Äquivalent ausdrücken, und jede neu auftretende Warenart muß das nachmachen. Es kommt damit zum Vorschein, daß die Wertgegenständlichkeit der Waren, weil sie das bloß "gesellschaftliche Dasein" dieser Dinge ist, auch nur durch ihre allseitige gesellschaftliche Beziehung ausgedrückt werden kann, ihre Wertform daher gesellschaftlich gültige Form sein muß." Von dieser Seite der Marx'schen Wertanalyse aus ist auch der Argumentation Luhmanns gegenüber bestimmten Ausprägungen materialistischer Theorie zuzustimmen, wenn er behauptet, daß Wirtschaft "durchaus kein materielles Substrat (ist), sondern vielmehr eine der geistvollsten Veranstaltungen menschlichen Zusammenlebens, die erst relativ spät als Teilsystem ausdifferenziert wird und in eine evolutionär führende Rolle gelangt." (Luhmann 1971, S. 373.) Vgl. Marx 1968 Bd. I, S. 74: "Das Geheimnis des Wertausdrucks, die Gleichheit und gleiche Gültigkeit aller Arbeiten, weil und insofern sie menschliche Arbeit überhaupt sind, kann nur entziffert werden, sobald der Begriff der menschlichen Gleichheit bereits die Festigkeit eines Volksvorurteils besitzt. Das ist aber erst möglich in einer Gesellschaft, worin die Warenform die allgemeine Form des Arbeitsprodukts, also auch das Verhältnis der Menschen zueinander als Warenbesitzer das herrschende gesellschaftliche Verhältnis ist." Daß Wertformen dann auch "erscheinen" und "Wertgegenständlichkeit" annehmen müssen, ist ein Folgeproblem. Was zu leisten hier nicht möglich ist, wäre der Nachweis der "doppelten Konstitution" von Wert als Objektivierung normativer Erwartungen (Baldamus 1960, S. 45, spricht von "normativer Verdinglichung") und subjektiv-interpretierender Reflexion dessen, was als objektive Bedingung, als gegeben und als veränderbar erscheint. Die in die Bestimmung "notwendiger Arbeit" eingehenden Bedürfnisse sind immer auch "interpretierte" (Habermas). - Beim Rekurs auf das Marx'sche Wertgesetz sollte nicht übersehen werden, daß dies zentral eine Theorie "wirtschaftlicher Verdinglichung" ist und insofern (auch) eine Rekonstruktion des Prozesses der Verdinglichung verlangt. Wir halten allerdings daran fest, daß dieser (normative) Aspekt nur insoweit zu berücksichtigen ist, als es sich - zumindest - als plausibel erweist, daß aus dem Verwertungsprozeß selbst, also objektiv, Erfordernisse (Probleme) legitimatorischer Bewertung von Arbeitskraft hervorgehen.

Diese Dimension von Vergesellschaftung ist heuristisch rekonstruierbar als Prozeß der "Steigerung durch Reduktion von Komplexität." (Luhmann 1971, S. 311 f.; Luhmann 1975, S. 204 - 220.) Dies bedeutet genauer: Beim Übergang von der "einfachen, einzelnen oder zufälligen Wertform" zur "totalen oder entfalteten Wertform" werfen die einzelnen dabei entstehenden Wertformen - relative Wertform und Äquivalentform, entfaltete Wertform und allgemeine Wertform, schließlich die Geldform - ihre spezifischen Mängel ab. Indem die jeweils nachfolgenden Wertformen dabei die vorgelagerten in sich aufnehmen, reduzieren sie das Maß an Beliebtheit, in dem die produzierten Waren ihren Wert in Äquivalentformen, den Formen ihrer Austauschbarkeit mit anderen Waren, ausdrücken können. Dies macht der Vergleich zwischen der allgemeinen Wertform und der "entfalteten (relativen) Wertform" deutlich.¹⁾

(2) Was bedeutet innerhalb dieses Prozesses Vergesellschaftung von Arbeit? Die Äquivalentform des Wertes, jene Ausgangsform von Vergesellschaftung als gesellschaftliche Reduktionsleistung und Komplexitätssteigerung, bedeutet auf Arbeit bezogen zweierlei:

Es wird möglich,

o daß konkrete, in ihren Arbeitsgegenständen und ihren Arbeitsoperationen unterscheidbare Arbeit, abstrakte Arbeit, gleiche menschliche Arbeit ausdrückt und

1) Bei dieser "ist der relative Wertausdruck der Ware unfertig, weil seine Darstellungsreihe nie abschließt. Die Kette, worin eine Wertgleichung sich zur andern fügt, bleibt fortwährend verlängerbar durch jene neu auftretende Warenart, welche das Material eines neuen Wertausdrucks liefert. Zweitens bildet sie ein buntes Mosaik auseinanderfallender und verschiedenartiger Wertausdrücke." (Marx 1968, Bd. I, S. 78).

Bei jener, der allgemeinen Wertform, können sich alle anderen Waren in einer einzigen, besonderen Warenart ausdrücken. Und durch diese 'Ausschließung' "hat die einheitliche relative Wertform der Warenwelt objektive Festigkeit und allgemein gesellschaftliche Gültigkeit gewonnen." (Marx 1968, Bd. I, S. 83).

o daß Privatarbeit gesellschaftlich gleiche Gültigkeit erlangt.

Die darin enthaltenen gesellschaftlichen Möglichkeiten von Arbeit oder die Möglichkeiten gesellschaftlicher Arbeit hat Marx wiederholt als Leistung der bürgerlichen Produktionsweise, wenn auch ironisch, hervorgehoben.¹⁾

In wiederum heuivistischer Absicht, zum Zweck analytischer Differenzierung dieser Form von Vergesellschaftung, läßt sich die Luhmann'sche Konstruktion "differenzierten Negierens" heranziehen (Luhmann 1971, S. 48 ff; Marx 1968, Bd. I, S. 70):

o In der sachlichen Dimension bedeutet die "wechselseitige Negation der Andersheit" - der Gebrauchswert als Erscheinungsform seines Gegenteils, des Werts - "wechselseitige Zugänglichkeit und, als Möglichkeit", den Übergang des Werts zum Tauschwert, der aber nicht gelingen muß, d.h. die "wechselseitige Bestätigung", das Richtige zur rechten Zeit und mit dem gesellschaftlich gültigen Aufwand an Arbeitskraft produziert zu haben.²⁾

Man kann diese Dimension auch als die durch Sachdistanz mögliche Befreiung von Sachzwängen, bzw. als Möglichkeit, diese zu reflektieren, bezeichnen.

1) "Wenn das Individuum als Privatindividuum produziert - so ist diese seine Position selbst keineswegs Naturprodukt, sondern raffiniertes Resultat eines gesellschaftlichen Prozesses -, zeigt sich der gesellschaftliche Charakter darin, daß es im Inhalt seiner Arbeit durch den gesellschaftlichen Zusammenhang bestimmt ist, und es nur als Glied desselben arbeitet, d.h. für die Bedürfnisse aller anderen, - also gesellschaftliche Abhängigkeit für es existiert -, aber es selbst ergreift nach Belieben diese oder jene Arbeit; sein besonderes Verhältnis zur besonderen Arbeit ist nicht gesellschaftlich bestimmt; (...) so daß in der Tat die Besonderung der Arbeit, die gesellschaftliche Auseinanderlegung derselben in eine Totalität besonderer Zweige, auf seiten des Individuums so erscheint, daß seine eigene geistige und natürliche Besonderheit sich zugleich die Gestalt einer gesellschaftlichen Besonderheit gibt." (Marx 1953, S. 910 f.) Vgl. im übrigen hierzu die Bemerkungen Luhmanns zu der "Herauslösung des anderen Menschen als 'Subjekt'... aus seinen typisch bekannten Eigenschaften und Situationen." (Luhmann 1971, S.53.) Vgl. auch Marx 1968, Bd. I, S. 81.

2) Vgl. die entsprechende Argumentation bei Luhmann 1971, S. 49; sowie bei Marx 1968, Bd. I, S. 70.

- o In der sozialen Dimension wird "die eigene Perspektive des anderen zur anderen eigenen Perspektive, ihre Aktualisierung durch den anderen garantiert die Möglichkeit ihrer Aktualisierung auch für mich." (Luhmann 1971, S. 51.) Das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten wird auf Sachen übertragen, erscheint als Natureigenschaft von Dingen, bietet aber eben dadurch die Möglichkeit einer Konsensgrundlage zwischen den Tauschkontrahenten und damit die Ausdehnung von Markt- und Handelsbeziehungen.

- o In der zeitlichen Dimension bewirkt die Existenz eines einheitlichen Wertmaßstabes in Form gesellschaftlich durchschnittlicher, notwendiger Arbeitszeit, daß unabhängig von Veränderungen aufgrund unterschiedlicher Produktivitäten innerhalb der gesellschaftlichen Produktionsstruktur "die Zeitdimension selbst als Schema einer aktuell verfügbaren Darstellung von Komplexität" (Luhmann 1971, S. 54), als ihrer gesellschaftlichen Verarbeitung, verwendbar ist: Wie immer die tatsächlich aufgewandte Arbeitszeit in unterschiedlichen wirtschaftlichen Sektoren oder besonderen einzelkapitalistischen Produktionsprozessen variiert und aufgrund variabler Umweltkonstellationen der Absatz- und Arbeitsmärkte und der "intern" bedingten Schwankungen der Kapitalverwertung vom gesellschaftlichen Durchschnitt abweicht, wird die Zeitdifferenz an der als konstant unterstellten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit gemessen.

Die zeitliche Synchronisierung zwischen konkret unterschiedlichen Produktionsprozessen, unabhängig davon, in welcher Phase das Produkt sich befindet, d.h. innerhalb oder außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses, wird möglich auf der Basis der "Einheit der intersubjektiv konstituierten Zeit" (Luhmann 1971, S. 55).¹⁾

¹⁾ Vgl. Marx 1968, Bd. I, S. 61: "Dieselbe Arbeit ergibt daher in denselben Zeiträumen stets dieselbe Wertgröße, wie immer die Produktivkraft wechsle."

In der systemtheoretischen Analyse des Vergesellschaftungsprozesses als Ausdehnung und Bewältigung von Komplexität bewirkt sinnkonstituierende Systembildung ein Komplexitätsgefälle zwischen System und Umwelt und Welt und erfordert entsprechende Grenzziehungen als "Sinngrenzen", die aber immer auf andere Möglichkeiten verweisen. Grenzziehung und Möglichkeit von Produktivität werden dagegen in der historisch-materialistischen Theorie auf wertbildende Arbeit bezogen, als Fähigkeit zur permanenten Ausdehnung und Differenzierung der Produktion von Warenreichtum. Dieser bedingt selbst wiederum ein immer reicher gegliedertes System von Arbeitsarten, die eine gesellschaftliche Steuerung der Verteilung verfügbarer Arbeitszeit verlangen, was infolge von Produktivitätssteigerung immer mehr "rein" gesellschaftlich - im Sinne der Befreiung von Naturzwängen und der Beseitigung der Herrschaft von Sachzwängen - entscheidbar wird. Zugleich aber ist es dieselbe historisch-spezifische Verfassung von Gesellschaft, die die Ausschöpfung dieser ihrer Möglichkeiten nur innerhalb derjenigen begrenzten Formen der Vergesellschaftung von Arbeit zuläßt, die sie bereitstellt.

C. Negative Vergesellschaftung von Arbeit, Dimensionen von Machtasymmetrie

Diese spezifische Form von Vergesellschaftung besteht in der Trennung von Arbeit und Arbeitskraft. Arbeitskraft nimmt als Ware die Form von Lohnarbeit an, während die wertschöpfende Potenz von Arbeit instrumentalisierbar wird: sie vergegenständlicht sich als "kapitalverwertend" und als tendenziell "nur noch Wert", "Wert an sich" produzierend. Vom Prozeß der Konstitution von Wert für andere, für Gesellschaft schlechthin, bleibt Arbeitskraft als Ware ausgeschlossen. Arbeit bildet Wert, aber hat keinen Wert. Es sind nicht die gesellschaftlichen Charaktere ihrer Arbeiten, die die verschiedenen Wertformen immer reiner, d.h. abstrakter, losgelöst von aller Gegenständlichkeit und Naturhaftigkeit ausdrücken, vielmehr sind es die Gegenstände selbst, die die gesellschaftliche Be-

ziehung der Privatproduzenten als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt." (Marx 1968, Bd. I, S. 86.)

Der geschilderte Prozeß der Abstraktion von Arbeit gegenüber dem arbeitenden Subjekt, wie er in der Figur des Lohnarbeiters zum Ausdruck kommt, üblicherweise als Verdringlichung analysiert,¹⁾ ist system-theoretisch als Apologie der Voraussetzungen gesellschaftlicher Stabilität rekonstruierbar: Voraussetzung von "sachlichen Negationen" - Gebrauchswert als Erscheinungsform von Wert - ist, daß diese sich an "soziale und zeitliche Nicht-Negationen anlehnen können."

"Man muß mit anderen Worten Konsens und Dauer voraussetzen." (Luhmann 1971, S. 50.) Soziale Nicht-Negationen, d.h. Konsens, setzen aber umgekehrt "identisch gehaltenen Sinn (also: sachliche Nicht-Andersheit) eines Gegenstandes" voraus. Dafür wiederum ist die "Nichtidentität der erlebenden Subjekte wesentliche Voraussetzung." (Luhmann 1971, S. 51.) Das ist das Modell des Äquivalententausches, das auch das Verhältnis zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter konstituiert: zwischen privaten Warenbesitzern, zwischen Tauschkontrahenten. Der Konsens aber bleibt auf die Tauschsphäre begrenzt.

Wesentlicher Bestandteil der Marx'schen Theorie ist demgegenüber ein Begriff von Arbeit als dem "einzigsten Gebrauchswert, der einen Gegensatz und Ergänzung zum Geld als Kapital bilden kann." (Marx 1953, S. 943.)²⁾

1) Vgl. zum Beispiel: die analytisch wohl "fortschrittlichste" Form bei: Ulrich 1977, Kapitel IV, Abschnitt C.

2) "Als Kapital ist das Geld nur in Bezug auf das Nicht-Kapital, die Negation des Kapitals, in Beziehung auf welche es allein Kapital ist. Das wirkliche Nicht-Kapital ist die Arbeit selbst." (Marx 1953, S. 943)

Arbeit als Nicht-Kapital hat aber einen doppelten Sinn:

- o negativ: "Die Arbeit als die absolute Armut" (Marx, 1953, S.203)¹⁾
- o positiv: als "die lebendige Quelle des Werts."²⁾

Deshalb muß die Äquivalenz auf die Tauschsphäre begrenzt bleiben. Sie ist im Bereich der Produktion, d.h. dort nicht begründbar, wo die Arbeit als absolute Armut existiert, sich aber gleichzeitig als verwertende Arbeitstätigkeit unter unterschiedlichen objektiven Produktionsbedingungen bewähren muß.

Exemplarisch bringt diesen Sachverhalt die Institution des Arbeitsvertrages zum Ausdruck. Im Regelfall bleibt die Relation zwischen Arbeitsaufwand als Betätigung und ihrem Tauschäquivalent in einer Form offen, die nach je besonderen Verwertungs- und Realisierungsbedingungen bestimmbar und berechenbar wird.³⁾

-
- 1) "Die Arbeit als die absolute Armut: die Armut, nicht als Mangel, sondern als völliges Ausschließen des gegenständlichen Reichtums. Oder auch als der existierende Nicht-Wert und daher rein gegenständliche Gebrauchswert, ohne Vermittlung existierend, kann diese Gegenständlichkeit nur eine nicht von der Person getrennte: nur eine mit ihrer unmittelbaren Leiblichkeit zusammenfallende sein." (Marx 1953, S. 203.)
- 2) Vgl. Marx 1953, S. 203: "Es widerspricht sich also in keiner Weise, oder vielmehr der in jeder Weise sich widersprechende Satz, daß die Arbeit einerseits die absolute Armut als Gegenstand, andererseits die allgemeine Möglichkeit des Reichtums als Subjekt und als Tätigkeit ist, bedingen sich wechselseitig ..."
- 3) Arbeitstempo, Grad der zeitlichen Normierung von Arbeitsoperationen, das Ausmaß von Fremdkontrollen u.ä. bleiben üblicherweise offen, bzw. werden typischerweise innerbetrieblichen Verhandlungen über die Gestaltung unterschiedlicher Formen der Gratifizierung überlassen und rücken damit in einen mehr oder weniger autonomen Gestaltungsbereich des Einzelkapitals. Die Abblockung der Produktionssphäre schildert Marx plastisch: "Diese geräuschvolle, auf der Oberfläche hausende und aller Augen zugängliche Sphäre verlassen wir daher, zusammen mit Geldbesitzer und Arbeitskraftbesitzer, um beiden nachzufolgen in die verborgene Stätte der Produktion, an deren Schwelle zu lesen steht: No admittance except on business." (Marx 1968, Bd. I, S.189.) Historisch ist der Widerstand gegen vertragliche Normierungen prozeßbezogener Formen der Nutzung von Arbeitskraft gerade in jüngster Zeit, etwa in Tarifverhandlungen, evident geworden.

Die andere Voraussetzung dafür, daß der Prozeß der Vergesellschaftung von Arbeit durch die Konstitution von Wert unter den genannten Bedingungen der Trennung von Arbeit und dem Subjekt von Arbeitskraft als Lohnarbeiter gelingt, ist "zeitliche Dauer". Dies in der doppelten Bedeutung, daß Arbeit für den Lohnarbeiter zur "fremden Objektivität", d.h. zum Ausschluß vom Besitz an Produktionsmitteln, und zur "fremden Subjektivität", d.h. zum Ausschluß von der kapitalistischen Planung und Organisation der Produktion wird.¹⁾

Kein Zweifel, daß Kapital als Verfügung über ökonomische Ressourcen auch die Funktion der Dehnung des gesellschaftlichen Zeithorizontes ausübt. Die Frage ist nur, unter welchen Bedingungen dies geschieht.

Läßt man einmal jene Voraussetzungen beiseite, die sich auf den ökonomischen Kreislaufprozeß im Sinne des reibungslosen Ineinandergreifens, der zeitlichen Synchronisierung seiner verschiedenen Phasen beziehen, übergeht man also die immanente Krisenanfälligkeit dieses Kreislaufprozesses und konzentriert sich auf "Arbeit" und "Arbeitskraft des Lohnarbeiters", werden zwei Punkte zentral:

- o Für das Kapital existiert der Zwang, den Wert der Arbeit als der Produktion vorausgesetzt, als immer schon gegebenen und gemessenen Wert und als solchen als konstant zu unterstellen. Arbeitskraft wird als ein "Effekt" von gesellschaftlichen Reproduktionsleistungen, die in der Vergangenheit liegen, mit einem bestimmten Tauschwert eingehandelt; sie wird nicht bewertet als "Ursache" von Wertproduktion.²⁾

1) Es ist kein Zufall, daß für Luhmann in dieser Dimension die spezifisch-adäquate Funktion des Kapitalbegriffs liegt, der mit dem der "Wirtschaft" tendenziell verschwimmt; und zwar als Möglichkeit, den "Zeithorizont (des Gesellschaftssystems) zu strecken und damit Dispositionsspielräume zu schaffen, in denen sich Handeln erst als instrumental verstehen kann." (Luhmann 1971, S. 374.)

2) Diese Dimension des Abstraktionsprozesses (von "der Ursache" der Wertschöpfung) geht auf die Marx'sche These zurück, wonach der Arbeiter "die wertsetzende Tätigkeit gegen einen vorherbestimmten Wert aus(tauscht), abgesehen von dem Resultat seiner Tätigkeit." (Marx 1953, S.229); Marx 1968, Bd.I, S.613.

Aber: In dem Maße, in dem Arbeit sich von der Person des Arbeiters trennt, entsteht prinzipiell der Zwang, aber auch prinzipiell die Chance, den "Wert von Arbeit" so zu kalkulieren, daß der vorausgesetzte Tauschwert als Produkt dieser direkt auf den Produktionsprozeß bezogenen Bestimmung erscheint. Dieser Zwang, eine Bewertung von Arbeitskraft als Kalkulations- und Dispositionsgrundlage für zukünftige Produktions- (z.B. Investitions-) Entscheidungen vorauszusetzen, enthält das Risiko, daß in der Zukunft notwendige Anpassungsmaßnahmen nicht mehr gelingen, weil die getroffenen Voraussetzungen sich als irreversibel erweisen. Gleichzeitig besteht aber der Zwang einer laufenden Bewertung von Arbeitskraft, die sich an Schwankungen der faktischen Wertproduktion orientiert, ohne sich von den aus der Vergangenheit fortgeschriebenen gesellschaftlich durchgesetzten Tauschgrößen zu lösen. Dieses Dilemma läßt sich nur lösen, wenn es gelingt, es tendenziell in eine gleichzeitig offene und entscheidbare Alternative umzupolen. Es muß mit anderen Worten möglich sein, Arbeitskraft orientiert an ihrer Arbeit im Produktionsprozeß oder orientiert an ihrer im Tauschprozeß durchgesetzten Wertgröße zu bewerten.

- o Zweitens muß Arbeit innerhalb des Produktionsprozesses nach einem einheitlichen Zeitmaß kombiniert werden. Die Kombination von Teilarbeiten, die der Arbeitskraft als ihrer ursprünglichen Funktion tendenziell entzogen ist, muß auf der Ebene des Produktionsprozesses als dessen "Leitung", sei es hierarchisch, sei es kooperativ, wieder hergestellt werden. Dabei müssen zugleich unterschiedlich variable und unterschiedlich transparente Anforderungen der Zirkulations- und Konsumsphäre und des Arbeitsmarktes auf den Produktionsprozeß hin kanalisiert bzw. diesem gegenüber neutralisiert werden.¹⁾

¹⁾ Wir teilen nicht die Grundargumentation von Sohn-Rethel 1972, wonach die "Zeitökonomie" innerhalb des Produktionsprozesses (die mit dem Taylorismus beginnt) und die Logik der Kapitalverwertung zwei antagonistische Momente von Vergesellschaftung darstellen.

Damit ergeben sich zwei Aspekte der Zeitdimension der Vergesellschaftung von Arbeit, nämlich deren Bewertungsaspekt und deren Organisationsaspekt. Das eigentliche Problem liegt in ihrem wechselseitigen Verhältnis: Die Zeitdimension der Organisierung von Arbeit ist das zentrale Moment der Rekombination von Teilarbeiten "außerhalb" der direkten Arbeitsprozesse oder "hinter dem Rücken der Produzenten". Der Bewertungsaspekt, in seinem Doppelbezug zum Produktionsprozeß und zum Tauschprozeß, muß sich dieser Vergesellschaftung gegenüber komplementär verhalten. Organisations- und Bewertungsaspekt ermöglichen sich wechselseitig, fallen in einem "naturhaften" Prozeß zusammen, wenn die Zeitorganisation der Produktion die Bewertung von Arbeitskraft und wenn die Bewertung von Arbeitskraft die zeitliche Organisation des Produktionsprozesses abstützt. Dieser "naturhafte" Prozeß tritt dem arbeitenden Subjekt als äußerer Zwang gegenüber, als Intensivierung oder Freisetzung oder als Dequalifizierung und verminderte Gratifikation.¹⁾

Der Ausgangspunkt der Fragestellung war folgender: Wie entstehen spezifische Formen der Vergesellschaftung von Arbeit im historischen Prozeß sich ausdehnender Warenproduktion einerseits und einer sich dabei entwickelnden gesellschaftlichen Machtasymmetrie andererseits? In diesem Prozeß entsteht die Komplexität einer warenproduzierenden Tauschgesellschaft, eine wachsende Differenzierung von Produktion, Markt und Konsum, die eine "Totalität von Arbeitsarten" hervorbringt, der das arbeitende Subjekt als Möglichkeit seiner Vergesellschaftung gegenübersteht. Konstitutiv hierfür ist die Trennung zwischen der Arbeitskraft von Menschen und dem Ergebnis ihrer Arbeit, der Entäußerung ihrer Arbeitskraft als wertbildende Arbeit im gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Indem das Tauschmodell der Warenproduktion Arbeitskraft als Ware einbezieht, besteht ihre Vergesellschaftung nicht mehr im Wert, den sie produziert, sondern im Lohn oder anderen Tauschäquivalenten, die sie reproduzieren.

¹⁾ Wir können hier nicht auf das Problem eingehen, inwiefern dieser "naturhafte" Prozeß bei fortschreitender Automatisierung aufbricht.

Systemtheoretisch heißt dies: Steigerung durch Reduktion von Komplexität. Möglich wird eine Instrumentalisierung und Funktionalisierung von Arbeit als Tätigkeit für beliebige gesellschaftliche Zwecke. Die Beliebtheit dieser Zwecksetzung wird zur Bestimmtheit einzig und allein nach dem Maßstab, den Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Verwertung und Akkumulation von Kapital. Diese Möglichkeiten aber sind ihrerseits dadurch begrenzt, daß der Lohnarbeiter als "Besitzer" der Ware Arbeitskraft von dem Wertpotential der "lebendigen" Arbeit isoliert wird, objektiv besitzlos und subjektiv ausgeschlossen ist von Entscheidungen, mit denen über die Möglichkeit der Objektivierung und Vergegenständlichung seiner Arbeit bestimmt wird.

"Schrankenlosigkeit in Grenzen" (Marx 1953, S. 313 f.) ist das bewegende Prinzip der Vergesellschaftung von Arbeit unter diesen Bedingungen.¹⁾ In dem Maße, wie Arbeitskraft diesem Prinzip unterworfen wird, sie unbegrenzt für die Verwertungserfordernisse von Kapital disponibel ist oder gemacht wird, sprechen wir von einer asymmetrischen Verteilung von Macht.

Es ergeben sich damit zwei Fragen:

- zum einen: Worin genau besteht diese "Selbstbegrenzung" von Vergesellschaftung innerhalb der Machtasymmetrie, der Widerspruch der Schrankenlosigkeit in Grenzen? Es geht genauer darum, den Widerspruch einer Form von Vergesellschaftung von Arbeit, die gleichzeitig eine Selbstüberholungstendenz und eine Selbstbegrenzungstendenz einschließt, zu entfalten.
- zum anderen: Wie wirkt die "Lösung" dieses Widerspruchs auf historisch sich durchsetzende Formen der Machtasymmetrie zurück?

Beim Versuch, diese Fragen zu präzisieren und aufeinander zu beziehen, wird man sukzessive auf jene Bedingungen des betrieblichen Arbeitskräfteeinsatzes verwiesen, die im Schnittpunkt zwischen Betrieb und einzelkapitalistischen Verwertungserfordernissen auftreten (Teil III).

¹⁾ Auf dieses für uns zentrale Bewegungsprinzip bzw. auf die Voraussetzungen seiner Durchsetzung kommen wir ausführlicher zurück (Teil II).

II. Zum Verhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß und einzelkapitalistischen Verwertungssystemen

Bisher ist das Problem offen geblieben, wie und inwieweit die Reduktion von Arbeit auf Lohnarbeit die Produktion von Kapital als Kapital, d.h. die Entfaltung der Wertformen, voraussetzt und ermöglicht. Steigerung durch Reduktion von Komplexität, Erweiterung gesellschaftlicher Produktivkraft durch die Reduktion von Arbeit auf die im Lohn berechenbare Ware, Ausdehnung und Differenzierung arbeitsteiliger gesellschaftlicher Produktion ermöglichen den "Übergang" von der Wert- und Äquivalentform des Geldes zur erweiterten Reproduktion von Kapital. Gleichzeitig steht die schrankenlose Verwertung von Kapital auf der Basis einfacher gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit als Maßstab der Nutzung von Arbeitskraft unter Voraussetzungen, die als Begrenzung von Schrankenlosigkeit wirksam werden.

Zunächst wird versucht, dem Zusammenhang von Schrankenlosigkeit und Grenzbildung eine begriffliche Fassung zu geben und die verschiedenen Grenzen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zu bestimmen (A). Ausgegangen wird von folgenden Überlegungen: Grenzziehung bedeutet Strukturbildung; Strukturen sind Schranken, die überwindbar, veränderbar sind. Dieses Verhältnis ist auf den Prozeß der technisch-organisatorischen Entwicklung zu beziehen. Durch diese geraten die Grenzen permanent in Bewegung.

Der Widerspruch, daß Kapitalverwertung unter variablen historischen Bedingungen Reproduktionsrisiken von Arbeitskraft (Freisetzung, Entqualifizierung etc.) enthält, bewirkt, daß notwendige Beziehungen im Sinne eines krisenfreien Wachstums auf der Ebene des Gesamtprozesses (Produktivkraftentwicklung, Amortisation investierten Kapitals, Entwicklung von Absatzmärkten, Disponibilität von Arbeitskräftereserven etc.) historisch kontingent werden. Notwendige Beziehungen (Strukturen) im Sinne eines krisenfreien Wachstums sind auf der Ebene des Gesamtprozesses nicht stabilisierbar (B). Ein zentrales Bewegungsprinzip, so die Hauptthese in diesem Teil des Berichts, bei der Entfaltung der Widersprüchlichkeit zwi-

schen schrankenloser Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer strukturellen Begrenzung durch das geschilderte Verhältnis von Machtasymmetrie, ist die Autonomie des Einzelkapitals im Verhältnis zum gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Diese Autonomie ist zu begreifen als einzelkapitalistische Begrenzung bzw. Reduzierung gesellschaftlich notwendiger Arbeit und der dazu notwendigen Überwindung unterschiedlicher Schranken von Verwertung und Realisierung. Das Autonomieprinzip ist seinerseits auf die anderen theoretischen Dimensionen, auf das Konkurrenzprinzip, auf die Kontingenz systemstabilisierender Strukturen und auf Machtasymmetrie zu beziehen (C).

A. Schrankenlosigkeit in Grenzen

1. Das begriffliche Verhältnis zwischen Grenze und Schranke von Kapitalverwertung

Die Grenze der Selbstverwertung von Kapital ist dort gegeben, wo es nicht mehr möglich ist, gesellschaftlich verfügbare Mehrarbeit zum Zwecke der Akkumulation im Produktionsprozeß zu nutzen, und dort, wo das Kapital seine Entwicklung, d.h. das Verhältnis von notwendiger Arbeit zur Mehrarbeit, nicht mehr verändern kann. Im einen Fall geht es um die Nichtnutzung vorhandener gesellschaftlicher Produktivkraft, im anderen Fall um die nicht mehr mögliche Steigerung von Produktivität.

Zwischen diesen beiden Grenzen der Produktivitätssteigerung und der Absorption von Mehrarbeit einerseits und den Hindernissen, Barrieren oder Schranken andererseits, die das Kapital in Übereinstimmung mit seinem Begriff als "Nicht-Arbeit" permanent und notwendig aufstellt und ebenso permanent und notwendig überwindet,¹⁾ besteht Identität und Unterschied. Im einen Fall (Identität) besteht logisch eine Grenze gegenüber dem Prinzip, ein Maximum an Kapital durch ein Maximum an Mehrarbeit in einem Minimum an Zeit

¹⁾ Siehe nächste Seite

zu verwerten, durch jede Neuinvestition alles vorher akkumulierte Kapital unmittelbar und automatisch total zu entwerten. Im anderen Fall (Unterschied) handelt es sich um die im historischen Prozeß der Kapitalverwertung entstehenden Schranken möglicher Entwertung von Kapital im Zeitablauf, möglicher Reduktion notwendiger Arbeit und der möglichen Realisierung produzierter Werte auf dem Markt.

In dieser scheinbar bloß abstrakt-formalen Fassung der Begriffe von Grenze und Schranke ist folgende für uns wichtige Bestimmung enthalten: Der Prozeß der Entfaltung der Produktivkräfte ist unter der Bedingung der Aufrechterhaltung asymmetrischer Verteilung von Macht nicht ohne Begrenzung möglich. Diese Begrenzung liegt darin, daß der Tausch "Arbeit gegen Lohn" sich nach dem Modell des einfachen Äquivalententausches vollzieht.

Das Verhältnis von notwendiger Arbeit zur Mehrarbeit bleibt - unabhängig von variablen Relationen im zeitlichen Nach- oder Nebeneinander - wesentliche Grundstruktur der Steigerung von Produktivkraft. Die Steigerung der Produktivkraft aber negiert als Prozeß jede vorausgesetzte Struktur, ist gleichgültig auch gegenüber den "letzten Grenzen" (Marx) von Wert und damit von Mehrwert. Dieser immanente Widerspruch zwischen Selbstbegrenzung als Produktionsverhältnis und Selbstüberholung als Steigerung von Produktivkraft kann so lange latent bleiben, als das Austauschverhältnis und die Produktion von Mehrwert wechselseitig äußere Gegensätze bleiben.

¹⁾"Das Kapital aber als die allgemeine Form des Reichtums - das Geld repräsentierend, ist der schranken- und maßlose Trieb, über seine Schranken hinauszugehen. Jede Grenze ist und muß Schranke für es sein. Es hörte sonst auf Kapital - das Geld als sich selbst produzierend - zu sein. Sobald es eine bestimmte Grenze nicht mehr als Schranke fühlte, sondern als Grenze sich in ihr wohl fühlte, wäre es selbst von Tauschwert zu Gebrauchswert, von der allgemeinen Form des Reichtums zu einem bestimmten substantiellen Bestehen desselben herabgesunken. Das Kapital als solches schafft einen bestimmten Mehrwert, weil es keinen unendlichen at once setzen kann; aber es ist die ständige Bewegung mehr davon zu schaffen. Die quantitative Grenze des Mehrwerts erscheint ihm nur als Naturschranke, als Notwendigkeit, die es beständig zu überwältigen und über die es beständig hinauszugehen sucht." (Marx 1953, S. 240.)

Die Reduzierung notwendiger Arbeit, Kapitalakkumulation und der (latente) Profitratenfall sind dann nicht notwendig, zumindest nicht unmittelbar miteinander verknüpft.¹⁾

Die Äußerlichkeit der Gegensätze aber schlägt tendenziell von der asymmetrischen Verteilung von Macht bei der Nutzung von Arbeitskraft um in den materiellen gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Folge ist dessen Zusammenhangslosigkeit, d.h. die Aufhebung seiner notwendigen Proportionen in nicht notwendige, d.h. kontingente Strukturen. Deren Bewältigung wird aber ihrerseits zum Machtproblem.

Für das Problem der theoretischen Bestimmung von Arbeitskräfteeinsatz wird es im Verlauf der weiteren Überlegungen entscheidend sein, die Voraussetzungen zu bestimmen, die dessen Gestaltung erfüllen muß, um die Grenzen der Produktivkraftsteigerung und Kapitalverwertung in überwindbare Schranken zu verwandeln. Dazu ist es notwendig, den Gedankengang, daß die strukturelle Grenze der Machtasymmetrie in kontingente Strukturen des Produktionsprozesses umschlägt und den Prozeß technisch-organisatorischer Veränderungen prägt, in mehrere Schritte aufzuspalten: Wir müssen zunächst die verschiedenen Grenzen der Produktivkraftsteigerung im Produktionsprozeß bestimmen; wir müssen klären, wie die wechselseitige Unabhängigkeit (Äußerlichkeit) zwischen den Grenzen zustande kommt, und wir müssen drittens versuchen, das Problem zu artikulieren, wie die dadurch entstehende Kontingenz bewältigbar wird.²⁾

1) Dieses Problem ist im übrigen nicht auflösbar in die Unterscheidung zwischen einer kurzfristigen (problemlösenden) und einer langfristigen (problemverschärfenden) Perspektive. Dies wiederum kann nicht bedeuten, daß das Auseinanderziehen von Ursachen (der Reduktion variablen Kapitals) und Folgen (dem Profitratenfall) in der Zeit nicht auch ein Potential an Problemlösung darstellen kann.

2) Auch an dieser Stelle läßt sich im übrigen ein gewichtiger Unterschied zwischen der systemtheoretischen Annahme - Systembildung durch Grenzziehung als Leistungssteigerung im Sinne des Abbaus von Komplexität - und der historisch-materialistischen Theorie der immanenten Begrenzung der Produktivkraftentwicklung durch das Kapitalverhältnis ausfindig machen: Während für jene Systembildung durch das damit entstehende Ordnungsgefälle zwischen System und Umwelt bzw. Welt charakterisiert ist, was das Problem der "Abarbeitung von Komplexität" durch Systeme produziert, ist für diese das Phänomen der Grenzziehung immer ein Moment von Widerspruch, indem mit der Grenzziehung selber notwendig das Problem der Krise des Gesamtsystems artikuliert wird.

2. Grenzen innerhalb des gesellschaftlichen Produktionsprozesses

Zunächst sind die Grenzen der Produktivitätssteigerung systematisch auf verschiedene Dimensionen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zu beziehen:

- o Es existiert ein wechselseitig sich begrenzendes Verhältnis zwischen gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit und dem gesellschaftlichen Tauschwert von Arbeitskraft. Dies kann in unserer Perspektive einmal bedeuten, daß die in Form eines technologischen Potentials bereits vergegenständlichte Produktivkraft, also gesellschaftlich potentiell verfügbare Technologie, nicht als produktivitätssteigernde technologische Innovation im Produktionsprozeß realisiert wird, wenn die dabei einzusetzende Arbeitskraft ein Gratifikationsniveau in Form durchgesetzter Ansprüche an ihre Reproduktion aufweist, das über den gesamten Kosten der (prinzipiell reduzierbaren) notwendigen Arbeit liegt. Zum anderen kann dies bedeuten, daß die Reduktion notwendiger Arbeit zur Freisetzung von Arbeitskraft in einem Ausmaß führt, welches das Konsumpotential für die produzierten Waren einschränkt. Wir bezeichnen dies systematisch als Grenze der Transformation von gesellschaftlicher Produktivität in Prozeßinnovationen.¹⁾
- o Eine weitere Grenze liegt im Verhältnis zwischen dem Niveau der technologischen Vergegenständlichung von Produktivkraft, verstanden als Systemproduktivität, und der mehr oder weniger proportionalen und mehr oder weniger kontinuierlichen Beziehung zwischen sektorial unterschiedlichen Produktivitäten bzw. der

¹⁾ Auf die Folgen hiervon, insbesondere darauf, daß dies sich in Formen von Arbeitsintensivierung durch entsprechende Formen von Arbeitsorganisation auswirkt, gehen wir an dieser Stelle nicht ein.

daraus folgenden Diskontinuität in der Ausdehnung bzw. Einschränkung der Beschäftigung.¹⁾

- o Schließlich existiert das wechselseitig sich begrenzende Verhältnis zwischen der Unterwerfung der Arbeitskraft unter die Verwertungserfordernisse des Produktionsprozesses und prozeß-externen Anforderungen des Marktes. Es handelt sich hier systematisch um die Grenzen der ausschließlich für die Verwertung von fixem Kapital nutzbaren Arbeitskraft gegenüber jener Arbeit, die zur Bewältigung der Anforderungen des zirkulierenden Kapitals verausgabt werden muß.

Steigerung von Produktivkraft aber verlangt, daß diese Grenzen negierbar sind. Die Grenzen - also notwendige Relationen zwischen gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit und dem Gratifikationsniveau von Arbeitskraft bzw. den gesamten Arbeitskosten, die in die Bewertung der Arbeitskraft eingehen, zwischen Systemproduktivität und Beschäftigung bzw. Nichtbeschäftigung von Arbeitskraft, zwischen der notwendigen Berücksichtigung von Marktanforderungen und der prinzipiell marktindifferenten abstrakten Verwertungsfunktion von Arbeit - dürfen nicht mögliche Produktivitätssteigerungen determinieren, sondern muß es umgekehrt ein je erreichtes Produktivitätsniveau als Maßstab notwendiger bzw. nicht notwendiger (sinnvoller bzw. sinnloser) Begrenzungen dienen können. Wenn aber eine Grenze, eine der genannten Relationen durch Produktivitätssteigerung in Bewegung gerät, überträgt sich dies auf das gesamte System der ökonomischen Variablen in einer vorher nicht bestimm-
baren Weise. So kann insbesondere die durch Produktivitätssteige-

1) Systemproduktivität oder "integrale Produktivität" (vgl. z.B. Richta und Kollektiv 1968, S. 18) impliziert z.B., daß der Gesamteffekt von technischem Fortschritt immer weniger von der Summe der Einzeleffekte verschiedener Prozesse, sondern in wachsendem Maße von den "Proportionalitäts- und Substitutionseffekten" zwischen Produktionsprozessen und Prozeßresultaten abhängt. Vgl. z.B. auf der historischen Ebene die Abhängigkeit des "Werts" der Erdölproduktion von den Freisetzen bei der Produktion von Kohle und die dadurch entstehenden volkswirtschaftlichen Kosten, die in einem marktwirtschaftlichen System als "externe Kosten" der Erdölproduktion verrechnet werden, die die Arbeitskräfte direkt oder politisch vermittelt zu tragen haben, wodurch die Folgewirkungen der Interdependenz unverteilt werden.

rung reduzierte gesellschaftliche Arbeit sich unterschiedlich auf Veränderungen des Konsumpotentials, des gesellschaftlichen Maßstabs der Bewertung von Arbeitskraft und des Umfangs ihrer Beschäftigung auswirken.¹⁾

Das Problem, daß Schrankenlosigkeit der Steigerung von Produktivkraft innerhalb der durch die Verteilung von Macht bestimmten Grenzen möglich sein muß, läßt sich anhand theoretischer, aber insbesondere auch politisch-normativer Versuche der Einordnung des Prozesses des technischen Fortschritts in den ökonomischen Kreislauf aufzeigen. Jene theoretischen und normativ-politischen Analysen des technischen Fortschritts weisen selber genau jene Widersprüchlichkeit auf, indem sie versuchen, zwischen der Steigerung von Produktivkraft und ihrer notwendigen Einordnung in den ökonomischen Kreislaufprozeß zu vermitteln. Technischer Fortschritt dient gleichermaßen als Instrument der Herstellung eines gleichgewichtigen ökonomischen Kreislaufprozesses, wie auch als Instrument seiner Dynamisierung, d.h. der erweiterten Reproduktion. Dies sei anhand des folgenden Exkurses näher erläutert.

3. Exkurs: Grenzen der Kapitalverwertung und technischer Fortschritt in ökonomischen Theorien

Die theoretische und politische Behandlung der Funktion des technischen Fortschritts, die Grenzen von Kapitalverwertung zu überwinden, ohne ein "gleichgewichtiges Wachstum" zu gefährden, kommt in den Versuchen zum Ausdruck, statische Modelle der Umsetzung von technischem Fortschritt in Innovationsprozesse durch dynamische Modelle der Innovation zu ersetzen.

¹⁾ Eine Reihe anderer, hier nicht systematisch abgeleiteter Fragen wären: Wie etwa ist produktivitätssteigernder technischer Fortschritt im Sinne der Reduktion notwendiger Arbeit und gleichzeitige Absorption einer potentiell gestiegenen Produktionskapazität möglich? Oder, wie kann lebendige Arbeit ausgeschaltet werden, ohne daß dadurch gleichzeitig eine profitable Ausnutzung des investierten Kapitals eintritt? Schließlich, wie kann der Anteil des variablen Kapitals im Produktionsprozeß reduziert werden ohne gleichzeitige Reduktion des Gratifikationsniveaus von Arbeitskraft?

Zunächst wurde Innovation nicht als determinierender Faktor für die Beziehungen innerhalb des ökonomischen Kreislaufprozesses behandelt. Danach garantierte ein kontinuierlicher Innovationsprozeß eine kontinuierliche Regelmäßigkeit des ökonomischen Zyklus. Innovation war notwendig zur und hinreichend für die Verhinderung von ökonomischen Krisen. Der Innovationsprozeß löste keine Dynamisierung der Kreislauffaktoren aus, bewirkte keine Verschiebung zwischen den Nachfrage- und Angebotsbedingungen des Marktes, zwischen Verwertung von Kapital und seiner Realisierung.

Die ökonomische Wachstumstheorie hat nach der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre eine dynamische Version des Keynesianischen Wachstumsmodelles entwickelt. Das Postulat eines starren Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit wird nicht länger als Anforderung an die Struktur der Innovationsprozesse aufrechterhalten. Diese Dynamisierung des technischen Fortschritts bzw. seine Umsetzung in technisch-organisatorische Innovationsprozesse muß verstanden werden als Reaktion auf die Vision einer in langfristiger Perspektive unvermeidlichen Stagnationstendenz des kapitalistischen Akkumulationsmodelles. Das Problem bestand (und besteht) darin, einer sinkenden Kapitaleffizienz entgegenzuwirken, die sich aus der Rigidität zwischen Lohnentwicklung und Investitionszunahme ergibt. Es galt jene Grenzen zu überwinden, die die zunehmende Monopolisierung der Volkswirtschaft aufgrund nicht auf dem Markt realisierbarer Investitionen als Krisentendenzen zum Vorschein brachte. Wenn Produktivitätssteigerungen nicht durch eine Steigerung der effektiven Nachfrage ausgeglichen werden können, bedeutet dies, daß Investitionen langfristig absinken und damit der gleiche Effekt eintritt wie er durch eine Stagnation des Innovationsprozesses droht. Dem entgegenzuwirken setzt voraus, daß der wegen der Investitionsraten unverzichtbare Innovationsfluß so aufrechterhalten wird, daß der dabei entstehende Kapitalzuwachs und die effektive Endnachfrage ausgeglichen werden.

Die Theorie des "neutralen technischen Fortschritts" behielt damit ihren politisch-strategischen Stellenwert. Worauf es ankommt, ist die Verteilung des Nationaleinkommens zwischen Kapital und Arbeit unverändert zu lassen; neutraler technischer Fortschritt bedeutet

Neutralisierung zwischen dem Investitionswachstum und der absorptionsfähigen gesellschaftlichen Nachfrage. Dazu sind gleichzeitig bestimmte Einkommensumverteilungen notwendig.

Demnach besteht die Sicherung eines dynamischen Gleichgewichts darin, Investition und Nachfrage auszudehnen, sinkende Kapitaleffizienz zu blockieren. Der neutrale technische Fortschritt verhindert eine Revolutionierung der Produktivkräfte so, daß weder eine Freisetzung von Arbeitskraft noch eine Stagnation von Investition stattfinden. Investition darf keine Produktivitätserhöhung bewirken, die nicht durch eine entsprechende Einkommens- und Nachfragesteigerung ausgeglichen wird.

Die Exogenität des Konzepts eines neutralen technischen Fortschritts muß insofern endogen begriffen werden, als die aus ihm folgenden Innovationsprozesse den Entwicklungsbedürfnissen kapitalistischer Produktion folgen. In den nachfrageintensiven Sektoren des gesellschaftlichen Produktionsprozesses sind die Bandbreiten der Ersetzung von Arbeitskraft durch Erhöhung der Kapitalintensität zumindest historisch-traditionell begrenzt. Die Ausdehnung von Märkten muß mit den Multiplikatoreffekten der Investitionen gleichgeschaltet werden, auf Formen der Massenproduktion aufbauen.

Die mit der relativ arbeitsintensiven massenhaften Serienproduktion gegebenen Bedingungen eines gleichgewichtigen, dynamischen Innovationsprozesses werden hinfällig, sobald Prozesse von "capital deepening" verstärkt einsetzen. Die Annahme einer Gleichgewichtstendenz zwischen der Produktivitätserhöhung, wie sie durch Investitionen bewirkt wird, und einer Ausdehnung der Beschäftigung muß aufgegeben werden. Das gleiche gilt für die Annahme einer homogenen Verteilung bzw. einer gleichmäßigen Ausdehnung des Innovationsflusses. Die antizyklische Analyse des technisch-organisatorischen Innovationsprozesses, d.h. die Analyse der Innovation als Gleichgewichtsinstrument - darin läßt sich die Gemeinsamkeit der post-keynesianischen Wachstumsmodelle charakterisieren -, erweist sich als unvereinbar mit dem realen Innovationsprozeß, der von jeder linearen Beziehung mit den Steigerungsraten der Nachfra-

ge, dem Beschäftigungsvolumen, den intersektoriellen Beziehungen, dem monetären Konjunkturinstrumentarium abgekoppelt ist.

Das Versagen von Konzepten, die auf Modellen des dynamischen Gleichgewichts aufbauen, leitet eine Phase der Analyse des Innovationsprozesses ein, in der dieser in einzelne gesellschaftliche Bedingungsfaktoren zerlegt wird: Forschung, Ausbildung, Arbeitsorganisation. In die Beziehung zwischen Investition und Innovation werden traditionell als exogen geltende Faktoren einbezogen, deren Produktionskosten in den traditionellen Modellen nicht berücksichtigt waren.

Charakteristisch für Prozesse der "Kapitalvertiefung" ist es, daß nicht länger zwischen arbeitssparenden und kapitalsparenden Methoden unterschieden werden kann; die Neuorganisation der Produktion bedeutet eine generelle Einsparung an Kapital mit Hilfe einer neuen Synthese zwischen seinem fixen und seinem variablen Bestandteil. Bezogen auf den Output eines Produktionssystems können die Einsparung von Kapital und die Einsparung von Arbeit durchaus komplementär sich verhalten.

Die nach Keynes gegen Null tendierende marginale Kapitaleffizienz ist durch diesen Innovationsmechanismus einer globalen Kapitaleinsparung unterlaufbar.

Der technische Fortschritt wird zu einem Residualfaktor, der scheinbar durch rein soziale Faktoren - wissenschaftliche Ausbildung, human engineering - bestimmt wird, unabhängig ist von Veränderungen der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Innovation erscheint als Produktivkraft "an sich", außerhalb konkreter Produktionsverhältnisse.

Die Residualanalyse erfüllt eine spezifische volkswirtschaftliche Funktion: Sie löst Produktivitätssteigerung, die allein der "Innovation an sich" zugeschrieben wird, von der Produktivität menschlicher Arbeit. Die Residualanalyse behandelt die Innovation einzig und allein als Veränderung der Höhe des Outputs; Probleme in der Veränderung der Zusammensetzung des Kapitals und Probleme der Ver-

änderung des Arbeitskräfteeinsatzes, die gelöst werden müssen, um Innovation "inkorporieren" zu können, bleiben unberücksichtigt.

Bei der damit angedeuteten Kritik an traditionellen Modellen der Erklärung des technischen Fortschritts scheint eine Auffassung des Innovationsprozesses durch, nach der jede Produktivitätssteigerung auf die Um- und Neustrukturierung der organischen Zusammensetzung des Kapitals bezogen werden muß. Die "Qualität" von Kapital und die "Qualität" von Arbeit können nicht als bei der Erklärung des Innovationsprozesses gegebene Daten angesehen werden. Demgegenüber ist die durch sich selbst erklärte Produktivität das perpetuum mobile der Residualanalyse, die Utopie einer Kapitalproduktivität, die sich losgelöst von Arbeit, losgelöst von den Formen der Verausgabung von Arbeitskraft im Produktionsprozeß, entwickelt.

Wenn es also notwendig ist, die Hypothesen und Annahmen eines dynamischen Gleichgewichts aufzugeben, ist jede Gleichgewichtshypothese und Extrapolation der ökonomischen und sozialen Daten des Systems auf Basis linearer Funktionen unannehmbar. Die Faktoren des Innovationsprozesses können nicht als exogene Phänomene aufgefaßt werden, da sie qualitative Veränderungen in der Struktur der Variablen des ökonomischen Kreislaufprozesses bewirken, was bedeutet, daß Produktionsfunktionen unerheblich sind, um Entwicklungsmechanismen auszudrücken. Innovation hat insofern Systemcharakter, als die Beziehung zwischen ihren Bedingungen diese Bedingungen selbst verändert. Auf der anderen Seite ist jede Hypothese einer homogenen Innovationsdiffusion deswegen verfehlt, weil Innovation auf intersektorielle Starrheitsmomente und Rigiditäten stößt, die wiederum mit einer bestimmten Marktstruktur verbunden sind. Halten wir fest: Der Innovationsprozeß, verstanden als gesellschaftlicher Prozeß der Dynamisierung und Verschiebung der genannten Grenzen, bestimmt keinen technologischen Zustand, keinen sozio-ökonomischen Kontext, von dem aus es möglich wäre, bestimmte Kombinationen von Kapital und Arbeit auf der Basis von einfachen ökonomischen Optimierungskriterien abzuleiten.

B. Das kontingente Verhältnis zwischen Kapitalverwertung und Produktivkraftsteigerung

Das Problem der stets prekären und offenen Kompatibilität zwischen Produktivkraftsteigerung, kontinuierlicher Kapitalverwertung, Investition und Beschäftigung sowie zahlungsfähiger gesellschaftlicher Nachfrage läßt sich systematisch begründen.

1. Bestimmungsgründe der Kontingenz

Produktivkraftsteigerung durch technisch-organisatorische Innovationen im materiellen Produktionsprozeß und die Verwertung des eingesetzten Kapitals durch lebendige Arbeit verhalten sich wechselseitig kontingent.

Der kontingente Zusammenhang zwischen Kapitalverwertung und Produktivkraftsteigerung kann sich als deren wechselseitige Beschränkung niederschlagen: Produktivkraftsteigerung kann krisenhafte Kapitalentwertung bedeuten. Kapitalverwertung erfordert dann bei Erstarrung eines bestimmten Niveaus der Produktivkräfte kompensatorisch intensivere Formen der Auslastung lebendiger Arbeit bzw. des Produktionsprozesses, damit die Übertragung des im Produktionsprozeß investierten Kapitalwertes auf die einzelne Wareinheit minimiert wird (Senkung von Stückkosten).

Der kontingente Zusammenhang kann analytisch differenziert werden. Er wird bestimmt durch die Austauschverhältnisse von Waren, genauer: von deren Wert bzw. Marktpreis. Diese Bestimmung aber ist aus Gründen eben der Produktivkraftentwicklung offen:

(1) Wertzerstörung im arbeitsteiligen Produktionszusammenhang
Der Wert einer Ware bestimmt sich durch sein Verhältnis zur gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Aber diese Bestimmung ist doppelt, indem sie durch den Produktionsprozeß der bestimmten, besonderen Ware erfolgt und durch den Produktionsprozeß aller auf den Markt und ihre Wertrealisierung drängenden Waren. Dies bedeutet,

daß jederzeit eine Diskrepanz entstehen kann zwischen gesellschaftlich gültigen Warenwerten und ihrer permanenten Zerstörung in einzelnen arbeitsteiligen Produktionsprozessen. Der in einem bestimmten Produktionsprozeß neu zugesetzte Wert kann, obwohl nur die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zu seiner Produktion aufgewandt wurde, zu groß sein. Mit anderen Worten: Der gesellschaftliche Wert der Ware kann geringer werden als die Summe der Werte aller arbeitsteilig produzierten Waren.

Damit wird das Verhältnis zwischen dem besonderen Produktionsprozeß und dem allgemeinen gesellschaftlichen Produktionsprozeß kontingent. Diese Kontingenz drückt sich aus in dem gegensätzlichen Verhältnis zwischen gesellschaftlich gültigen Marktwerten und ihrer permanent potentiellen Zerstörung durch die Produktivitätssteigerung in besonderen Produktionszweigen. Diese Produktivitätssteigerung schlägt tendenziell auf das besondere Kapital als dessen Entwertung zurück. Das für uns hierbei zentrale Problem lautet: Wie kann dieser Rückschlag durch die Gestaltung der Strukturen des Arbeitskräfteeinsatzes verhindert und abgefangen werden?

(2) Zerstörung vergangener bei der Produktion gegenwärtiger Werte
Zweitens aber bestimmt sich der Warenwert nicht durch die Arbeitszeit, die tatsächlich im Verlauf seiner Entstehung unter variablen historischen Bedingungen der materiellen Produktivkräfte notwendig verausgabt wurde, sondern durch die - bei seiner Realisierung - auf dem "neuesten" Produktivitätsniveau möglichen Arbeitszeit. Diese löscht vergangene Wertbildung rückwirkend aus, entwertet einen historisch zurückliegenden Stand von Produktivität. Historisch läßt sich dabei die Tendenz ausmachen, daß die Zyklen zwischen vergangener Produktivitätsentwicklung und jeweils aktuell sich durchsetzenden Innovationsprozessen bzw. -schüben sich verkürzen, daß also Verwertung zunehmend nur noch durch Wertüberholung, d.h. durch Innovation stattfindet. Ob die in der Vergangenheit bewährte, gegenwärtig vorbereitete auch die zukünftige Verwertung ermöglicht, bleibt offen. Das Problem besteht darin, wie diese sich tendenziell überschlagenden Verkürzungen aktueller Produktionszeit durch die Auslastung verfügbarer Arbeitszeit, durch

die "Verdichtung der Poren" als dann vorrangig werdender Verwertungsbedingungen abgefangen werden können.

(3) Wertzerstörung und Folgen für die Arbeitskraft.

Drittens schließlich findet der Ausgleich, die Vergesellschaftung der unter unterschiedlichen Bedingungen produzierten Waren dadurch statt, daß die dabei eingesetzte stofflich unterschiedliche menschliche Arbeit zur gesellschaftlich gleichen, wertschöpfenden Arbeit abstrahiert wird, aber auf eine nur indirekte Weise. Dies läßt sich an dem Zusammenhang zwischen Innovation in Produktionsprozessen und der Bewertung der unter unterschiedlichen Bedingungen verausgabten "lebendigen" Arbeit aufzeigen. Das Problem besteht nun nicht in dem in jeder Produktionsweise notwendigen gesellschaftlichen Ausgleichsprozeß zwischen unterschiedlich produktiven Arbeiten. Mit der Entwertung produzierter Waren aber wird die Arbeit jener Arbeitskräfte, die unter den relativ veralteten Produktionsbedingungen eingesetzt sind, ihrerseits gesellschaftlich niedriger bewertet. Diese indirekt vermittelte Entwertung bedeutet für die Arbeitskräfte entweder Freisetzung oder die Unterwerfung unter neue Bedingungen ihrer Nutzung, die den relativen Produktivitätsrückstand kompensieren. Form und Ausmaß dieses Prozesses sind nicht prognostizierbar.¹⁾ Das aus den unter (1) und (2) genannten Gründen unvermeidliche Produktivitätsgefälle innerhalb der arbeitsteiligen Produktion führt deshalb - abgesehen von der Beschäftigung - zur ungleichen Verteilung von Arbeitsbelastungen und -anforderungen bzw. von differentiellen Bewertungsmaßstäben zwischen Arbeitskräftegruppen.

Die Ergebnisse der Überlegungen zu dem Verhältnis zwischen Kapitalverwertung und Produktivkraftsteigerung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- o Arbeitskräfteeinsatz in einem bestimmten Produktionsprozeß, der höchstens die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Ar-

¹⁾ Mit anderen Worten heißt dies, daß Freisetzung und Bindung von Arbeitskraft im Interesse der verschiedenen Kapitalfraktionen nicht steuerbar sind. Auf einer konkreten Ebene werden damit auch Projektionen von Entwicklungen in Teilbereichen (z.B. Branchen) theoretisch nicht absicherbar.

beitszeit, aber tendenziell immer weniger, zu verausgaben ermöglicht, kann ein Wertprodukt produzieren, das den gesellschaftlichen Wert der Ware reduziert und das in anderen Produktionsprozessen eingesetzte Kapital entwertet und zur Freisetzung von Arbeitskraft führt.

- o Aktuell sich vollziehende Kapitalverwertung kann sich rückwirkend als unzureichend erweisen, weil inzwischen stattgefundene Produktivitätssteigerung auf den Wert aller in der Vergangenheit produzierten Waren zurückwirkt, wodurch die zeitliche Fristigkeit zwischen Kapitalverwertung und Kapitalentwertung durch Produktivitätssteigerung unbestimmt wird.
- o Produktivitätssteigerung in bestimmten Produktionsprozessen durch technische Innovationen kann sich für Arbeitskräfte in anderen Produktionsprozessen, die unter den "alten" Bedingungen arbeiten, als zwingender Arbeitsplatzwechsel auswirken, als Herabsetzung ihrer Gratifikation, als Ausscheiden aus dem Beschäftigungssystem, als kompensatorische Arbeitsintensivierung u.a.m., Sachzwänge, die als "Zufall" erscheinen.

2. Voraussetzungen der Bewältigung von Kontingenz

Die Entwicklung der Produktivkräfte ist die notwendige Voraussetzung von Kapitalverwertung, von Höherverwertung existierendes Kapitals als Basis der Möglichkeit, Macht ungleich zu verteilen. Aber Kapitalverwertung ist keine notwendige Folge wachsender Produktivität von Arbeit. Diese kann im Gegenteil abnehmende Verwertungsraten des investierten Kapitals bewirken, wenn gesellschaftlich notwendige Arbeit im Durchschnitt reduziert wird und Kompensationsleistungen "entgegenwirkender Ursachen" ausbleiben. (Zum Begriff der "entgegenwirkenden Ursachen" vgl. Marx 1968, Bad. III, 14. Kapitel.)

Eine gesellschaftlich sinkende Mehrwertrate, hervorgerufen durch die Unfähigkeit, eine Differenz zwischen gesellschaftlich notwendiger Arbeit und der gesellschaftlichen Bewertung von Arbeit auf-

rechtzuerhalten, wäre eine "letzte Grenze", über die hinaus die Aufrechterhaltung von Lohnarbeit bedroht wäre.

Zu den "Grenzen des Arbeitstages" als Verhältnis von Mehrarbeit zu notwendiger Arbeit kann sich deswegen die Organisation der Produktion nicht als zu einer Schranke verhalten; als solche müßte die Grenze - also letztlich Lohnarbeit - überwunden werden; damit würde das Kapital aufhören als Kapital, als Gegensatz zu notwendiger Arbeit, zu existieren.¹⁾

Deshalb muß die Grenze - notwendige Arbeitszeit als Reproduktionsmaß der Ware Arbeitskraft - als prozeßhaftes Verhältnis begriffen werden zwischen der Gefahr der Aufgabe von Lohnarbeit und der Begrenzung von Produktivkraft und Wachstum. Dieses Verhältnis aber, d.h. die Grenze nicht als ein historisch ein für allemal fixierbarer Umschlagspunkt, der die mögliche und unmögliche Übereinstimmung von Produktivkraftentwicklung und Kapitalverwertung markiert, bezeichnet oder ist das Kapitalverhältnis (vgl. Marx 1969, Bd.III, S.260).

Auf der einen Seite also bezieht und definiert sich Kapital durch die Grenze, die mit der notwendigen Arbeit bestimmt ist. Gleichzeitig müssen im Verwertungsprozeß die Grenzen des Arbeitstages kontinuierlich als Schranken aufgestellt werden, damit die Verwertung und Akkumulation von Kapital als Motor der Entwicklung der Produktivkraft wirkt. Dieser bestimmt und verändert permanent die Beziehung zwischen Schranken, die überwindbar sind, und Grenzen, die

1)"Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch (dadurch), daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren stört, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt. Es vermindert die Arbeitszeit daher in der Form der notwendigen, um sie zu vermehren in der Form der überflüssigen; setzt daher die überflüssige in wachsendem Maß als Bedingung - question de vie et de mort - für die notwendige." (Marx 1953, S.593.) Um die Grenzen hinausschieben zu können, müssen sie als Grenzen erhalten bleiben. Notwendige Arbeit wird reduziert, um Mehrarbeit auszudehnen. Deshalb wird das "Setzen notwendiger Arbeit" als Grenze Bedingung der Entfaltung der Produktivkraft; die Existenz von Lohnarbeit, die sich über die Reproduktion ihres Trägers als einfaches Austauschverhältnis definiert, ist gleichzeitig Bedingung der Produktivkraftentwicklung. Diese ist daran gebunden, daß der Wertmaßstab gesellschaftlich notwendiger Arbeit als Bewertungs- und als Reproduktionsmaß von Arbeitskraft dient. Eben dies meint der Begriff der Lohnarbeit.

eingehalten werden müssen (von Investition und Beschäftigung, Lohn und Konsum).¹⁾

Entscheidend ist jedoch folgendes:

Würde gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit immer und generell nur als Schranke von Produktivkraftsteigerung bei der Akkumulation von Kapital erfahren, würde sie schließlich als Grenze ausgelöscht; die Grenze des Arbeitstages könnte sich nicht mehr auf notwendige Arbeit als ihren Maßstab beziehen. Die Ausschöpfung der auf einem bestimmten Produktivitätsniveau gesellschaftlich verfügbaren Arbeitszeit müßte ihre Bindung an menschliches Arbeitshandeln lösen und nur noch als Verrechnungsgröße gesellschaftlicher Distribution von Arbeit existieren.²⁾ Dies ist zwar vorstellbar; aber das Kapital muß den Veränderungsprozeß gesellschaftlich durchschnittlich notwendiger Arbeitszeit immer wieder "unterbrechen", um sie als Grenze zu erhalten.³⁾

1) Deshalb charakterisiert Marx dieses Verhältnis als "prozessierenden Widerspruch". (Marx 1953, S. 593.)

2) Vgl. Marx 1953, S. 318: Die "immanenten Grenzen müssen mit der Natur des Kapitals, mit seinen wesentlichen Begriffsbestimmungen selbst zusammenfallen". Andererseits geht "aus der allgemeinen Tendenz des Kapitals hervor (...), daß es vergißt und abstrahiert" von den "notwendigen Momenten der auf das Kapital gegründeten Produktion". (Marx 1953, S. 319.) Die Zwanghaftigkeit der Grenze gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit bedeutet letztlich, daß Kapitalverwertung als vorherrschende Form der Bedingung der Entwicklung von Produktivkraft nur existieren kann mit abnehmenden Verwertungs- bzw. Wachstumsraten. In diesem, und nur in diesem Sinne, spricht Marx von der "wahren Schranke der kapitalistischen Produktion", die "das Kapital selbst" ist. (Marx 1968, Bd. III, S. 260.) (Unterstreichungen - G. Bechtle.)

3) Konkret gibt es dafür natürlich höchst unterschiedliche Ausdrucksformen wie z.B. Überschußbevölkerung, sektorale und regionale Disparitäten von Beschäftigung und Produktion, schließlich auch alle jene Formen von Arbeitskräfteeinsatz, die sich ergeben, wenn notwendige Arbeit nicht mehr als gesellschaftlich bewertete Lohnarbeit einsetzbar ist, sondern diesen Bewertungskriterien entzogen z.B. als Fremdarbeit oder Schwarzarbeit genutzt wird. Im übrigen wären die Für- und Wider-Argumente bei der Diskussion über die von Arbeitnehmerseite geforderte Reduzierung der Arbeitszeit theoretisch in der hier skizzierten Perspektive eines Widerspruchs zu führen zwischen der Tendenz, im Prozeß der Kapitalakkumulation die Grenze der notwendigen Arbeitszeit zu negieren bei gleichzeitiger Abhängigkeit davon, kontinuierlich neue Schranken setzen zu können. Zu überlegen wäre darüber hinaus - theoretisch und politisch -, was die Abkoppelung der Zeitgröße vom individuellen Arbeitshandeln im gesellschaftlichen Produktionsprozeß bedeutet.

Die eingangs im Zusammenhang mit der Konstitution der Wertformen dargestellte Subjekt-Objekt-Verkehrung, oder, wie wir jetzt formulieren können: das Kapitalverhältnis als Antriebskraft (Subjekt) der Entwicklung, deren Mittel (als Objekt) Arbeitskraft als Lohnarbeit ist, bedeutet nun aber, daß die Grenze zunehmender Verwertung von Kapital nicht gesellschaftlich notwendige Arbeit und damit auch nicht der gesellschaftlich existierende oder erreichbare Mehrwert sein kann, wenn Kapital seine Selbsterhaltung durch Selbstverwertung sichert.

Auf sich selbst reflektiert wird die mögliche oder unmögliche Produktivitätssteigerung aus der Perspektive eines je existierenden Kapitals bezogen auf das Verhältnis oder die Differenz zwischen der Größe des zu leistenden Kapitalvorschusses in Form von variablem wie von konstantem Kapital und dem produzierbaren bzw. zusetzbaren Neuwert und seiner Realisierbarkeit auf dem Markt. Dies bedeutet, daß sich technischer Fortschritt als Innovation nicht "nur" auf die Senkung gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit bezieht, sondern auf die Differenz zwischen vorausgesetzten Werten, prozessierenden Werten im Produktionsprozeß und realisierbaren Werten auf dem Markt. Mit anderen Worten, unter der Bedingung, daß die Grenze der Selbstverwertung von Kapital in dieser Form einer Selbstreflexion aufspaltbar ist in das Verhältnis zwischen den gesamten aufzubringenden Produktionskosten, dem neu zusetzbaren Wert im Produktionsprozeß und dem realisierbaren Wert auf dem Markt, ist technischer Fortschritt realisierbar als Produkt- bzw. Marktinnovation sowie als technisch-organisatorische Prozeßinnovation.

Die Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhangs der Produktion in den existierenden Wert als Summe von konstantem und variablem Kapital, in den im Produktionsprozeß arbeitenden Wert (Zufuhr von lebendiger Arbeit) und den zirkulierenden Wert der Waren auf dem Markt, gibt dem geschilderten Prinzip der Schrankenlosigkeit in Grenzen eine besondere Form.

Die durch die jeweils mögliche Reduktion notwendiger Arbeit bestimmte Grenze der Produktivitätssteigerung zerfällt in unter-

schiedliche Schranken. Diese können je für sich als spezifische Probleme verschoben und verändert oder durchbrochen werden.

Die Unterschiedlichkeit bezieht sich dabei einmal auf die im Zeitablauf wechselnde Relevanz oder Irrelevanz, d.h. Nähe oder Ferne einer Schranke für die Reduktion von notwendiger Arbeit. Es können beispielsweise Investitions- (z.B. Finanzierungs-)Probleme, Innovationsprobleme (z.B. der Neuentwicklung von Produktionsmitteln und ihrer Einfügung in den bestehenden Produktionsprozeß) und Realisierungsprobleme (z.B. das Auftauchen von Substitutionskonkurrenz) zeitlich verschoben in den Vordergrund treten; Unterschiedlichkeit kann sich zum anderen beziehen auf den notwendig unterschiedlichen Effekt der Schranken für eine Produktivitätssteigerung, also etwa für die organische Zusammensetzung, für den technologischen Stand des Produktionsprozesses, für die Zirkulationsdauer der Waren.

Relative Isolierbarkeit zwischen den Schranken bezieht sich darauf, daß ihre Variabilität in unterschiedlichem Ausmaß wechselseitig beeinflußt werden kann. Welche Rückwirkungen etwa von Innovationen auf die organische Zusammensetzung des Kapitals oder welcher Einfluß von Marktschwankungen auf die Kontinuität des Produktionsprozesses ausgeht, ist als offenes Kompatibilitätsproblem im Zeitablauf zu bewältigen.

Die notwendige Offenheit der wechselseitigen Abhängigkeit oder Indifferenz zwischen Schranken verlangt, daß das Verhältnis zwischen einer gegebenen technischen Zusammensetzung des Produktionsprozesses, variierenden Marktbedingungen und der Struktur des Arbeitskräfteeinsatzes gestaltbar ist.

Das Problem, Grenzen von Kapitalverwertung in unterschiedliche und deswegen gestaltbare Schranken der Produktivkraftsteigerung zu transformieren, wäre analytisch in mehrere Dimensionen zu zerlegen.

Wir blenden hier insbesondere die normativ-rechtliche Dimension (z.B. Staatsintervention und Gesetzgebung) aus und gehen im fol-

genden von der These aus, daß eine zentrale Problemdimension in der Herstellung variabler Formen der Arbeitsorganisation im Produktionsprozeß liegt. Diese ist damit als eine analytische Ebene bestimmt, auf der sich feststellen lassen muß, wie die asymmetrische Verteilung von Macht und die Anforderungen an Kapitalverwertung und Produktivkraftsteigerung aufeinander bezogen sind. Eine zweite These ist, daß Grenzen der Stabilisierung und Anwendung von Macht dann in Erscheinung treten, wenn die durch die technische Struktur der Produktionsprozesse und durch die Anforderungen des Einsatzes von Arbeitskraft gegebenen Schranken von Kapitalverwertung bzw. Produktivkraftsteigerung nicht wechselseitig indifferent gehalten und dadurch überwunden werden können. In diesem Fall müßte Macht innerhalb neuer Schranken neu stabilisiert werden.

C. Die Notwendigkeit autonomer Kapitalverwertung und ihre Beziehung zur Konkurrenz

Die technologisch-organisatorisch herzustellende, relative Indifferenz gegenüber gesellschaftlich notwendiger Arbeit bzw. gegenüber dem zur Produktivitätssteigerung notwendig zu leistenden Beitrag zu ihrer Reduktion aber ist nur möglich, indem sich das bestimmte Kapital als in bestimmten Produktionszweigen investiertes für sich als Einzelkapital konstituiert. Im Verhältnis des Einzelkapitals zum gesellschaftlichen Prozeß von Kapitalakkumulation und Produktivkraftentwicklung verwirklicht sich das Prinzip der Gleichgültigkeit kapitalistischer Produktivkraftsteigerung gegenüber der "letzten Grenze", der gesellschaftlich notwendigen Arbeit als Lohnarbeit, in Form der Gleichgültigkeit der vielen Kapitale gegeneinander. (Vgl. Marx 1953, S. 323.)

Die Kontingenz des Verhältnisses zwischen einzelkapitalistischer Produktivität, Kapitalverwertung und Realisierung auf dem Markt wird Bedingung und Produkt von Innovationsprozessen, womit der Prozeß des technischen Fortschritts als Ursache und als Mittel zur Bewältigung dieses kontingenten Verhältnisses gefaßt und bestimmt werden kann.

1. Theoretische Probleme des Konkurrenzbegriffes

Die Regulierung der Folgen einzelkapitalistischer Produktivitätssteigerung und Wertschöpfung der einzelkapitalistischen Realisierung der Waren auf dem Markt, wird in ihrer Wirkung auf die mögliche Produktivität und die mögliche Realisierung aller Kapitale in der traditionellen Theorie als Funktion der Konkurrenz, der Wechselwirkung zwischen Einzelkapitalen, erklärt.

Neben dieser Funktion und diesem Prozeß des Ausgleichs zwischen einzelkapitalistischen Verwertungssystemen,¹⁾ der diesen gegenüber unkontrolliert abläuft, dem sie zwanghaft unterworfen sind, erfüllt - in der Perspektive der klassischen Theorie - die Konkurrenz gleichzeitig die Funktion der Freisetzung der "inneren Notwendigkeit" der Selbstverwertung durch Kapital in Form permanenter Ausdehnung der Verwertung auf einer wachsenden Stufenleiter (Doppelfunktion der Konkurrenz). Dies bedeutet, daß "innere Notwendigkeit" und "äußerer Zwang" sich nach dem Modell der Widerspiegelung verhalten.

Bei diesem Verständnis des Konkurrenzbegriffes bleiben mehrere Probleme offen. Einmal bleibt die Frage undiskutiert, inwieweit die Zwanghaftigkeit des Kapitals im allgemeinen von einzelkapitalistischen Systemen bewältigt werden kann, insbesondere welche Voraussetzungen diese dafür erfüllen müssen. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß die Zwanghaftigkeit der allgemeinen Gesetze der Kapitalverwertung dem Einzelkapital nicht als Plandaten zur Orientierung und zur Disposition stehen, sondern daß sie sich erst als Folgewirkung der Wechselwirkung zwischen den Einzelkapitalen und deren Niederschlag im Gesamtprozeß ergeben.

¹⁾ Der Begriff "einzelkapitalistisches Verwertungssystem" hat reine Darstellungsgründe, um den analytischen und nicht empirischen Charakter von Einzelkapital zu betonen. Das bedeutet, daß empirische Ausdrucksformen von "Einzelkapital" offen und variabel sind. Ihre Markierung ist ein theoretisches und analytisches Problem. Mit solcher "Markierung" wird die Bewältigung von kontingenten Anforderungen des gesellschaftlichen Prozesses von Produktivkraftentwicklung als Prozeß der Strukturierung einzelkapitalistischer Verwertungssysteme faßbar.

Weiterhin muß bezweifelt werden, ob die beiden Funktionen der Konkurrenz, zumindest in einer historischen Perspektive, notwendig gleichzeitig einlösbar sind und sich komplementär ergänzen. Das Problem lautet mit anderen Worten, ob der Begriff der Konkurrenz theoretisch ausreicht, um die Durchsetzung des Gesetzes der "Schrankenlosigkeit in Grenzen", insbesondere in seinen historischen Erscheinungsformen, zu erklären.

Weiter stellt sich bei der Erörterung dieses Problems die Frage, ob ein Begriff von Konkurrenz im angedeuteten Sinne - nämlich der als äußere Zwänge wirksamen, immanent notwendigen Gesetzmäßigkeiten - ausreicht, um die Veränderung von Konkurrenzformen im historischen Ablauf sozusagen aus sich selbst heraus theoretisch zu erklären. Uns scheint ein Begriff der Konkurrenz jedenfalls unbefriedigend, der als einzige Vermittlungsinstanz zwischen Einzelkapital und Gesamtprozeß einerseits und als selbstvermittelt durch die innere Natur des Kapitals andererseits gefaßt wird.¹⁾

Eine Abstraktionsstufe darunter ergibt sich der gleiche Gedanke einer spezifischen Relativierung des Konkurrenzprinzips aus einer im Akkumulationsprozeß auftretenden besonderen Problematik. Bei hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals eines einzelkapitalistischen Verwertungssystems und bei einem hohen Anteil des fixen gegenüber dem zirkulierenden Kapital entsteht ein permanenter Zwang zur Senkung der Stückkosten, der aus der technischen Zusammensetzung folgenden Wertstruktur des eingesetzten Kapitals selbst erfolgt. (Vgl. Sohn-Rethel 1972.) Dies läßt es problematisch erscheinen, diesen Zwang als äußeren Zwang allein der Konkurrenz zuzuschreiben. Gleichzeitig muß bei wachsender organischer Zusammensetzung des Kapitals die Frage aufgeworfen werden, welche Bewältigungsformen entfaltet werden, wenn die daraus resultierende Monopolisierungstendenz den der Konkurrenz als Funktion zugeschriebenen Prozeß des Ausgleichs der Profitraten zumindest partiell außer Kraft setzt. Das heißt, es muß außer der Konkurrenz andere Bewältigungsformen geben, um eine Situation "ohne Durchschnitt" zu neutralisieren.²⁾

1) Um dieser Problematik zu entgehen, wird vermutlich immer wieder die Konkurrenz modellhaft als freie bemüht, weil bei dieser nämlich tatsächlich innere Notwendigkeit und äußere Zwangsgesetzlichkeit problemlos zusammenfallen, Kontingenz "unsichtbar" reguliert und dem Einzelkapital nicht zum Problem wird, höchstens in Form seines Untergangs. (Vgl. zu derselben Diskussion Arndt, Famura 1975, S. 91 f.)

2) Bei einer Situation ohne Durchschnittsprofit - es sei denn, dieser wird immer nur ideell gedacht - wird es natürlich entsprechend problematisch, den Begriff des Extraprofits zu verwenden.

2. Autonomie von Einzelkapital, ihre Merkmale und ihre Struktur

Ohne hier eine letztlich befriedigende Ableitung liefern zu können, folgern wir aus diesen Überlegungen, daß die "Schrankenlosigkeit in Grenzen" es notwendig macht, begrifflich zu unterscheiden zwischen einem Prozeß der Autonomisierung von Kapital als Kapital durch die Konkurrenz¹⁾ und der Autonomisierung von Kapital als Autonomie von einzelkapitalistischen Verwertungssystemen gegenüber der Konkurrenz.

Die im Teil A dargestellte Instrumentalisierung der Vergesellschaftungsfähigkeit von Arbeit in Form der Lohnarbeit für die Erfordernisse der Kapitalverwertung realisiert sich unter der Wirkung des Autonomieprinzips in der Form, daß das Einzelkapital die wertschöpfende "elastische Potenz" von Arbeit zum Zweck der Bewältigung von Kontingenz nutzt, dabei aber von dieser Potenz abstrahiert und sie in der Lohnform auf die Reproduktion von Arbeitskraft reduziert.

Autonomie des Einzelkapitals als eine Form des Verhältnisses zwischen dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß und dem konkret besonderen Produktionsprozeß läßt sich begrifflich entfalten, indem ihre Funktion in einer doppelten Perspektive geprüft wird:

- o für die Überwindung der genannten gesellschaftlichen Grenzen der Produktivkraftentwicklung: der durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit, des Realisierungs- bzw. Absorptionspotentials des Marktes und des gesellschaftlichen Produktivitätsniveaus;
- o für die Bewältigung der Unbestimmtheit dieser Grenzen, d.h. der Kontingenz des Zustandekommens einer ausreichenden Masse verfügbarer Mehrarbeit, der Kontingenz kapitalentwertender Rückwirkun-

¹⁾ Wir gehen hier auf andere Formen der Autonomisierung von Kapital als Kapital - auf den Kredit, in dem das Kapital den "einzelnen Kapitalien gegenüber als allgemeines Kapital erscheint" (man beachte die verglichen mit der Konkurrenzanalyse parallele Konstruktion), und das Aktienkapital als die "vollendetste Form" dieses Autonomisierungsprozesses und insbesondere auf die Beziehung zwischen diesen Formen und der Form der Autonomie des einzelkapitalistischen Verwertungssystems - nicht ein.

gen von jeweils neuen Innovationsprozessen auf früher investiertes Kapital, der Kontingenz der Zirkulationsdauer bzw. des Kapitalrückflusses.

(1) Das Verhältnis zwischen Autonomie und Kontingenz

Bereits aus dieser Problemstellung läßt sich ein erstes Merkmal von Autonomie erkennen: Diese ist eine mögliche Form der Beherrschung von Kontingenz; Kontingenzbewältigung aber keine notwendige Folge von Autonomie.

Die Selbstbezogenheit von Einzelkapital, das Abstoßen von anderen Einzelkapitalen, muß notwendige Kontingenz für andere einzelkapitalistische Verwertungssysteme im und für den Gesamtprozeß produzieren, ohne daß Autonomie ihre Bewältigung garantiert. Kontingente Beziehungen zwischen Arbeitseinsparung, Produktivitätssteigerung und Realisierungschancen schließen die Möglichkeit, nicht aber die notwendige Verwirklichung der Autonomie einzelkapitalistischer Verwertung ein; autonome einzelkapitalistische Verwertungssysteme implizieren die Möglichkeit, aber nicht die Notwendigkeit der Sicherstellung von - zur Kapitalverwertung notwendigen - Verknüpfungen zwischen Arbeitseinsatz, Produktivkraftentwicklung und Warenzirkulation und -absorption. Daraus ergibt sich, daß einzelkapitalistische Systeme, indem sie sich als autonome ausgrenzen, für die Gesellschaft Kontingenzen produzieren, sie aber entweder gesellschaftlichen Ausgleichsprozessen (d.h. der Konkurrenz und/oder politischen Stabilisierungsmaßnahmen) unreflektiert überlassen, oder aber nur für sich bewältigen oder ausnutzen.

Das gegensätzliche Verhältnis zwischen der strukturellen Grenze eines gegebenen gesellschaftlichen Produktivitätsniveaus und dem permanenten Prozeß der potentiellen Zerstörung sowohl von investierten Kapitalwerten wie von Reproduktionsvoraussetzungen der Arbeitskraft drückt sich aus als Gegensatz zwischen je gesellschaftlich gültigen Werten und der auf autonome einzelkapitalistische Systeme bezogenen Wertschöpfung. Die Maximierung der Differenz zwischen individuellem und gesellschaftlichem Wert durch die entsprechende Ausgrenzung autonomer einzelkapitalistischer

Systeme definiert die historische Funktion und das Prinzip der einzelkapitalistischen Organisation des Produktionsprozesses. In der Gegensätzlichkeit zu je vorhandenen gesellschaftlichen Steuerungsgrößen (Grenzen) der Produktion, der Verwertung, der Konsumtion und der (auch qualifikatorischen) Reproduktion von Arbeitskraft wird dessen Funktion deutlich, vorhandene Werte als Mittel ihrer maximalen Verwertung einzusetzen.

Die Reduktion der für eine bestimmte Ware individuell notwendigen Arbeitszeit unter die durchschnittliche, gesellschaftlich notwendige, die Senkung des individuellen Wertes unter den gesellschaftlichen impliziert, daß einzelkapitalistische Systeme in der Lage sein müssen, von gesellschaftlichen Prozessen der Wertschöpfung, die dem einzelkapitalistischen System vor- oder nachgelagert sind, zu abstrahieren. Für das einzelkapitalistische System darf nur relevant werden, was die Differenz zwischen dem systemspezifisch zu leistenden Kapitalvorschuß, d.h. den systemspezifischen Kosten des variablen und des konstanten Kapitals, und dem unterstellten Durchschnittsprofit bzw. den unterstellten Marktpreisen beeinflusst, verengt oder erweitert.

Autonomie von Kapital bedeutet nicht, daß das Einzelkapital sich in Gegensatz zu gesellschaftlichen Verwertungsbedingungen stellen oder sich von ihnen unabhängig machen kann, sondern gerade umgekehrt, daß nur die Fähigkeit der Einzelkapitale, die Kontingenzbedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zu nutzen, gesellschaftliche Reproduktion möglich wird. Die gesellschaftlich legitimierten Grenzen der Kapitalverwertung sind historisch nicht nur Beschränkung, sondern auch Produkt von Autonomie, Schranke und Bedingung zugleich.

(2) Verwendung von Autonomie

Durch die schrankenlose Reduktion des gesellschaftlichen Warenwertes innerhalb systemspezifischer Grenzen wird ein Spielraum gegenüber dem Gesamtsystem gewonnen, dessen Verwendung alternativ genutzt werden kann. Dies und insbesondere das dadurch entstehende Problem, daß die einzelkapitalistischen Spielräume größer werden

können als die des Gesamtsystems, bestimmt ein weiteres Merkmal von Autonomie.

Drei Verwendungsrichtungen bzw. Verwendungsalternativen dieses Spielraums sind zentral: Ein relativer Produktivitätsvorsprung läßt sich einsetzen, um dem möglicherweise gestiegenen Gratifikationsdruck der produktivitätswirksam genutzten Arbeitskraft zu begegnen; oder er läßt sich verwenden, um bei herrschenden Verkaufspreisen Waren auf dem Arbeitsmarkt unter ihrem gesellschaftlichen Wert, aber mit Profit für das einzelkapitalistische System abzusetzen; schließlich läßt er sich verwenden, um weitere Produktivitätssteigerung zu erreichen, die ihrerseits sowohl den Gratifikationsdruck als auch die Differenz zwischen individuellem und gesellschaftlichem Wert beeinflußt.

Gleichzeitig jedoch wird bei einer wachsenden Diskrepanz zwischen den Möglichkeiten auf sich selbst bezogener einzelkapitalistischer Systeme das Problem verschärft, den notwendigen Ausgleich zwischen beiden Ebenen herzustellen, d.h. einzelkapitalistische Verwertungssysteme in den notwendigen Grenzen des Gesamtsystems zu halten. Historisch stellt sich die Diskrepanz insbesondere als zwischen verschiedenen Einzelkapitalen, Branchen, Sektoren etc. dar.

Bezogen auf die Konkurrenz bedeutet dies, daß der gleiche Prozeß, der die Konkurrenz in Gang hält - nämlich produktivitätssteigernde Reduktion gesellschaftlich notwendiger Arbeit innerhalb und durch Einzelkapitale -, die Kontroll- und Ausgleichsfunktion von Konkurrenz, d.h. die Herstellung der notwendigen Verwertungs- und Realisierungsgrenzen, tendenziell überbeansprucht und untergräbt.

(3) Binnen- und Außenautonomie

Aus der Betrachtung der Wechselwirkung zwischen der Ausbildung einzelkapitalistischer Verwertungssysteme und dem Mechanismus der Konkurrenz ergibt sich ein drittes Charakteristikum der Struktur von Autonomie: sie zerfällt in Binnen- und Außenautonomie.

Es ist konstitutiv für autonome Kapitalverwertung, daß das Grundproblem schrankenloser Kapitalverwertung in Grenzen, d.h. die Re-

duzierung lebendiger Arbeit bei fortgesetzter Ausdehnung der Mehrwertproduktion, latent gehalten werden muß, weil andernfalls das Autonomieprinzip selbst sich auflösen würde, Autonomie an eine nicht mehr überwindbare Grenze stieße: Das einzelkapitalistische Verwertungssystem würde sich mit dem Gesamtsystem in eins setzen, sich mit ihm identifizieren, müßte seine "Projektionen" darauf "mitreflektieren", die Bedingungen seiner Autonomie autonom verwirklichen, kontingente Wirkungen von Indifferenz immer auch systemintern berücksichtigen. (Vgl. Habermas 1971, S. 236.)

Um den Prozeß der Herstellung von Autonomie als Prozeß der Herausbildung von Nichtidentität zwischen Kapital und Gesellschaft, als Gegensatz von Einzelkapital und Gesamtkapital, begrifflich zu rekonstruieren, unterscheiden wir einen Prozeß der Autonomisierung nach innen von einem Prozeß der Autonomisierung nach außen.

Nach innen bezogene Autonomie bedeutet dabei die systeminterne Abarbeitung von kontingenten Erscheinungen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß, von fremdbewirkten Kapitalentwertungen, von Stabilisierungsengpässen, von durch den Gesamtprozeß bewirkten Veränderungen in der Struktur der Arbeitskraft durch eine entsprechende Anpassung von Arbeitskraft und Technologie als den zentralen elastischen Potenzen. Dies erfolgt insbesondere auch über eine Veränderung der auf Elastizitäten ausgerichteten Arbeitsorganisation.

In dieser Perspektive wird die Entstehung und Veränderung der industrie-kapitalistischen Organisation der Produktion ("Fabriksystem") historisch-funktional als Beherrschung des unmittelbaren Produktionsprozesses, genauer: als Beherrschung der Voraussetzungen seiner Gestaltbarkeit, begriffen. (Diese Seite der Autonomie wird ausführlicher im nächsten Teil III behandelt.)

Der Prozeß der Autonomisierung nach außen aber bedeutet, daß Folgewirkungen solcher systeminternen Formen der Bewältigung von Kontingenz im gesellschaftlichen Prozeß latent bleiben, das einzelkapitalistische System "bis auf weiteres" nicht betreffen. Wo dieses dabei die Grenze ansetzt bzw. ansetzen muß, bis zu der jene

Folgewirkungen unberücksichtigt bleiben (können) und wo sie systemrelevant manifest werden, bleibt prinzipiell offen. Genauer gesagt: Die Latenz solcher Grenzen muß offen bleiben, weil das einzelkapitalistische System ein objektives Interesse daran haben muß, sich gegenüber gesellschaftlichen Grundproblemen der erweiterten Reproduktion, die durch die Verletzung dieser Grenzen entstehen,¹⁾ äußerlich zu verhalten,²⁾ sich einen "blauen Dunst" (Marx) vorzumachen. Grenzen entstehen im Prozeß der Herstellung von Autonomie, sie sind nicht als deren Schranken gegeben.

Entscheidend bleibt jedoch, daß für eine konkret historische Ausprägung von Autonomie nicht diese Unmöglichkeit ihrer Totalisierung, sondern das Verhältnis von Bedeutung ist, in dem Kontingenz nach innen durchgelassen wird, als Preis, um Autonomie nach außen zu erhöhen. Dabei kann Autonomie nach innen verloren gehen bzw. umgekehrt, intern Herstellung externer Kontingenz "rücksichtslos" durchgeführt werden. Dies wiederum kann für andere einzelkapitalistische Systeme Verlust an Außenautonomie bedeuten.

Die Beziehung zwischen den Prozessen der Autonomisierung nach außen und der Autonomisierung nach innen besteht spezifischer im folgenden: Binnenautonomie als immer nur partikulare, systemspezifische Vergesellschaftung von Arbeit, d.h. Vergesellschaftung ihrer systemspezifischen Gleichgültigkeit und Mobilitätsfähigkeit, bewirkt notwendig einen Prozeß der Autonomisierung nach außen als Hinausschieben systemspezifischer Schranken einzelkapitalistischer Verwertung. Systemspezifische Schranken werden als Grenzen von Produktivitätssteigerung und Selbstverwertung erfahren; sie müssen durchbrochen werden. Der Prozeß der Autonomisierung der selbstbezogenen Verwertung eingesetzten Kapitals unter dem Konkurrenz-

1) Freisetzung von Arbeitskraft in einem gesellschaftlich relevanten Maßstab, Zerstörung von Qualifikation für breite Arbeitskräftekategorien, Entstehung von Marktengpässen in einem konjunkturell relevantem Ausmaß, Zerstörung von reproduktionsrelevanten Gebrauchswerten bei gleichzeitiger sogenannter Luxusproduktion u.a.m.

2) Vgl. zu diesem Phänomen des Interesses des Einzelkapitals als Desinteresse gegenüber dem Gesamtsystem die Darstellung bei Marx 1968, Bd. III, S.178 ff.

zwang und der Lockerung dieses Zwangs durch Autonomisierung in Form von Kapitalakkumulation gegenüber bestehenden Konkurrenzformen stehen sich nicht wechselseitig unabhängig gegenüber. "Despotismus" nach innen (unter dem Schein der Planung) und "Anarchie" nach außen (unter dem Schein freier, die Ordnung des Gesamtprozesses regulierender Marktbewegungen) sind eine im historischen Prozeß sich bewegende Einheit.¹⁾

Die Autonomie des Einzelkapitals ist also begrenzt durch die notwendige Autonomie des gesamtgesellschaftlichen Kapitalverwertungsprozesses, die mit dem Erfordernis bezeichnet ist, sämtliche Größen der Produktion und Reproduktion den Akkumulationserfordernissen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu unterwerfen. Umgekehrt aber setzt die Autonomie des Gesamtprozesses, die Notwendigkeit der Durchsetzung immanenter Gesetze, einzelkapitalistische Autonomie voraus, weil die notwendige Schrankenlosigkeit der Verwertung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals nur in diesem Gegensatz des Einzelkapitals gegenüber dem in diesem Prozeß der Entgegensetzung "werdenden Resultat" in Bewegung gehalten wird. Einzelkapitalistische Autonomie bedroht die Autonomie des Gesamtprozesses.

1) Wir sprechen deshalb von Autonomie im Gegensatz zu Despotie des Einzelkapitals als immer brüchiger Einheit zwischen Binnenautonomie und Außenautonomie und von Kontingenz im Gegensatz zu Anarchie als strukturellen Grund dieser Brüchigkeit.

Unter diesen abstrakten begrifflichen Fassungen des widersprüchlichen Verhältnisses von Autonomie und Vergesellschaftung (oder: der Vergesellschaftung von Kapital durch Autonomisierung von Einzelkapitalen als Zentralisierung) wären die auf der historischen Ebene formulierten, deskriptiven Befunde des Nebeneinanderbestehens von Konkurrenz- und Monopolkapitalismus oder der Konkurrenz zwischen Monopolkapital und Konkurrenzkapital, ausgehend von der Marx'schen These, daß die Konkurrenz das Monopol und das Monopol die Konkurrenz produziert, zu reinterpretieren.

In einer anderen historischen Perspektive wäre diese Diskussion des Autonomiekonzeptes auf das Verhältnis zwischen den sogenannten multinationalen Konzernen auf der einen und der Weltmarktkonkurrenz auf der anderen Seite zu beziehen. Daraus ergäben sich u.a. neue Anforderungen an eine marxistische Imperialismustheorie, insofern klar würde, daß multinationale Konzerne "quer" zu den in der Lenin'schen Theorie mitgedachten, entweder staatlichen oder nationalen Grenzen liegen, diese durchbrechen und auf dem Weltmarkt miteinander konkurrieren.

ses eben in dem Maße, als diese jene immer in Frage stellen, beschränken muß.¹⁾

Das zentrale Moment im Verhältnis von Binnen- und Außenautonomie ist die Unterscheidung zwischen dem im einzelkapitalistischen Verwertungssystem eingesetzten variablen und konstanten Kapital, deren Erhaltung den Kapitalbestand sichert, und den dieser gegenüber äußerlichen, weil aus den Bewegungen zwischen den Einzelkapitalien resultierenden Werten des Durchschnittsprofits und der gültigen Marktpreise.

Möglich wird nämlich durch diese Unterscheidung eine spezifische Umkehrung zwischen der einzelkapitalistischen, ideell vollzogenen Verwertung und ihrer faktischen, gesellschaftlichen Realisierung auf dem Markt. Für das einzelkapitalistische System wird der Teilwiderspruch zwischen der innerhalb des Produktionsprozesses gesetzten Verwertung und der auf dem Markt möglichen, realen Verwertung zur wahlweisen Alternative umgepolt, die Quelle des eigenen Profits in die Zirkulationssphäre (als "Veräußerungsprofit") zu verlagern, d.h. danach zu suchen, was "der Markt hergibt" oder an den Möglichkeiten zu messen, durch eigene Prozeßgestaltung einen relativen Produktivitätsvorsprung, kostengünstige Produktion, permanente Rationalisierung zu erzielen und den Markt, insbesondere Marktengpässe, zu unterlaufen. Konkret wird es sich in aller Regel um eine variable Verknüpfung von Ausnutzung und Unterlaufen der Marktveränderungen handeln.

Prinzip von Autonomie ist es dabei, nicht beherrschbare Bedingungen von Außenautonomie, zentral die durch die Konkurrenz gestellten Bedingungen der Verweildauer der produzierten Produkte auf dem Markt, in der Zeit schwankende Absatzvolumen, konkurrentielle

¹⁾ Dies bedeutet illustrativ auf den Verlauf des technischen Fortschritts bezogen etwa, daß Momente der relativen Blockierung seiner Vergesellschaftung, nämlich seine Abhängigkeit von einzelkapitalistischem Extraprofit und seine Bindung an die Realisierungsmöglichkeit auf einem einzelkapitalistisch autonom kontrollierten Markt, gleichzeitig Bedingungen seiner Bewegung, zumindest Durchgangspunkte seiner gesellschaftlichen Aneignung sind.

Innovationsprozesse usw. in bewältigbare Bedingungen von Binnenautonomie, Diversifikation der Produkte, kontinuierliche Kapazitätsauslastung, in Möglichkeiten zur Arbeitsintensivierung durch entsprechende Formen der Gestaltung des Produktionsprozesses, usw. zu transformieren.

Wir können einige Merkmale von Autonomie wie folgt zusammenfassen:

- o Autonomie ist eine einzelkapitalistische Perspektive, eine Form der Bewältigung der Kontingenz des gesellschaftlichen Produktionsprozesses. Kontingenz ist in gesellschaftlicher Perspektive Produkt von Autonomie der Einzelkapitale.
- o Autonomie produziert Konkurrenzdruck und unterläuft ihn gleichzeitig, was die Erweiterung des Konkurrenzzusammenhangs erfordert.
- o Historische Widersprüche zwischen "ideeller" Verwertung und realer Verwertung werden einzelkapitalistisch tendenziell umgepolt in alternierende Möglichkeiten zwischen Veräußerungsprofit auf dem Markt und interner technisch-organisatorischer Rationalisierung des Produktionsprozesses.
- o Autonomie ist strukturell dort begrenzt, wo die im Akkumulationsprozeß erzwungene Ausdehnung von Außenautonomie nicht erfüllbare Anforderungen an Binnenautonomie stellt.

III. Gestaltung des Produktionsprozesses und des Arbeitskräfteeinsatzes in Form von Betrieb

Aufbauend auf den bisherigen Überlegungen, daß Macht im Prozeß der Vergesellschaftung von Arbeit ungleich verteilt sei, daß Kontingenz im gesellschaftlichen Produktionsprozeß in der Wechselwirkung zwischen Autonomie und Konkurrenz auf der Ebene des Einzelkapitals bewältigt und produziert würde, läßt sich das Problem der reellen Subsumtion unter zwei entgegengesetzten theoretischen Ausgangspunkten diskutieren.

A. Das Problem der Reichweite der Subsumtion von Arbeitskraft unter die Bedingungen des unmittelbaren Produktionsprozesses

(1) Hierbei geht es einmal um die Frage: Handelt es sich um eine Reifizierung des Wertgesetzes, um seine Verdinglichung in Form einer Symbiose von Wertform und stofflicher Form, indem der Warenfetischismus sich zwanghaft - über den Konkurrenzmechanismus - auch in den materiellen Bedingungen des unmittelbaren Produktionsprozesses als dessen technisch-organisatorische Sachzwänge niederschlägt, um zwanghaft die Verwertung von Kapital zu sichern? Zum anderen aber geht es um die Frage, ob im Prozeß der Durchsetzung der reellen Subsumtion die spezifischen Formen der Widersprüchlichkeit des Wertgesetzes in Erscheinung treten. Weiterhin ist zu fragen, inwieweit und in welcher Form Sicherung und Autonomie von Einzelkapital und deren Begrenzung durch die Konkurrenz den historisch abgelaufenen Subsumtionsprozeß möglicherweise blockieren, so daß neue Subsumtionsformen sowohl reell als aber auch formell im Sinne der politischen Einschaltung kollektiver Interessenvertretungen notwendig werden, um eine zur Aufrechterhaltung von Autonomie größere Kontingenz innerhalb eines einzelkapitalistischen Systems von Kapitalverwertung abzufangen.

Es geht mit anderen Worten um die Frage, ob die Durchsetzung des Wertgesetzes notwendig eine bestimmte technisch und organisatorisch beschreibbare Produktionsweise erzwingt, deren Überwindung

nicht mehr unter den Voraussetzungen kapitalistischer Warenproduktion denkbar und möglich ist. Wenn dies bejaht wird, würde dies dann bedeuten, daß der Taylorismus, den Marx in der Beschreibung der konkreten Formen des Prozesses der reellen Subsumtion in Umrissen vorweggenommen hat, historisch einen Umschlagspunkt kapitalistischer Gestaltung des Produktionsprozesses darstellt?¹⁾ Dann aber müßte gleichzeitig nachgewiesen werden, daß der Prozeß der reellen Subsumtion auf einen Punkt zusteuert, der mit der Weiterexistenz von Lohnarbeit nicht länger vereinbar ist.

(2) Argumentiert man aber umgekehrt, nämlich daß dem Wertgesetz als Steuerungsprinzip der Vergesellschaftungsform von Arbeit kein bestimmtes, materiell-gegenständliches Korrelat entspricht, steht man vor der Schwierigkeit, empirisch-historisch vorfindbare Formen kapitalistischer Produktionsweise nicht als logisch aus dem Wertgesetz ableitbare Abweichungen zu beschreiben, deren begriffliche Formulierung dann natürlich keiner gesellschaftstheoretischen Kritik mehr zugänglich wäre.

Charakterisiert man in der Perspektive (1) den Taylorismus als reifizierte reelle Subsumtion, vergißt man dabei einen fundamentalen Unterschied zwischen der These von der "reellen Subsumtion" bei Marx und der von der "wissenschaftlichen Betriebsführung" bei Taylor:

Die reelle Subsumtion bei Marx ist ein gesellschaftlicher Prozeß, der "hinter dem Rücken der agierenden Subjekte" abläuft. Die Taylor'sche wissenschaftliche Betriebsführung ist, über die in der Praxis realisierten Rationalisierungsmodelle hinaus, als ein politisch zu interpretierender Versuch zu begreifen, der auf die Entmächtigung von Arbeitskraft abzielt.

Der Taylorismus ist vorrangig ein normativ konstruiertes Handlungskonzept, das den Betrieb gegen nicht kontrollierbare Entwicklungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses abschirmen soll,

¹⁾ Die explizite Darstellung der "reellen Subsumtion" findet sich in Marx 1969, S. 49 ff., S. 60 ff.

dadurch, daß dieser als zweckrationale Organisation gegen die Anarchie des Gesamtprozesses bestehen soll.

Dieser Zusammenhang zwischen Entmündigung von Arbeitskraft und der Konstitution von Betrieb ist der zentrale Gegenstand der weiteren Überlegungen.

Daß die "Gleichgültigkeit von Arbeit" gegenüber beliebigen Verwertungs- und Realisierungserfordernissen innerhalb des Betriebes auf partikulare, einzelkapitalistische Verwertungssysteme beschränkt bleibt, ist als immanenter Widerspruch des genannten Prinzips der Schrankenlosigkeit in Grenzen zu erklären. Die im unmittelbaren Produktionsprozeß sich durchsetzende Subsumtion lebendiger Arbeit reicht so weit oder so kurz, wie es die Autonomie von Einzelkapital erlaubt und notwendig macht.

Die Widersprüchlichkeit des Wertgesetzes, Arbeit im Produktionsprozeß abgelöst von der Arbeitskraft zu vergesellschaften, bedeutet auf der Ebene von Einzelkapital, daß dieses die Rekomposition von Arbeit zur gesellschaftlichen Gesamtarbeit blockiert, so daß außerhalb des Produktionsprozesses politische Formen zur Herstellung des Gesamtarbeiters gefunden werden müssen. Dies aber macht es erforderlich, der noch nicht diskutierten Frage nachzugehen, inwieweit die auf den Autonomiebereich von Einzelkapital immanent beschränkte reelle Subsumtion auf die historischen Formen des Kapitalverhältnisses zurückwirkt. Inwieweit muß reelle Subsumtion von der Ebene der Produktion im Rahmen von Einzelkapital auf die Ebene von Politik verlagert werden, müssen institutionelle Formen der Rekomposition des Teilarbeiters durchgesetzt werden?¹⁾

1) Theoretisch entsteht damit das Problem, das Verhältnis zwischen den Formen der Durchsetzung reeller Subsumtion auf der Ebene der Arbeitsorganisation und ihrer antizipatorischen oder kompensatorischen Absicherung auf der institutionellen Ebene von Staat und Interessenverbänden zu bestimmen. Spätestens an dieser Stelle muß die Politik von Interessenverbänden gegenüber der Herstellung oder Verhinderung der gesellschaftlichen Einheit von Arbeitskraft, muß die organisatorische Form von Arbeitnehmervertretungen und der Gegenstand ihrer Politik in die Analyse mit einbezogen werden.

B. Dimensionen der Beherrschung des Produktionsprozesses und der reellen Subsumtion lebendiger Arbeit

(1) Historisch kann man Formen der Beherrschung des Produktionsprozesses bei gleichzeitig sich durchsetzender reeller Subsumtion von lebendiger Arbeit anhand der Marx'schen Analyse des Übergangs von einfacher Kooperation zu Manufaktur und Großindustrie unterscheiden.

Die Form der einfachen Kooperation stellt bereits eine kapitalistische Form von Kooperation deswegen dar, weil es notwendig ist, daß die Kooperation in einem Produktionsprozeß stattfindet, der nach einem Plan organisiert wird. Die einfache Kooperation als kapitalistische muß deswegen eine geplante sein, um die einzelne Arbeitskraft von ihren individuellen Grenzen zu befreien und um die Produktivkraft von Kollektivarbeit zu entwickeln. Mit anderen Worten, Kooperation muß sich der Arbeitskraft gegenüber als Eigenschaft der Produktionsmittel, die diese anwenden und konsumieren, verselbständigen. Es ist der Entwicklung der einfachen Kooperation immanent, daß sich gleichzeitig mit ihr die Funktion der Direktion und Leitung durch ein kapitalistisches Management entwickelt. Die Herstellung der Verbindung zwischen den Arbeitskräften als Plan der Beherrschung des Produktionsprozesses erscheint aber nur ideell, solange die Anarchie der Warenproduktion im Produktionsprozeß selbst bewältigt werden muß. Darin liegt die Voraussetzung zur legitimierbaren Herrschaft des kapitalistischen Managements.

Auch in der Manufakturperiode bleibt die Dialektik zwischen Arbeitsorganisation als Basis von Kooperation und kapitalistischer Planung des Produktionsprozesses entscheidend. Die technischen Gesetzmäßigkeiten, die der Zerlegung und Rekomposition von Arbeit zugrunde liegen, treten der Arbeitskraft als kapitalistische Planung gegenüber. Reelle Subsumtion also wird zu einer Realkategorie dann, wenn die Vereinigung der Arbeiter in der Produktion als gesetzte Abhängigkeit in der Produktion selbst, als "technische Notwendigkeit" (Marx 1968, Bd. I, S. 380), realisiert wird.

Strukturprinzip der manufakturmäßigen Arbeitsteilung ist deren Systematik, die Marx auch als "Verknöcherung" von Arbeitsteilung beschreibt. Reelle Subsumtion setzt ein mit der Analyse und Zerlegung des Produktionsprozesses und mit der Zuordnung der Arbeitskräfte zu Teiloperationen. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft von Arbeit wird möglich, indem die verschiedenen zeitlich aufeinanderfolgenden Produktionsprozesse in gleichzeitig nebeneinander ablaufende Prozesse überführt werden. Dies setzt Herrschaft voraus: Herrschaftsfunktion ist es, die Vereinigung der getrennten Teilarbeiter unter einem einheitlichen Plan zu organisieren. Hier wird deutlich, daß die reelle Subsumtion lebendiger Arbeit konstitutiv an die Entstehung von Betrieben gebunden ist, was für die theoretische Bestimmung von Betrieb als strategische Form reeller Subsumtion durch Einzelkapital relevant wird.

Der für die Manufaktur typische Gegensatz zwischen der beschränkten technischen Grundlage, die handwerksmäßig bleibt, und der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit wird durch die systematisch weiterentwickelte Arbeitsteilung überwunden, indem diese die Mittel ihrer eigenen Überwindung produziert: die Maschine. Reelle Subsumtion wird historisch vorangetrieben durch die Existenzform der großen Industrie, mit der Einführung der Maschinerie also, die eine Umkehrung der Vermittlung von lebendiger Arbeit mit ihren gegenständlichen Bedingungen bewirkt.

Diese, der "großen Industrie" immanente Form reeller Subsumtion von Arbeitskraft ist nur noch auf der Ebene des Produktionsprozesses faßbar. Dies bedeutet für die Analyse des Verlaufs technisch-organisatorischer Veränderungen, daß weder der einzelne Arbeitsplatz noch die einzelnen bestimmten Arbeitsmittel deren Gegenstand sind, sondern vielmehr der Produktionsprozeß, auf dessen Organisation und Technisierung die Konfiguration von Arbeitsplätzen und ihre Zusammenordnung, sowie "Arbeitsmittel" als Mittel der realen Subsumtion und nicht als Mittel von lebendiger Arbeit, zu beziehen sind. (Vgl. Altmann u.a. 1978, S. 44 ff.) Darüber hinaus sind die beiden Dimensionen der Beherrschung, Technisierung und Organisation, unabhängig voneinander zu formulieren. Wichtig ist hierbei, daß eine höhere organisatorische Beherrschung des Produk-

tionsprozesses a priori die Möglichkeit von Produktivitätssteigerung enthält, die das Einzelkapital durch den Betrieb nutzen kann, entweder um ein höheres Technisierungsniveau oder - durch Intensivierung - eine verschärfte Beherrschung lebendiger Arbeit durchzusetzen. Subjekt des Produktionsprozesses der "großen Industrie" ist nämlich nicht die technisch vergegenständlichte Produktivkraft, das Produktionsmittel, ist nicht das "automatische System", sondern das Programm, der Produktionsplan, den es ausführt. In erster Linie diesem und nicht dem "Automaten als solchem" ist die Arbeitskraft unterworfen.

(2) Wenn die Subsumtion lebendiger Arbeit dazu führt, daß die Arbeitskraft den Bedingungen ihrer Vergesellschaftung gegenüber ohnmächtig wird, muß dieses Ergebnis auch auf der Wertebene diskutierbar sein. Die Negation lebendiger Arbeit stellt sich auf dieser Ebene als Negation des "ganzheitlichen" Wertes, als deren Produkt dar. Es handelt sich um die Zerlegung des Werts in seine Bestandteile: den Wert für variables Kapital, den Wert für konstantes Kapital und den Mehrwert sowie der "Zurechnung" der Wertelemente zu den verschiedenen "Produktionsagenten" in Form des Arbeitslohnes, des Profits und des Zinses. Ergebnis ist, daß nicht die wertschöpfende Potenz lebendiger Arbeit als Voraussetzung des gesellschaftlichen Wertprodukts erscheint, sondern umgekehrt: die Existenz von verschiedenen Kapitalteilen gilt als dessen Ursprung, als "Quelle" von Wert.¹⁾

Der Unterschied zwischen variablem und konstantem Kapital verschwindet im "kapitalistischen Kostpreis". Dieser erscheint als der "innere Wert der Ware" (Marx 1968, Bd. III, S. 47 f.), dessen Erhaltung den Kapitalbestand sichert. Damit kann sich das Verhältnis zwischen der Unbestimmtheit des Werts als gesamtgesellschaftliche Größe, die als Ergebnis "ex post" erscheint, und der Bestimmung individueller Werte durch das Einzelkapital umkehren. Diese Umkehrung hatten wir im vorhergehenden Teil II als Ansatzpunkt autonomer Kapitalverwertung dargestellt.

¹⁾ Vgl. zu diesem Prozeß der Verkehrung von Ursache und Wirkung der Wertbildung: Marx 1968, Bd. III.

Die Zerlegung des Werts in seine Bestandteile, die Integration von variablem und konstantem Kapital sowie die Veräußerlichung der Wertformen gegenüber ihrem Ursprung, als Voraussetzung reeller Subsumtion auf der Wertebene formuliert, kann jenen Prozeß erklären, den wir anfangs als Konstitution der Wertformen in ihrer kapitalistischen Formbestimmtheit dargestellt haben. Jene Erscheinungsformen des Werts, die das Wertgesetz im Prozeß seiner Konkretion durch die - gegenüber dem gesamtgesellschaftlich vorausgesetzten Wert indifferent produzierenden - Einzelkapitale scheinbar negieren und damit einzelkapitalistischen Spielraum zur konkreten Ausgestaltung reeller Subsumtion ermöglichen, sind gleichzeitig Voraussetzung, um die Trennung zwischen Kapital und Arbeit im Produktionsprozeß des Kapitals selbst zu verwirklichen. In diesem Prozeß reproduziert sich das gegenüber Arbeit sich verselbständigende Kapital, indem es seine eigene Negation, die Arbeit als "Nicht-Kapital", reproduziert.¹⁾

(3) Das Verhältnis zwischen der wert- und stoffmäßigen Dimension der reellen Subsumtion bleibt dennoch ungeklärt. Dies macht schon die Problematik der ambivalenten Formulierung "reelle Subsumtion auf der Wertebene" deutlich. Als ein vorläufiges Ergebnis läßt sich festhalten:

Wenn es darum geht, Grenzen der Subsumtion von lebendiger Arbeit unter die vergegenständlichte Arbeit bei der stofflichen Gestaltung des Produktionsprozesses zu erkennen, kann dies nicht ohne Berücksichtigung der Wertformenanalyse geschehen. Die konkrete Verknüpfung zwischen stofflicher Form und Wertform wird dabei in erster Linie durch die Form der Arbeitsorganisation hergestellt. In diese gehen immer Momente der Nutzung und Bewertung von Arbeitskraft sowie der Bewertung und Realisierung des Produktes auf dem

¹⁾ Die Trennung bzw. Verselbständigung von Lohn - Profit - Zins ist aber ihrerseits widersprüchlich in bezug auf die Reproduktion des Kapitalverhältnisses. Zwar ist die Trennung Voraussetzung der "negativen" Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit als kapitalistische Form der Aneignung der dadurch möglichen Produktivkraftentwicklung. Aber die Trennung ist gleichzeitig mit dem Risiko von Krisen verbunden, wenn die Synthesis des gesellschaftlichen Produktionsprozesses nicht zustande kommt.

Markt ein. (Vgl. dazu unter Abschnitt B.) Ein zentraler organisatorischer Mechanismus reeller Subsumtion, an dem das Verhältnis zwischen Wertform und stofflicher Form der Gestaltung des Produktionsprozesses sichtbar wird, läßt sich als Prinzip der Verdoppelung des Produktionsprozesses bezeichnen. (Vgl. hierzu Altman u.a. 1978.)

Die Produktivitätssteigerung ermöglichende Distanzierung der Arbeitskraft gegenüber dem Prozeß der Herstellung und gegenüber dem Produkt wird möglich, indem der Prozeß sich selbst zum Objekt wird, sich in Steuerungsdaten, Zeichen, Symbolen objektiviert. Verbunden ist damit also eine Entgegenständlichung des Produktionsprozesses, dem die zentrale Absicht einer Ausschaltung subjektiver, irrationaler, willkürlicher, weitgehend auf trial and error beruhender Verfahren zugrundeliegt. Im Maße der Verdoppelung des materiellen Produktionsprozesses existiert dieser zunehmend als "Zeichen seiner selbst", auf dessen Grundlage dann die Vergegenständlichung, d.h. Technisierung der Steuerung von Produktionsprozessen möglich wird.¹⁾

Der intendierte Effekt der Verdoppelung besteht zentral darin, den Produktionsprozeß beherrschbar zu machen, ohne die Beherrschung vom Eingriff lebendiger Arbeit abhängig werden zu lassen.

Es ist zu überprüfen, ob diese Verdoppelung des Produktionsprozesses als Mechanismus von Beherrschung dadurch besser begreifbar wird, daß die offensichtlich vorhandene theoretische Analogie mit dem Prozeß der Konstitution von Wertformen heuristisch fruchtbar gemacht wird. Dies wäre notwendig, um die unbefriedigende, sich wechselseitig äußerlich bleibende Behandlung der Wertkonstitution auf der Tauschebene und auf der Ebene des unmittelbaren Produktionsprozesses zu überwinden. Es scheint, daß es hierfür kaum Vorarbeiten gibt, sieht man von Sohn-Rethels Konstruktion der "Kommensurabilität von Arbeit" innerhalb des Produktionsprozesses ab (Sohn-Rethel 1972).

¹⁾ Wir bedienen uns hierbei durch einen theoretischen Analogieschluß der Marx'schen Analyse der Geldform, d.h. der Funktion der Geldform für den Austausch von Waren.

U.E. weiterführende Ansätze liegen in den Konzepten der "inneren Wertformen" sowie der "innerbetrieblich prozessualen Warenform" (Bahr 1973, S. 39 ff.). Die "inneren Wertformen" als Steuerungsgrößen des Produktionsprozesses sind zu dessen zunehmender Beherrschung deswegen notwendig, weil darüber die Verbindung von Produktion und Tausch in der Produktion selbst vorbereitet, tendenziell möglich wird. Man kann demnach diese "inneren Wertformen" von ihrer "Vorsortierungs- und Hinleitungsfunktion" her erklären, bezogen auf Veränderungen der dem Produktionsprozeß vor- und nachgelagerten Tausch- und Marktbedingungen, d.h. als Risikoabsorption.¹⁾

Wie konkret bzw. abstrakt diese Wertformen als Steuerungsgrößen des unmittelbaren Produktionsprozesses sind, d.h. als Längenmaße, Gewichtsmaße etc., oder als total formalisierte Computersprachen existieren, ist selbst ein Gradmesser des technisch-organisatorischen Standes der Beherrschbarkeit der Produktionsprozesse. Letztlich handelt es sich bei der Verdoppelung von Produktionsprozessen und der Entstehung von "inneren Wertformen" darum, den Widerspruch zwischen Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß durch historisch neue Formen der Produktivkraftentwicklung zu lösen, so daß sich etwa Kritik an der Dominanz des Verwertungsprinzips kaum mehr artikulieren läßt, weil Arbeitsprozesse selber immer abstrakter gesteuert werden.

1) "Die Rationalität der Form bemißt sich von dem Erfolg her, mit dem sie ihre Vorsortierungs- und Hinleitungsfunktion erfüllt und die entsprechenden Risiken absorbiert. Das macht die bedeutsamen Vorteile verbaler und grammatikalischer Formen verständlich: Sie machen höhere Informationskomplexität formmäßig faßbar und sind insofern rationaler als Dingformen. (Luhmann 1971, S. 69.)

Vgl. dazu Bahr 1973, S. 67 f.: Die Maschinerie "ist Grundlage der Vergesellschaftung von Arbeitsprozessen gerade über die Entstehung einer "inneren Wertform" der Produktionsmittel, aus der die Rationalität der gesellschaftlichen Zusammenhänge der Produktion hervorgeht, indem sie unmittelbare Gebrauchswertformen zerschlägt und deren Vermittlung nicht mehr naturwüchsig individuell, sondern gesellschaftlich allgemein erzeugt."

(4) Wir können aus der Diskussion der verschiedenen Dimensionen der reellen Subsumtion und der Beherrschung des Produktionsprozesses, d.h. genauer: aus der Entfaltung der wert- und stoffmäßigen Formen des Verhältnisses zwischen Prozeßbeherrschung und Subsumtion lebendiger Arbeit, folgende Ergebnisse festhalten: Die Herausbildung von Steuerungsgrößen, über die Produktionsprozesse beherrschbar werden, und die Vergegenständlichung lebendiger Arbeit als materielle Produktivkraft werden vom Fabriksystem, dem "Fabrikregime", verkörpert. Dieses ist eine spezifische Form von Herrschaft, nicht eine neutrale Basis der Vergesellschaftung von Arbeit. Innerhalb dieses Fabriksystems können wir analytisch zwei Dimensionen der Beherrschung des Produktionsprozesses unterscheiden: die organisatorische und die technische Dimension.

Indem sich sowohl die organisatorische wie die technische Dimension der Beherrschung des Produktionsprozesses von der Arbeitskraft loslösen - als Basis der Entwicklung der großen Industrie, die zur Existenzform des Kapitals wird -, erscheint die technisch-organisatorische Entwicklung als ein autonomer, exogener gesellschaftlicher Prozeß. In Wirklichkeit beginnt sich die kapitalistische Produktionsweise loszulösen und zu verselbständigen gegenüber ihren historischen Ausgangsbedingungen, der einfachen Kooperation und der Manufaktur, wo der "wirkliche Teilarbeiter" die handwerkliche Arbeitskraft selbst war.¹⁾

1) Vgl. Marx 1968, Bd. I, S. 389. Zu den beiden zentralen Dimensionen des technischen Fortschritts - "Technisierung" und "Organisierung" - vgl. Altmann u.a. 1978, S. 70 ff.

C. Der Einsatz von Arbeitskraft durch den "Betrieb": Lösungsstrategien von Einzelkapital

Es geht im folgenden um das Verhältnis zwischen der Beherrschung des Produktionsprozesses und der Subsumtion lebendiger Arbeit unter diesen Prozeß, um die Frage, ob Prozeßbeherrschung und Subsumtion zwei miteinander verbundene lineare Entwicklungen sind, oder ob spezifische Grenzen in diesem Verhältnis auftreten (Abschnitt 1). Daran anschließend versuchen wir, systematisch Probleme des Einsatzes von Arbeitskraft zu bestimmen (Abschnitt 2), um zum Schluß darauf bezogene "neue" Lösungsformen zu diskutieren (Kapitel D).

1. Zum Problem der Grenzen im Verhältnis zwischen Beherrschung des Produktionsprozesses und reeller Subsumtion

(1) Die Kritik an der von der sozialistischen oder kapitalistischen Realität scheinbar bestätigten Auffassung, wonach das Fabriksystem und seine technologisch-organisatorische Rationalität als lineare Funktion von Industrialisierung und Produktivitätssteigerung nicht mehr von seiner kapitalistischen Formbestimmtheit unterscheidbar sei, erscheint banal ^{1) 2)}

- 1) Die entsprechende Kritik einer solchen Interpretation der Arbeitswertlehre richtet sich insbesondere an die Adresse von Lukács, der nach weitverbreiteter Auffassung den Prozeß der Industrialisierung als Produktivitätssteigerung durch die Distanzierung von Arbeitskraft gegenüber ihren unmittelbaren, gegenständlichen Bedingungen mit dessen kapitalistischer Formbestimmtheit "verwechselt", wobei Max Weber und seine Kategorie der "formalen Rationalität" zu Erfüllungsgehilfen der Marx'schen Theorie werden.
- 2) Daß die Marx'sche Analyse insbesondere dann, wenn man sich auf das 13. Kapitel im I. Band des "Kapitals" konzentriert, eine solche Interpretation linear fortschreitender Subsumtion von Arbeitskraft unter das Kapitel mit entqualifizierenden Folgen, der sukzessiven Ausdehnung des Fabriksystems, die schließlich Gesellschaft in einen Automaten verwandelt, nahelegt, ist nicht von der Hand zu weisen, trotz allem Beharren auf das dem engen Korsett der Produktionsverhältnisse widersprechenden Potential der Produktivkräfte. Die schärfste Formulierung einer in diese Richtung zielenden Marx-Kritik stammt von Becker 1971, wo die Marx'sche Behandlung der Arbeit als "Wertfaktor" ("Wertbildner" und zugleich als "Wertmaßstab" (in Form von Arbeitszeit) als Grund angesehen wird, daß die Arbeitswertlehre, gemessen an ihrem eigenen kritischen Anspruch, zu fatalen Schlußfolgerungen kommt.

Auf der anderen Seite wird die Frage, inwieweit im Akkumulationsprozeß von Kapital eine Steigerung von Macht in Form betrieblicher Herrschaftssysteme hergestellt oder begrenzt wird, entweder gar nicht gestellt oder als positiv entschieden vorausgesetzt. Die potentielle Krisenhaftigkeit im Fabrikssystem und der Widerspruch von Produktivkraft und Produktionsverhältnis auf der Ebene von Gesamtgesellschaft bleiben unverbunden.¹⁾ Dies geschieht so lange, als nicht problematisiert wird, inwieweit und in welcher Form die Tendenz einer universellen Ausdehnung des Fabriksystems in diesem selbst Probleme der Prozeßbeherrschung und/oder der Subsumtion von Arbeit produziert. So lange bleibt auch eine "Kritik der Struktur der Produktivkräfte" prinzipiell abstrakt-negativ. Das Moment der Aufhebung des kritisierten Zustands wird einer notwendigen sozialistischen Gesellschaftsform zugeschrieben, wobei die Notwendigkeit dem Produktivitätspostulat entnommen wird, ohne daß die Grenzen kapitalistischer Formen der Produktivitätssteigerung materiell im Produktionsprozeß, in Form der nicht beherrschbaren, kontingenten Beziehung zum Gesamtprozeß, nachgewiesen würden. Anders formuliert: Es gilt festzustellen, inwieweit und in welcher Form die Unmöglichkeit, die Totalität des Gesamtsystems real als plan- und steuerbar herzustellen - was wir auf das Prinzip der Autonomie von Einzelkapital zurückführten -, in das Fabrikssystem als Machtproblem oder als Problem der Prozeßbeherrschung zurückschlägt.

Die "formale Rationalität", die gleichwohl eine Seite der Realität als Instrument der Beherrschung des Produktionsprozesses im Sinne eines permanenten Versuchs darstellt, als solche für bare Münze zu nehmen, ist gleichzusetzen mit einer unvermittelt empirischen Betrachtungsweise.

¹⁾ Die politische Relevanz dieses Problems der Verknüpfung zwischen in Betrieben materialisierten Fabrikssystemen und der Makroebene des ökonomischen Kreislaufprozesses erweist sich u.a. auch als Problem einer gewerkschaftspolitischen Strategie.

Immanenter Widerspruch und Konflikt im Fabrikssystem - produziert durch das Fabrikssystem - werden dabei nicht reflektiert.¹⁾

2. Betriebliche Probleme - einzelkapitalistische Strategien

(1) Wir haben das Problem, Erscheinungsformen der Vergesellschaftung von Arbeit im realen Produktionsprozeß auf dessen Abhängigkeit von den Bedingungen kapitalistischer Warenproduktion zurückzuführen, in einer spezifischen Form theoretisch umdefiniert: Die Formen der Beherrschung des Produktionsprozesses durch Technisierung und Organisierung und die Subsumtion lebendiger Arbeit unter den Produktionsprozeß als Sicherung von Herrschaft dienen dazu, autonome Kapitalverwertung innerhalb einzelkapitalistischer Systeme durchzusetzen. Dabei ergibt sich, daß der Doppelcharakter von Arbeit als vergesellschaftet - vermittelt durch die Warenproduktion - und als unvermittelt - ihrer gesellschaftlichen Bestimmtheit gleichgültig gegenüberstehend - innerhalb der Reichweite einzelkapitalistischer Autonomie dazu dient, die Gleichgültigkeit von lebendiger Arbeit zu jeder beliebigen Vermittlung - entsprechend den Bedingungen zur Beherrschung des Produktionsprozesses - auszunutzen.

1) Auch in diesem Zusammenhang wird die Problematik des "Rentabilitätsprinzips", mit dem die ausschließliche Abhängigkeit der Formung von Technik und Arbeitsorganisation durch das Kapitalwertungsprinzip unterstellt wird, offensichtlich: Die Unterstellung einer bereits bewältigten Kontingenz des Gesamtprozesses, die im Rentabilitätsprinzip aufgehoben ist, wird ebenso wenig weiter reflektiert, wie das Problem, kontingente Erscheinungen des Gesamtprozesses durch das Rentabilitätsprinzip zu lösen oder in Abweichung von bzw. im Gegensatz zum Rentabilitätsprinzip zu bewältigen. Das Rentabilitätsprinzip als normatives betriebswirtschaftliches Handlungskonzept als eine soziologische Interpretationskategorie zu verwenden, ist einer kritischen Reflexion nicht mehr zugänglich.

Wenn das Kapitalwertungsprinzip in Form des Rentabilitätsprinzips sowohl die Arbeitsorganisation wie die Technik determiniert, gleichzeitig aber beide Instrumente relativ unabhängig voneinander einsetzbar sind, bleibt die Vermittlung zwischen Produktionstechnik, Arbeitsorganisation und Kapitalverwertung ungeklärt. (Vgl. hierzu Bechtle 1978.)

Die Widersprüchlichkeit dieser Beziehung zwischen Gleichgültigkeit und Bestimmtheit von Arbeit liegt darin, daß die Herstellung von Gleichgültigkeit durch das Fabrikssystem, d.h. durch spezifische Formen der Unterordnung lebendiger Arbeit unter den Prozeß, ihre immanenten Schranken produziert. Die reelle Subsumtion lebendiger Arbeit wird problematisch, weil sich die Voraussetzungen im Subsumtionsprozeß selber verändern: Die Beherrschung des Produktionsprozesses und die Beherrschung/Bestimmung von Arbeit, die Transformation von konkreter Arbeit in beherrschbare, gesellschaftlich abstrakte Arbeit, geraten in Konflikt. Die Beherrschung von Kontingenz und die gleichzeitige Subsumtion lebendiger Arbeit unter die gegenständlichen Bedingungen des Produktionsprozesses sind nicht beliebig komplementär organisierbar.

(2) Für die Arbeit als Lohnarbeit gilt in ihrer voll entwickelten Form, daß der Besitzer der Arbeitskraft und die Möglichkeit der Verausgabung seines Arbeitsvermögens im Produktionsprozeß voneinander "getrennt" werden. Mit der Subsumtion lebendiger Arbeit unter das Fabrikssystem wird Arbeitskraft auf ein notwendiges "Anhängsel" reduziert ("negative Vergesellschaftung" von Arbeit). Damit aber werden die Besitzer der Arbeitskraft, insbesondere als kollektiv organisierte, gleichzeitig zum möglichen irrationalen Moment kapitalistischer Fabrikrationalität.

Die Aufrechterhaltung des Autonomieprinzips setzt nämlich voraus, daß die Bewältigung von gesellschaftlichen Kontingenzen des Produktionsprozesses durch das Verwertungssystem von Einzelkapital den Einsatz von Arbeitskraft im Betrieb derart strukturiert, daß diese Bewältigung ermöglicht wird. Es muß ausgeschlossen bleiben, daß gegebene Strukturen des Einsatzes von Arbeitskraft rigide, nicht disponierbar werden in einer Form, daß sie Richtung und Ausmaß der Kontingenzbewältigung ihrerseits begrenzen. Der betriebliche Arbeitskräfteeinsatz hat vorrangig die Funktion, gesellschaftliche Verteilung von Macht dadurch zu sichern, daß die Kontingenz bewirkende Schrankenlosigkeit von Einzelkapital durch die Organisation von Arbeit, der sich die Arbeitskraft unterordnet, bewältigt wird.

Arbeitskraft ist das zentrale Element, das der Bewegung der Kapitalakkumulation permanent Lösungsversuche gegenüber disproportionalen und diskontinuierlichen Entwicklungen aufzwingt in Form "rationaler" Planung, durch Herstellung von "Gleichgewichten", Aufstellung von "Systemkompatibilitäten", durch "Organisation".

Die notwendige Einbeziehung der Arbeitskraft in die Bewältigung kontingenter Bedingungen einzelkapitalistisch organisierter Produktionsprozesse ist auf zwei Ebenen möglich: Auf der organisatorischen Ebene handelt es sich um die Planifizierung der Verfügung über und der Nutzung und Bewertung von Arbeitskraft. Organisation von Arbeit soll planmäßig sicherstellen, daß der Produktionsprozeß permanent voll ausgelastet ist, seine "Poren" ausgefüllt sind, daß die Rhythmisierung der Verfügung über an Marktschwankungen und -konjunkturen qualitativ-quantitativ angepaßte Arbeitskraft durch entsprechende Formen der Arbeitsorganisation sichergestellt wird, daß also Freisetzungen, Umsetzungen, Bindungen von Arbeitskraft elastisch erfolgen können.

Die Sicherstellung des organisatorisch-planmäßigen Einsatzes von Arbeitskraft kann allerdings davon abhängig werden, auf der institutionell-normativen Ebene diese selbst als Planungssubjekt in die Beherrschung des Produktionsprozesses einzuschalten, um mit ihr Regeln und Fristen der Veränderung von Ausmaß und Form der Gratifikation, tendenziell aber auch ihrer Verfügbarkeit und Nutzung mehr oder weniger verbindlich festzulegen.

Obwohl diese institutionell-normative Dimension in unserem Ansatz keinen systematisch-eigenständigen Stellenwert einnimmt, wir zum Beispiel nicht auf die Ebene von Unternehmensverfassungen, Unternehmensrecht etc., die ihrerseits unter dem Autonomiekonzept zu interpretieren wären, eingehen, läßt sich folgendes festhalten: Im Interesse der Autonomie von Einzelkapital geht es darum, beide Ebenen als Objekt von Veränderungen und geregelter Interessenauseinandersetzungen getrennt zu halten, den Inhalt normativer Regelungen soweit wie möglich zu generalisieren, im Zeitablauf konstant zu halten, während gleichzeitig ihre Einlösung auf der Ebene der Organisation von Arbeit mit einem möglichst großen Spielraum gehandhabt wird. Das Einzelkapital versucht zu verhindern, daß aus der Regulierung einer Dimension des Arbeitskräfteinsatzes, also zum Beispiel der normativen Festlegung der Gratifikation, verbindliche Folgen für die Gestaltung anderer Dimensionen, zum Beispiel der Nutzung, entstehen. Andernfalls muß

durch die Gestaltung dieser anderen Dimensionen, zum Beispiel durch variable Formen der Nutzung, diese starre Verknüpfung wieder aufgelöst werden können.

Als Teil des Gesamtkapitals existiert ein objektives Interesse von Einzelkapital an einer gesellschaftlich gültigen Mehrwertrate, damit auch an einer Kontrolle der globalen Lohnbewegung. Aufbauend auf dieser Kontrolle der gesellschaftlich gültigen Bewertungsmaßstäbe und -formen besteht ein massives einzelkapitalistisches Interesse daran, das Verhältnis zwischen Nutzung und Gratifikation der Arbeitskraft innerhalb des eigenen, durch Technisierung und Organisierung des Produktionsprozesses bestimmten Gestaltungsspielraums variabel und kontrollierbar zu halten. Nicht-Kontrollierbares, d.h. die gesellschaftliche Dimension der Bewertung von Arbeitskraft, wird dagegen ständig durch das Einzelkapital in Kontrollierbares, in eine variable Größe zu transformieren versucht.

Was das Verhältnis zwischen Produktionsprozeß und Arbeitskraft betrifft, läßt sich ein Prinzip der Strategie von Einzelkapital abstrakt bestimmen: Totale Gleichschaltung der Bewertung bzw. Bewertungshierarchien von Arbeitskräften mit der technisch-organisatorischen Gestaltung der Produktionsprozesse bei gleichzeitig dadurch möglicher totaler Unabhängigkeit zwischen Prozeßgestaltung einerseits und Verfügung, Nutzung und Gratifikation von Arbeitskraft andererseits. Dieses Strategieprinzip liegt den verschiedenen Formen der Systeme der analytischen Arbeitsbewertung sowie der vorbestimmten Zeiten zugrunde.¹⁾

(3) Konkreter läßt sich dieser Zusammenhang zwischen Technik (insbesondere in ihrer entwickelten Form kontinuierlicher und integrierter Prozesse) und der Organisation von Arbeit in Form folgender Hypothese formulieren:

¹⁾ Ein zentrales Beispiel hierfür ist die "Autonomisierung unternehmerischer Leistungspolitik", wie sie bei Schmiede/Schudlich 1976 diskutiert wird.

Der Spielraum zwischen den technisch-gegenständlichen Formen und den organisatorischen Formen der Gestaltung des Produktionsprozesses muß aus strukturellen Gründen der Stabilisierung von Macht aufrechterhalten werden, weil der höhere Grad potentieller Vergesellschaftung bei fortschreitender Technisierung durch alternierende Organisationsformen von Arbeit abgeblockt werden muß. Es muß verhindert werden, daß ein automatischer Zwang entsteht, der sich von einem höheren Produktivitätsniveau auf die konkrete Nutzungs- und Bewertungsform von Arbeit direkt richten würde. Die Tendenz der Überholung eingefahrener Formen von Arbeitsteilung, die immer auch Formen von Herrschaft sind, durch die sich entfaltende Produktivkraft, wird durch die Gestaltung der Arbeitsorganisation aufgehalten und verzerrt. Nicht etwa, weil eine fortgeschrittene Technisierung als solche in ihren gegenständlichen Formen Freiräume zur Gestaltung alternativer menschlicher Arbeitsformen eröffnet, sondern weil der Widerspruch zwischen der technisch-gegenständlichen Produktivkraft und den überlieferten, mehr oder weniger erstarrten Arbeitsformen weder in Produktivitäts- noch in Legitimationskrisen sich auflösen darf, muß eine neue Form von Arbeitsorganisation diesen Widerspruch in einer für die Produktion-Macht-Verhältnisse zulässigen Form vermitteln. Der Grund, weshalb die Zuordnung von Arbeitskräften zu tayloristischen Formen von Arbeitsteilung immer wieder zementiert wird, ist die notwendige Sicherung von Macht als Voraussetzung, um den Produktionszyklus im Gesamtprozeß, um Verschiebungen zwischen Investition, Konsum und Beschäftigung durch diese Zementierung zu bewältigen.

Wachsende Technisierung und Organisation erlauben im Prinzip eine steigende Mobilität von Arbeitskraft. Die effektiv mögliche Mobilität aber stellt selbst eine widersprüchliche Anforderung an Produktivitätssteigerung dar: Die Technisierung von Produktionsprozessen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise zielt zentral darauf ab, die Nutzungsbreite bei der Verausgabung von Arbeitskraft zu steigern; dies steht in Widerspruch zur gleichzeitigen Notwendigkeit einer starren Funktionsspezialisierung, der Zuordnung von Arbeitskraft zu arbeitsteiligen Funktionen. Formen der Vergesellschaftung von Arbeit durch die Mobilität von Arbeitskraft

sind eine Schranke gegenüber einer voll zur Entfaltung gelangenden Spezialisierung und umgekehrt.

Die Funktion kontinuierlich und technisch integrierter Produktionszyklen und die Funktionsspezialisierung von Arbeitskräften sind zugleich zu interpretieren als reale Erscheinung eines zugrundeliegenden Widerspruchs zwischen der Privatmacht, der Rationalität von partikularen, von uns an der Form von Einzelkapital festgemachten Verwertungssysteme und der gesellschaftlich möglichen Produktivkraft von lebendiger Arbeit. Immanenter Bestandteil dieser partikular-einzelkapitalistischen Rationalität ist die Nicht-Determiniertheit (Kontingenz) des Verhältnisses zwischen Vergesellschaftung und Spezialisierung. Weil die Zusammenordnung zwischen Technisierung und Organisierung von Produktionsprozessen und der Qualifikation und Qualifizierung von Arbeitskräften sowie die Zusammenordnung von Investition und Beschäftigung und Gratifikation nur einzelkapitalistisch gelingt und deshalb auch nicht notwendig gelingen muß, ist das Verhältnis zwischen Vergesellschaftung und Spezialisierung für die Arbeitskraft unbestimmt. Ergebnis hiervon ist, daß in der Spezialisiertheit die Spuren von Vergesellschaftung und in der Vergesellschaftung als Lohnarbeit die Spuren konkreter Arbeit ausgelöscht scheinen. Blockierte Vergesellschaftung kommt insbesondere in hierarchisch und/oder funktional gegeneinander isolierten Arbeitskräftegruppen zum Ausdruck.

Gleichzeitig bedeutet aber die prinzipielle Unbestimmtheit in der Beziehung zwischen technisch-organisatorischen Veränderungen des Produktionsprozesses und den notwendigen bzw. möglichen Formen des Einsatzes von Arbeitskraft, daß die Ebene der Arbeitsorganisation zu einem entscheidenden Hebel für die Produktivität durchgeführter Investitionen wird. Auf der Ebene der arbeitsorganisatorischen Umsetzung von Investitionen im Produktionsprozeß wird die real erzielbare Produktivität zentral mitentschieden.

Deshalb muß die Analyse des Arbeitskräfteeinsatzes die Analyse der Formen der Arbeitsorganisation notwendig miteinbeziehen. Dabei ergibt sich die Erklärung einer je existierenden Form von Arbeitsor-

ganisation nicht schlicht dadurch, daß die anderen Variablen des Produktionsprozesses und des Marktes identifiziert werden.

Gebrochen an dem je einzelkapitalistisch "gelösten" Spannungsverhältnis zwischen Vergesellschaftung auf der einen und Spezialisierung auf der anderen Seite ist die Erstarrung von Arbeitsformen vorrangig darauf zurückzuführen, daß sie eine bestimmte Sicherheitsgarantie für ein gegebenes betriebliches Herrschaftssystem, d.h. Absicherung der Binnenautonomie des Einzelkapitals, darstellen. Umgekehrt können Formen der Arbeitsorganisation in einem Produktionsprozeß gezielt verändert werden, um auf der Basis neuer Formen der Zuordnung von Arbeitskraft zum Produktionsprozeß technische Veränderungen zum Zweck der Produktivitätssteigerung vorzunehmen. Inwieweit historisch antizipatorische Veränderung von Formen der Arbeitsorganisation oder deren Zementierung überwiegt, ist nur auf der Ebene einer konkret-historischen Analyse auszumachen. Die Aufrechterhaltung einer bestimmten Distanz zwischen der "Logik" technischer Innovationen, also zum Beispiel dem Übergang von einer diskontinuierlichen zu einer kontinuierlichen Prozeßtechnologie, und der "Logik" einer bestimmten, zum Beispiel tayloristischen Arbeitsorganisation spielt jedenfalls für die konkrete Ausprägung der Machtverhältnisse auf der Ebene des Produktionsprozesses und damit für die praktische Interessendurchsetzung eine nicht unterschlagbare Rolle. Eine gegebene Distanz zwischen technisch möglichen und organisatorisch durchgesetzten Formen der Gestaltung des unmittelbaren Produktionsprozesses kann einen Veränderungsdruck in bezug auf die vorhandenen Arbeitsorganisationsformen ausüben und verschärfen; sie kann aber auch in Gang befindliche strukturelle Transformationsprozesse, zum Beispiel die Veränderung historisch durchgesetzter Qualifikationsstrukturen, verschleppen bzw. latent halten, was bewirkt, daß neue Organisationsformen, die sich auf einen neuen Technisierungsschub beziehen, nur schwer durchsetzbar sind.

(4) Weil aber unter den genannten Bedingungen der Beherrschung des Produktionsprozesses und der Subsumtion lebendiger Arbeit die Organisation von Arbeit nicht mehr notwendig der Organisation von Arbeitskraft (Arbeitskräftestruktur, Kooperationsformen, Qualifika-

tionsformen etc.) entspricht, ist stets die Gefahr latent vorhanden, daß im Sinne kontinuierlicher Kapitalverwertung notwendige Beziehungen zwischen Technisierung und Organisierung von Produktionsprozessen einerseits, sowie Beschäftigung, Qualifikation und Bewertung von Arbeitskraft andererseits nicht herstellbar sind.

Eine totale reelle Subsumtion lebendiger Arbeit unter den Prozeß bedeutet auf der Ebene von Einzelkapital zugleich sinkende Autonomie, wenn die Verwertungs- und Realisierungsvoraussetzungen nicht prognostizierbar umschlagen: Grenzen reeller Subsumtion lebendiger Arbeit sind erreicht, wenn historische Ausprägungen der Verfügung über Arbeitskraft sowie ihrer Nutzung und ihrer Gratifikation untereinander nicht mehr und vor allem: nicht mehr variabel kompatibel sind, sich wechselseitig ausschließen oder begrenzen. Umgekehrt bedeutet Elastizität des Arbeitskräfteeinsatzes eine maximale Bandbreite in der wechselseitigen Beziehung zwischen den verschiedenen Dimensionen, im nur theoretisch konstruierbaren Extremfall sogar wechselseitige Unabhängigkeit.

Die doppelte Funktion von Arbeit im Produktionsprozeß, Gleichgültigkeit gegenüber dessen materiellen Bedingungen und beliebige Formen von Bestimmtheit für dessen Kapitalverwertungsfunktionen annehmen zu können, kann zweierlei bedeuten:

- tendenziell maximale und beliebige Austauschbarkeit von Arbeitskräften gegenüber in ihren Anforderungen an Arbeitsvermögen nur minimal variablen, langfristig konstanten Arbeitsformen im Produktionsprozeß;
- Variabilität (Elastizität) von Arbeitskräften gegenüber unterschiedlichen, in der Zeit wechselnden Arbeitsformen.

Die unterschiedlichen, kombinierten Ausprägungen beider Formen von Elastizität des Prozesses und des Arbeitsvermögens unterliegen der Strategie des Einzelkapitals. Davon hängt es ab, inwieweit Elastizität objektiviert, durch Technisierung und Organisierung hergestellt wird, so daß zum Beispiel trotz unterschiedlicher und wechselnder Produktionsprogramme die auszuführenden Arbeitsoperationen

relativ konstant bleiben; oder ob etwa bei konstanten Absatzmärkten die Technisierung des Prozesses permanent vorangetrieben wird in Übereinstimmung mit der qualifikatorisch herzustellenden elastischen Nutzung von Arbeitskraft.¹⁾

(5) Bei der Gestaltung einzelkapitalistischer Produktionsprozesse, d.h. bei der Formung von Betrieben, müssen zwei Prinzipien aufeinander eingestellt werden: Es muß sichergestellt werden, daß gesellschaftliche Grenzen von Produktivitätssteigerung und Kapitalakkumulation als einzelkapitalistische Schranken disponibel bleiben, und es muß sichergestellt werden, daß - durch die Elastizität des Prozesses - dem äußerlichen, durch die Konkurrenz vermittelten Zwang zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte über je existierende Schranken hinaus nachgegeben werden kann.

Vergesellschaftung von Arbeitskraft durch Formen ihrer Mobilität zwischen verschiedenen Arbeitsfunktionen und produktivitätssteigernde Spezialisierung durch parzellierte Arbeit innerhalb einer Arbeitsfunktion müssen durch kapitalistische Arbeitsorganisation in ein stets prekäres Gleichgewicht gebracht werden. Der Prozeß des technischen Fortschritts - eingeschlossen im Fabriksystem und dem ihm zugrundeliegenden Maschinensystem - ist historisch Grundlage betrieblicher Herrschaft bzw. von Herrschaft durch Betrieb. Auf der anderen Seite stützt sich diese Herrschaft auf denselben technisch-wissenschaftlichen Fortschritt, der es gleichzeitig erlaubt, überlieferte Systeme betrieblicher Arbeitsteilung, die historisch überlieferte Basis betrieblicher Herrschaft, systematisch zu zerstören.

Der Rahmen, in dem die Überwindung betrieblicher Formen von Arbeitsteilung zugunsten realer Vergesellschaftung von Arbeit innerhalb der materiellen Produktion möglich ist, ist durch die Autonomie von Einzelkapital vorgegeben. Vergesellschaftung findet - mit

1) Ein empirisch bekannter Fall ist die sog. "polarisierte Qualifikationsstruktur", die in dieser Perspektive zu interpretieren wäre als Kombination zwischen elastischer Arbeitskraft, die für die Variabilitäten von Prozeß und Markt zuständig ist, und einer Prozeßelastizität, die ohne subjektive Elastizität von Arbeitskraft auskommt.

dem Effekt der höheren Elastizität des Produktionsprozesses - insofern statt, als Arbeitsformen sich von den stofflichen Bestimmungen des Produktionsprozesses lösen, sich gegenüber dem Produkt, dem Arbeitsgegenstand und, bei zunehmender Technisierung, gegenüber den Arbeitsmitteln veräußerlichen.

Wichtig, aber in ihren Konsequenzen bisher weitgehend ungeklärt, ist die zeitliche Dimension dieser Entkoppelung von Produktionsprozeß und Verausgabung von Arbeit. Was bedeutet es für die Beherrschung des Prozesses und für die Subsumtion von Arbeit, wenn die Zeitstruktur der Produktion im Betrieb, die zeitliche Auslastung des Prozesses (etwa das Verhältnis zwischen Produktions- und Instandhaltungszeiten), nicht länger mit der Zeitstruktur der Verausgabung von Arbeit zusammenfällt? Was sind unter diesen Bedingungen "Arbeitskosten", was folgt für die Bestimmung der "gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit"? Was bedeutet es für die Bewertung von Arbeitskraft, wenn der Schein zerstört wird, daß Quantität und Qualität der Verausgabung von Arbeit die Bewertungskriterien sind?

Die Nutzung (Synthese) aber dieser "befreiten" Arbeit zu einem quantitativ wachsenden und sich differenzierenden Produktionsergebnis muß gleichzeitig verhindern, daß der Gesamtarbeiter neue kollektive Formen annimmt, die zum Herrschafts- und Dispositionsproblem werden können.

Veräußerlichung und Synthetisierung von Arbeit (als Nutzungsform) materialisieren sich als Trennung und Isolierung zwischen den Arbeitskräften. Das Herrschaftssystem ist gezwungen, die Rekomposition von Arbeit so zu vollziehen, daß auf der einen Seite die Vorteile des "Massenarbeiters" bestehen bleiben, daß aber andererseits die Gefahr einer kollektiven und artikulationsfähigen Einheit der Arbeitskraft vermieden wird.

Die Lösung dieses Problems wird an den Formen einzelkapitalistisch organisierter Produktionsprozesse deutlich. Deren Verkoppelung und Abspaltung sowie technische Vergegenständlichung bedeuten für die Arbeitskraft konkret, daß die Zweckbestimmung von Arbeit und ihre

Ausführung unabhängig voneinander erfolgen. Die Trennung zwischen der Arbeitskraft als Ware und der Funktion von Arbeit im Produktionsprozeß wird in diesem selbst noch einmal reproduziert in Form der wechselseitigen Verselbständigung von Arbeitsverstand gegenüber Arbeitskraft. Die "methodische und die stoffliche Seite der Produktion" (Bahr 1973) fallen auseinander. Damit wird die Verdoppelung des Produktionsprozesses, mit der die Distanzierung der Arbeit von ihrer unmittelbaren Gegenständlichkeit und damit Produktivitätssteigerung ermöglicht wird, zur Trennung zwischen der Vorplanung von Produktionsprozessen, deren Umsetzung in die Arbeitsvorbereitung und ihrer Ausführung in der Produktion.

Daß sich Arbeitsformen innerhalb der beiden Bereiche von Vorplanung und Ausführung wechselseitig unvermittelt gegenüberstehen, ist gleichzeitig die materielle Basis einer Produktionsweise, auf der Wissenschaft zur selbständigen und unmittelbar wirksamen Produktivkraft werden kann. Arbeitskräfte, die "wissenschaftliche Rezepte" in den Produktionsprozeß transformieren, ihre Anwendung kontrollieren und verbessern, Erfahrungen aus dem Produktionsprozeß selbst wissenschaftlich objektivieren, erscheinen als eine besondere und getrennte Arbeitskräftekategorie, deren Kooperation mit der ausführenden Arbeitskraft im Produktionsprozeß nicht in die Ausführungsbedingungen lebendiger Arbeit in Form von Produktionswissen eingeht. Für die ausführende Arbeitskraft wird die Verdoppelung des Produktionsprozesses, seine wissenschaftlich-technische "Vorrealisierung", zu abstrakten Arbeitsanweisungen, deren notwendige Übersetzung auf das entstehende Produkt, auf die konkreten Veränderungen des Arbeitsgegenstandes, auf die Wirkungsweise der Arbeitsmittel verhindert werden soll.

D. Neue Formen des Verhältnisses zwischen Arbeitskraft und Produktionsprozeß als Lösung von Produktivitäts- und Legitimationsproblemen

Zum Schluß beziehen wir das betriebliche Problem der Rigidität bzw. Elastizität von Produktionsprozeß bzw. Arbeitskraft auf die These der notwendigen Autonomie von Einzelkapital. Daraus ergibt sich die prinzipielle Ambivalenz der sogenannten neuen Formen menschlicher Arbeit. Diese Ambivalenz wird dann noch einmal explizit für die "autonomen Formen von Arbeit" diskutiert.

1. Rigidität und Autonomie

Bezogen auf die Autonomie von Einzelkapital läßt sich das angesprochene Verhältnis zwischen Rigidität und Elastizität von Arbeitskraft bzw. Produktionsprozeß wie folgt bestimmen:

Wenn der Produktionsprozeß aufgrund seiner materiellen, technisch-organisatorischen Struktur oder aufgrund der eingesetzten Arbeitskraft rigide wird, und die Rigidität des einen Potentials nicht jeweils durch die Elastizität des anderen kompensiert werden kann, sind Grenzen der Autonomie des jeweiligen Einzelkapitals erreicht. Die theoretische Begründung möglicher Rigidisierung von Produktionsprozessen können wir hier nicht weiter vertiefen.¹⁾

Historisch-empirisch sind Formen der Rigidisierung von Produktionsprozessen identifizierbar: Die überproportionale Investition ins fixe Kapital bei kontinuierlicher Kapitalakkumulation etwa bewirkt, daß Technologie innerhalb des Produktionsprozesses zu einem Faktor wird, von dem eine Reihe zwangshafter Folgewirkungen auf die Kontinuität der Kapazitätsauslastung, auf Produktdifferenzierung zum Zwecke größeren Kapitalumschlags, auf die Steigerung der Profitmasse gegenüber der Profitrate etc. ausgeht. Ein ähnlicher

¹⁾ Wir haben Versuche in dieser Richtung unternommen. (Altmann u.a. 1978, S.92 f)

Druck besteht gegenüber der Nutzung von Arbeitskraft, die intensiviert werden muß, um das investierte Kapital möglichst schnell zu verwerten.

Ein anderer Fall der Rigidisierung von Produktionsprozessen liegt dann vor, wenn eine der Ökonomisierung des Kapitals entsprechende, extrem produktspezifische Technisierung nicht durch eine zeitlich variabel disponible und sachlich elastisch nutzbare Arbeitskraft, etwa gegenüber sich ändernden Marktanforderungen, kompensiert werden kann. Beispiele hierfür sind die bekannten in Produktionsprozessen auftretenden Engpässe oder auch Prozeßphasen, in denen Art und Umfang der anfallenden Arbeit intransparent sind.

Die Starrheit von nach tayloristischen Organisationsprinzipien gestalteten Produktionsprozessen kommt schließlich auch in den bekannten betrieblichen Problemen der Produktqualität, der Ausschußproduktion und der Gefahr der Lahmlegung ganzer Produktionsprozesse zum Ausdruck dadurch, daß an neuralgischen Punkten Arbeit unter den verschiedensten Formen verweigert wird. Hinzu kommt, daß unter den Bedingungen fortschreitender Technisierung des Produktionsprozesses und neuer qualitativer Anforderungen an das Endprodukt die Materialkosten gegenüber den direkten Arbeitskosten weit stärker ins Gewicht fallen, so daß auch unter diesem Gesichtspunkt eine neue Struktur des Arbeitseinsatzes notwendig wird.

Was die Rigidität der Arbeitskraft betrifft, so kann diese nach den drei Dimensionen Verfügung, Nutzung, Gratifikation unterschieden werden (Altmann, Bechtle 1974, Bd. 2).

Das heißt, es geht genauer um das Problem, inwieweit durch einzelkapitalistische Nutzungsformen starre Verfügungs- und Gratifikationsbedingungen für andere, tendenziell für alle Einzelkapitale entstehen, die ihrerseits den Nutzungsspielraum von Arbeitskraft für das jeweilige Einzelkapital einengen. Starre, irreversible, vom besonderen Produktionsprozeß abgetrennte und statt dessen generalisierte Bedingungen der Verfügung über Arbeitskraft und der Gratifikation von Arbeitskraft sind Ergebnis ökonomisch-struktureller Entwicklungen, aber gleichzeitig ein potentiell, zunächst

nur "negatives" Moment der Verschiebung von Macht zugunsten der kollektiven Arbeitskraft. Dies kann sich auf der Seite des betrieblichen Herrschaftssystems in Form von Legitimations- oder Produktivitätskrisen auswirken.

Starrer werdende Verfügungs- und Gratifikationsbedingungen setzen sich insbesondere in Form rechtlicher und tarifvertraglicher Regelungen durch, die gleichzeitig nach unterschiedlichen Kategorien von Arbeitskräften differenziert werden. Inwieweit differentielle Rigiditäten selbst wiederum unter dem Autonomieprinzip vom Einzelkapital in der Konkurrenz nutzbar sind, kann hier nicht weiter verfolgt werden. (Vgl. Böhle, Deiß 1978.)

Das gesamte einschlägige empirische Material, insbesondere betriebliche Fallstudien, verweist jedoch darauf, daß allen bekannten Formen der vorwiegend experimentellen Reorganisation von Arbeit im Produktionsprozeß das Ziel gemeinsam ist, eingesetzte technische Ressourcen und menschliche Arbeitskraft organisatorisch flexibel einzusetzen, dem Produktionsprozeß eine höhere Anpassungskapazität nach außen zu geben.

Die von uns theoretisch begründete, notwendig widersprüchliche Durchsetzung von Formen der Vergesellschaftung von Arbeit, die an das Prinzip autonomer Kapitalverwertung durch Einzelkapital gebunden bleiben, produziert eine charakteristische - empirisch ebenfalls ausreichend nachgewiesene - Ambivalenz der Ergebnisse der Reorganisation von Arbeit: Sie unterliegen der Strategie von Einzelkapital zur Sicherung von Außen- oder Binnenautonomie und können gleichzeitig einen potentiell qualitativen Sprung von Vergesellschaftung aufweisen. War die Struktur der Produktivkräfte "vorher" charakterisiert durch den Widerspruch, daß die ihr zugrundeliegende und sie voraussetzende Vergesellschaftung von Arbeit, die Kooperation einer Vielzahl von Arbeitskräften unter dem Regime von Einzelkapital, faktisch die Isolierung der einzelnen Arbeitskräfte bedeutete, daß deren Zusammenhang außerhalb ihrer Nutzung nur durch den Austausch von Waren bestimmt war und insofern stets auch scheitern konnte, so gibt es Anzeichen von Formen der

Vergesellschaftung von Arbeit durch die kollektive Arbeitskraft innerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses.¹⁾

Die Ambivalenz neuer Gestaltungsformen von Produktionsprozessen trifft auch auf die stoffliche Form einer Reihe neuerer technischer Entwicklungen zu. So kann sich auf der auf Elektronik aufbauenden Systemtechnik auf der einen Seite zweifellos eine höhere Vergesellschaftungsform von Arbeit entwickeln, höhere wechselseitige Integration zwischen Arbeitskräften und abnehmende Isolierung untereinander; gleichzeitig dient diese Technisierung aber dazu, die Leitungsebene von Einzelkapital zu enthierarchisieren, zu entpersonalisieren, zu objektivieren. Insofern ist nicht das tayloristische Prinzip einer möglichst totalen Beherrschung lebendiger Arbeit überwunden, sondern es setzt sich über andere stoffliche Erscheinungsformen auf der Kapitalseite, als Entpersonalisierung des Kapitalverhältnisses selbst, fort. (Vgl. Neef, Morsch 1973, S. 127 f.)

Schließlich gilt der ambivalente Effekt von technischer und/oder organisatorischer Gestaltung von Produktionsprozessen, die überlieferte Formen technischer Arbeitsteilung im Betrieb überwinden, insbesondere auch für das betriebliche Herrschaftssystem. Je mehr sich betriebliche Formen der Vergesellschaftung von Arbeit ausdehnen, um so stärker wird der Konflikt zwischen diesen Formen und der Effizienz kapitalistischer Kontrolle über die Mobilität und vielseitige Verwendbarkeit der Arbeitskraft. Also liegen Formen der Delegation dieser Kontrolle nach unten nahe, die aber von demselben Widerspruch - Vergesellschaftung versus Isolierung/Spezialisierung - gekennzeichnet sind. Dies macht etwa alle empirisch feststellbaren Widerstände und Schwierigkeiten deutlich, die sich der horizontalen und vertikalen Integration von bisher getrennten Arbeitsfunktionen gegenüberstellen. Typischerweise sehen diese Formen der Reorganisation von Produktionsprozessen dann so aus, daß

¹⁾ Hieran läßt sich gleichzeitig das Problem der "technischen Intelligenz" theoretisch bestimmen: Einerseits sichert diese - durch die Trennung zwischen Kopfarbeit und Handarbeit - autonome Kapitalverwertung, während sie ideell durch die Vermittlung von Arbeitsverstand und Arbeitskraft reale Vergesellschaftung von Arbeit betreibt. (Vgl. Bahr 1973, S. 90 f.)

beides - höhere Mobilität und höhere Spezialisierung/wechselseitige Isolierung - zugleich verwirklicht werden.¹⁾

Die ambivalente Durchsetzung neuer Formen der Vergesellschaftung von Arbeit läßt sich theoretisch bereits an der "einfachsten" Form, dem sogenannten Job-enlargement, diskutieren.

Obwohl an den bekannten Formen von Job-enlargement üblicherweise zu Recht kritisiert wird, daß die Aneinanderreihung von mehreren dequalifizierten Arbeitsschritten von sich aus zu keiner qualifizierteren Arbeit führen kann, sondern im Gegenteil Arbeitsintensivierung bedeutet - wenn auch unter Umständen mit sinkender Monotonie - handelt es sich theoretisch um einen qualitativen Sprung?²⁾

Dieser besteht darin, daß die Integration des Produktionsprozesses, die Herstellung seiner Einheit, von der Ebene des subjektiven Verhältnisses von Arbeitskraft und Produktionsprozeß auf die Ebene der Mobilität (Austauschbarkeit) zwischen Arbeitskräften angehoben wird. Bereits Job-enlargement ist auf eine strukturelle Eigenschaft höherentzischierter Produktionsprozesse zurückzuführen, die von den Systemen der analytischen Arbeitsbewertung nur verborgen wird. Theoretisch verweist die Form von Job-enlargement bereits auf die Austauschbarkeit von Arbeitsfunktionen und damit auf die Polyvalenz von Arbeitskräften. Job-enlargement verweist mit anderen Worten auf die Produktivität des Systems im Unterschied zur Produktivität individueller Arbeitskraft. Dies widerspricht gleichzeitig einer Bewertung von Arbeitskraft anhand des tendenziell illusorisch werdenden Werts der arbeitsteiligen, parzellierten Arbeitsformen. Der Widerspruch aber zwischen der wachsenden Homogenisierung von Arbeitsfunktionen und der gleichzeitig notwendigen Hierarchisierung der Arbeitskräfte wird durch die Form des Job-enlargement nicht gelöst. De facto ist Job-enlargement häufig die schlichte Konsequenz eines pro Produktionseinheit reduzierten Produktionsvolumens (Verringerung der Stückzahl, Vergrößerung des Arbeitsumfangs).

1) Zum Beispiel in der Form, daß kleinere, sporadisch anfallende Reparaturarbeiten der Linie zugewiesen werden, wodurch Arbeitskraft vielseitiger einsetzbar und beweglicher wird, während die "wichtigen", etwa an elektronischen Geräten vorzunehmenden Eingriffe bei Spezialisten der zentralen Reparaturabteilung verbleiben, deren besondere Qualifikation so intensiver genutzt werden kann.

2) Wir abstrahieren hier von den allzu bornierten Formen, die sich derzeit auf empirischer Ebene finden lassen.

Die gleiche Ambivalenz, die empirisch-phänomenologisch registriert, aber kaum theoretisch erklärt wird, charakterisiert auch die Form des Job-enrichment.

So kann Job-enrichment betrachtet werden als ein Versuch, Monotonie und Bedeutungslosigkeit von einzelnen Arbeitsschritten zu reduzieren. Es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß die dem Job-enrichment entsprechende komplexere Arbeit der Arbeitskraft die Möglichkeit gibt, zumindest partiell die Bedingungen der Arbeitsausführung selbständig zu disponieren, indem zum Beispiel feedback-Informationen über das qualitative Ergebnis ihrer Arbeit als Orientierungsgrundlage für mögliche Veränderungen der Art und Weise des Vorgehens verfügbar sind.

Es ist wohl auch zutreffend, daß die Rekomposition von Arbeit durch Job-enrichment die Tatsache offenlegt, daß gegebene Organisationsformen von Arbeit entgegen der Ökonomie der Verwertung des eingesetzten Kapitals nur zum Zwecke der Aufrechterhaltung sozialer Kontrolle und sozialer Arbeitsteilung eingefroren werden.

De facto wiederum werden Formen von Job-enrichment dann eingeführt, wenn das gleiche Kriterium der ökonomischen Verwertung von Kapital es notwendig macht, die sogenannte indirekte Arbeit zu reduzieren. Job-enrichment eignet sich dazu, Arbeitskraft breiter zu nutzen, ohne daß diese dazu in der Lage wäre, über die Instrumente ihrer Nutzung zu verhandeln. Job-enrichment wird zum Beispiel dann durchgeführt, wenn existierende Kooperationsformen zwischen Arbeitskräften als mögliche Momente ihrer Vergesellschaftung aufgehalten und blockiert werden sollen.

Vereinfachend läßt sich feststellen, daß neue Formen der Vergesellschaftung von Arbeit nicht abstrakt von ihrem Modellcharakter her beurteilt werden können, sondern nur von Fall zu Fall, d.h. bezogen auf die Bedingungen einzelkapitalistisch autonomer Verwertung von Kapital.

Aus diesem Grund der notwendigen theoretischen Relativierung der Beurteilung von neuen Organisationsformen von Arbeit konzentrieren wir uns abschließend auf die aktuelle Diskussion der Überwindung sogenannter tayloristischer Organisationsformen von Arbeit durch Formen "autonomer Arbeit".

2. Die Ambivalenz der "autonomen" Formen von Arbeit

Kurz rekapituliert sind die zentralen theoretischen Dimensionen der bisherigen Analyse der Vergesellschaftung von Arbeit:

- die durch das Kapitalverhältnis bestimmte gesellschaftliche Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit als Voraussetzung der Autonomie von Kapitalverwertung;
- die Autonomie von Einzelkapital als historische Durchsetzungsform der Schrankenlosigkeit in Grenzen;
- die Konkurrenz zwischen Einzelkapitalen;
- die innere Kontingenz des gesellschaftlichen Produktionsprozesses.

Diese Kontingenz wird im Wechselspiel von Schrankenlosigkeit und Grenzziehung mehr oder weniger in Form gesellschaftlicher Problemlösungen, die ihrerseits auf das Autonomie- und Konkurrenzprinzip in historisch unterschiedlichen Kombinationen rekurren, bewältigt.

Werden diese Dimensionen auf das Postulat der Beherrschung des unmittelbaren Produktionsprozesses durch die Gestaltung von Technologie, Organisation und Arbeitskräfteeinsatz in Form von "Betrieb" bezogen, ergibt sich, sehr schematisch formuliert, das zentrale Charakteristikum des tayloristischen Prinzips: Gesellschaftliche Machtasymmetrie, die Autonomie des Einzelkapitals und einzelkapitalistische Kontingenzbewältigung werden möglich durch eine technisch-organisatorische Gestaltung von Arbeitsformen, von der die Arbeitskraft vollständig ausgeschlossen ist.

Die tayloristische reelle Subsumtion von Arbeit beherrscht lebendige Arbeit durch die Beherrschung des Produktionsprozesses in einem doppelten Sinn:

- sie negiert die funktionale oder operationale, auf den Ablauf und die Kontrolle des betrieblichen Produktionsprozesses bezogene Handlungsautonomie;
- sie zerstört die konfliktuelle oder interpretative, auf die eigenen Reproduktionsinteressen von Arbeitskraft bezogene Verhandlungsautonomie.¹⁾

Das Prinzip des Taylorismus ist demnach die wechselseitige Absicherung von einzelkapitalistischer Autonomie und gesellschaftlicher Machtasymmetrie. Verhandlungsgegenstand zwischen Arbeitskraft und Kapital ist ausschließlich der Lohn. Dieser ist die einzige Bezugsgröße, über den das Kapitalverhältnis steuerbar ist. Der Lohn wird zum Dreh- und Angelpunkt zwischen dem Betrieb, durch den das Einzelkapital Produktivität garantiert, und der erweiterten materiellen gesellschaftlichen Reproduktion. Notwendig ist damit gleichzeitig, daß die Lohndynamik voll und eindeutig durch die Struktur der durchschnittlichen Endnachfrage bestimmt wird. Die Nachfrage des Marktes und nicht die Nutzung von Arbeitskraft stellt die Verbindung zwischen Einzelkapital und Gesellschaft durch den Betrieb dar. Das Einzelkapital muß den Betrieb als Produktionszentrum der Gesellschaft als Konsumzentrum gegenüberstellen, um dieser die Vorherrschaft der Produktivität zu oktroyieren. Nur unter diesen Bedingungen gelingt es, kapitalistische Produktion mit der Verteilung des gesellschaftlichen Mehrwerts gleichzuschalten. In diesem Sinne sind wissenschaftliche Arbeitsorganisation und kapitalistische, auf den Kreislaufprozeß bezogene Planung, sind Taylor und Keynes zwei Seiten derselben Medaille. Von hier aus wird auch ersichtlich, daß eine industriesoziologische Analyse der Arbeitsorganisation und eine politökonomische Analyse des Verhältnisses von Einzelkapital und Gesamtprozeß im Prinzip nicht unabhängig voneinander durchgeführt werden können. Wissenschaftliche Arbeitsorganisation ist als ein in sich geschlossener Versuch zu begreifen, die "Andersheit von Arbeit" zu negieren. Lohnarbeit ist die Negation der Andersheit von Arbeit, Negation der Negation durch lebendige Arbeit, geht diese nichts an.

¹⁾Vgl. zu dieser analytischen Unterscheidung auch Tjaden 1972, S. 255 ff, insbesondere S. 263 f., S. 271 f.

Arbeit wird vollständig in die Bewegung des fixen Kapitals integriert. Die Planung des Kreislaufprozesses von Kapital reduziert sich auf die Entwicklung des Verhältnisses von Lohn und Produktivität. Deshalb ist der Lohnkampf der Arbeitskraft notwendig, um den Motor der technischen Entwicklung in Gang zu halten, um zahlungsfähige Nachfrage für Investitionen auf erweiterter Stufenleiter sicherzustellen.

Die tayloristische Ideologie von Betrieb mystifiziert diese Beziehung in der Form der Trennung zwischen Produzent und Konsument, zwischen Betrieb und Gesellschaft. Gesellschaft als Konsumgesellschaft steht dem Betrieb als dessen ideologische Rechtfertigung gegenüber. Aber ein derartiges Verhältnis Betrieb-Gesellschaft, das sich auf die ausschließlich quantitative Dimension von Beschäftigung und Lohn als Funktion von Nachfrage und Investition reduziert, verlangt gleichzeitig, daß Arbeitskraft ebenfalls auf eine ausschließlich quantitative Dimension reduziert wird. Das vorrangige betriebliche Arbeitskräfteeinsatzproblem besteht in der quantitativen Verfügung über Arbeitsmasse. Dies ist die historische Ausgangsform dessen, was Marx mit der Quantifizierung von Qualität, mit der Reduktion komplizierter auf einfache, von individuell-konkreter auf gesellschaftlich-abstrakte Arbeit auf den Begriff gebracht hat: die Schließung des Kreislaufs von Investition, Beschäftigung, Arbeitsorganisation (Fabriksystem), Produktivität, Lohn und Nachfrage - die Reproduktion der eigenen Voraussetzungen der Akkumulation von Kapital durch die Produktion selbst, genauer: durch eine bestimmte, massenhafte Serienproduktion.

Autonomie von Einzelkapital ist unter diesen Bedingungen sozusagen naturwüchsig. Autonomie als Selbstreproduktion ihrer eigenen Voraussetzungen und vollkommene Konkurrenz, innere Notwendigkeit und äußerer Zwang fallen zusammen.

Der Taylorismus als Arbeitsorganisation bindet Arbeitskraft, ihr Beschäftigungsniveau, ihr Lohnniveau, ihre Mobilität und Qualifikation unmittelbar an die Lohn-Produktivitäts-Beziehung.

Das zentrale Problem aber ist, inwiefern das gesellschaftliche Strukturprinzip von Machtasymmetrie

- überhaupt, und wenn ja,
- auf welche Formen der Negation von lebendiger Arbeit
- und auf welche Formen lebendiger Arbeit angewiesen ist.

Dieser Zusammenhang zwischen Machtasymmetrie und den Grenzen der Negation von Formen lebendiger Arbeit kann hier nur noch als Problem angedeutet werden, dessen Weiterbearbeitung allerdings Voraussetzung ist, um den Komplex von Humanisierung-Demokratisierung-Partizipation theoretisch abgesichert diskutieren zu können. Im Kontext der bisherigen Argumentation ist vor allem relevant, inwieweit die Sicherung von Binnenautonomie durch Formen "autonomer Arbeit" auf die Verteilung von Macht durchschlagen kann, wobei aber die Richtung einer anderen Verteilung durchaus offen ist, wenn die Beherrschung des Produktionsprozesses ausschließlicher Bezugspunkt bleibt.

Im Fall von "Handlungsautonomie" sind Bezugspunkt die Anforderungen an die Beherrschung eines gegebenen, einem Veränderungsdruck ausgesetzten Produktionsprozesses. Diese Anforderungen resultieren aus dem Verhältnis zwischen der Außen- und Binnenautonomie des jeweiligen Einzelkapitals sowie aus den Schwierigkeiten ihrer Aufrechterhaltung. Die Autonomie von Einzelkapital wird unter diesem Bezugspunkt prinzipiell nicht in Frage gestellt, sondern vielmehr bestätigt. Formen funktionaler Handlungsautonomie treten typischerweise dann auf, wenn die einzelkapitalistisch bestimmte Organisation des Betriebes bzw. seine hierarchische Ordnung Anforderungen an Prozeßbeherrschung entweder bewußt nicht absorbieren will oder, weil intransparent und stochastisch, weil nicht prognostizierbar, nicht absorbieren kann. Es kann sich dabei um die stillschweigende oder explizite Anerkennung dessen handeln, was de facto schon immer die Selbstregulierungsfähigkeit der Arbeitskraft war, durch autonom bestimmte, am Arbeitsprozeß orientierte "Belegschaftsoperation" betriebliche Herrschaftslücken bei der Inanganghaltung eines kontinuierlichen Produktionsprozesses auszufüllen. Oder aber

es werden neue Organisationsformen, d.h. Veränderungen eingeführt, die den autonomen Zuständigkeitsbereich der Arbeitskraft mehr oder weniger formal festlegen und der einzelnen Arbeitskraft oder Arbeitsgruppe zuordnen.

Bei der Frage nach den Formen der Vergesellschaftung von Arbeit im Produktionsprozeß steht die kollektiv-kooperative Dimension von menschlichem Arbeitsvermögen, die wechselseitige Abhängigkeit und Anpassung zwischen den Arbeitskräften im Vordergrund. Konkret kann sich dies ausprägen in Form kollektiv-kooperativer Entscheidungen über die Teilung und Verteilung von Anforderungen, die Einteilung von Arbeitszeit, die Art und Weise des Vorgehens (Reihenfolge der Arbeitsschritte, Auswahl der einzusetzenden Mittel, Bestimmung, ob und wann vorgegebene Qualifikationsstandards erreicht sind etc.). Die Beherrschbarkeit des Produktionsprozesses ist abhängig von der Transparenz außerbetrieblicher und innerbetrieblicher Verwertungs- und Realisierungsbedingungen. Zu diesen Bedingungen gehört die Arbeitskraft selbst, der außer- und innerbetriebliche Arbeitsmarkt sowie das Leistungsverhalten im Produktionsprozeß.

Die Herstellung von Transparenz und die Umsetzung in Entscheidungen ist arbeitsteilig organisiert. Die Entscheidungshierarchie kann als zunehmende Absorption von Intransparenz bestimmt werden.

In dem Maße, in dem Verwertungs- und Realisierungsbedingungen sich wechselseitig blockieren, wenn insbesondere Übergänge von fixem in zirkulierendes Kapital versperret sind, sind "Lösungen" nur denkbar, indem betriebliche Entscheidungssituationen produziert werden. In betrieblichen Entscheidungssituationen wird die Schrankenlosigkeit von Kapitalverwertung in Grenzen "abgearbeitet", insofern Entscheidungskonflikte und innerbetriebliche Kompetenzstreitigkeiten zwischen Finanzierung, Technik, Produktion, Personal und Verkauf auftreten und gelöst werden müssen. (Vgl. Arndt, Famulla 1975, S.124 f.).

Intransparenz von Entscheidungsvoraussetzungen und Entscheidungskonflikte zwischen verschiedenen Funktionsbereichen können Gründe von Machtdefizit sein. Das einzelkapitalistische Machtpotential kann durch das "Fabriksystem" und durch "Fabrikationalität" ein-

geschränkt werden, wenn das, worüber zu entscheiden ist, partiell intransparent ist oder wird, was allein unter dem Druck zunehmender Entscheidungszwänge eintreten kann, wenn Dissens und Konflikte zwischen Funktionsbereichen zunehmen und wenn unter diesen Bedingungen die im Zeitablauf unterstellte Wiederholbarkeit und Konstanz von Macht prekär wird. (Luhmann 1975, S. 89 ff.; Luhmann 1964, S. 124.)

Machtdefizite können sich ausdrücken als Inkompetenz von Entscheidungsträgern oder als Mangel an "organisierter Macht".¹⁾ Die letztlich strukturell auf Kontingenzprobleme zurückzuführende inkompetente oder defizitär organisierte Macht ist zugleich die potentielle Machtbasis der Beherrschten. Konflikttuelle Verhandlungsautonomie baut auf dieser Machtbasis auf, nutzt Informations- und Organisationsdefizite in der gegenüber Beherrschten ausgeübten Macht aus. Das Zugeständnis der eigenen Ohnmacht wird abhängig gemacht von der Einlösung von Forderungen, die sich nicht direkt auf deren Kompatibilität mit den Beherrschungsbedingungen des Produktionsprozesses beziehen, sondern auf autonome, eigene Reproduktionsinteressen.

Damit orientiert sich "Verhandlungsautonomie" auch nicht an der Autonomie von Einzelkapital als a priori akzeptiertem Rahmen der Befriedigung von Reproduktionsinteressen, sondern ist prinzipiell deren Gegensatz und Widerspruch. Verhandlungsautonomie stellt jene Grenzen in Frage, die der eigenen Reproduktion durch das Autonomieprinzip der einzelkapitalistischen Verwertung gesetzt sind. Deshalb wird Verhandlungsautonomie immer wieder bestrebt sein, Rigiditäten in die Bedingungen der Verfügung, Nutzung und Bewertung von Arbeitskraft einzubauen, die quer zu einzelkapitalistischen Elastizitätserfordernissen liegen können. Rigidität nämlich, und nicht Handlungsautonomie, bezeichnet den strukturellen Gegensatz zur Autonomie des Einzelkapitals. Rigidität aber bleibt prinzipiell negativ.

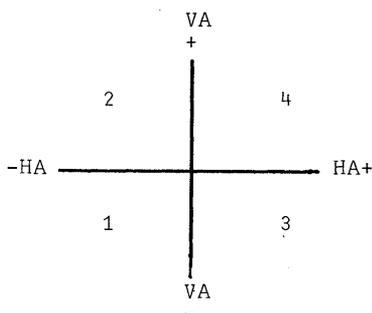
1) Beides wird häufig verwechselt: Untergebene schießen sich auf die Inkompetenz von Vorgesetzten ein, wobei in Wirklichkeit bereits ein Defizit an organisierter Macht vorliegt, welches die Inkompetenz des Vorgesetzten nur repräsentiert.

Ihre positive Aufhebung muß letztlich Ziel von Verhandlungsautonomie sein. Abstrakt läßt sich das Prinzip von Verhandlungsautonomie bestimmen als autonome Festlegung der Verhandlungsgegenstände, des Zeitpunktes von Verhandlungen, der Verhandlungsdauer bzw. der Dauer des "Waffenstillstandes".

Von hier aus kann man aber nicht schließen, daß Formen autonomer Arbeit (Handlungsautonomie) nicht ihrerseits zum Gegenstand von Verhandlungen werden könnten. Die Kompensation von Machtdefiziten einzelkapitalistischer Verwertungssysteme durch Formen von Handlungsautonomie im betrieblichen Produktionsprozeß, die nicht als Teilnahme an Macht mißverstanden werden dürfen, wird abhängig gemacht von der Verbesserung kollektiver Reproduktionsvoraussetzungen. Solche Verbesserungen können auch, aber müssen nicht durch autonome Arbeitsformen erreichbar sein. Mit "Demokratisierung" und "Partizipation" hat dies alles nichts zu tun, zumal Lösungsstrategien bekannt sind, bei denen eine Dezentralisierung operativer Entscheidungen in den Bereich ausführender Arbeit nach unten mit einer Rezentralisierung von Macht nach oben perfekt harmonieren.

Objekte von Verhandlungen sind konkret etwa Qualifizierungsprozesse, die die Arbeitskraft - im Interesse ihrer Autonomie, zunächst nicht wegen der Elastizität des Produktionsprozesses - für notwendig hält, sind Verhandlungen über die Folgen einer beabsichtigten Produktivitätssteigerung durch bessere Auslastung der vorangetriebenen Technisierung des Produktionsprozesses für die Quantität der verfügbaren, freisetzbaren, neu zu rekrutierenden Arbeitskräfte, für die Kriterien ihrer Bewertung. Verhandlungsgegenstand sind auch die durch neue Organisationsformen notwendigen oder möglichen Instrumente, über die die Arbeitskraft autonom disponieren kann, zum Beispiel Informationsinstrumente, um Einsicht und Verfügung über betriebliche Entscheidungsdaten, die sich direkt oder indirekt über den Markt auf die Bewertung, Verfügung und Nutzung von Arbeitskraft beziehen, zu erhalten.

Akzeptiert man diese Reinterpretation des Taylorismus als historisch bestimmten Zusammenhang zwischen der Gestaltung von Arbeitsorganisation in den Grenzen einzelkapitalistischer Autonomie durch Betrieb und der Durchsetzung gesellschaftlicher Machtasymmetrie, läßt sich der historische Prozeß in der Konfiguration von Handlungsautonomie und Verhandlungsautonomie theoretisch rekonstruieren:



Wenn man diese schematische Darstellung dynamisch interpretiert, d.h. wenn man die Widerstände und Interessen analysiert, die sich dem Übergang von einer Figuration in die andere stellen, erkennt man, daß in dem Prozeß der Überwindung von Herrschafts- und Produktivitätsdefiziten, die auf der linken Koordinatenseite (Feld 1 und 2) auftreten, sich ein betriebliches Grundproblem stellt, nämlich einzelkapitalistische Autonomie von Kapitalverwertung zu sichern, ohne sich dem Risiko auszusetzen, daß Handlungsautonomie und Verhandlungsautonomie sich wechselseitig steigern (Feld 4). Diese Entwicklung muß verhindert werden oder reversibel sein (Feld 3).

Die Dialektik im Feld 1 besteht darin, daß die Beherrschung des Produktionsprozesses von der totalen Gleichgültigkeit von Arbeit gegenüber dem Prozeß abhängt, was bedeutet, daß diese Gleichgültigkeit, kapitalistisch als Elastizität genutzt, von der Arbeitskraft zu Formen von "Nicht-Arbeit" umgepolt werden kann. Mit anderen Worten enthält die Situation 1 implizit das Risiko, daß Arbeitskraft bei einer völlig reduzierten Handlungsautonomie Forderungen unabhängig von ihrer unmittelbaren Stellung im Produktions-

prozeß aufstellt, was zum Beispiel ihre Qualifizierung und deren Bewertung, aber auch die Menge der verausgabten Arbeitsleistung betrifft.

Die Formen von Verhandlungsautonomie sind, wenn sie den Koordinatenschnittpunkt überholen, charakterisiert durch "Negativ- oder Blockierungsmacht" von Arbeit. Die Erscheinungsformen wie etwa Absentismus, turn-over, Produktionssabotage usw. sind bekannt. Arbeitskraft versucht, in diesen Formen die Ohnmacht innerhalb des Produktionsprozesses durch passiven Widerstand gegen den Produktionsprozeß zu "bestätigen".

Dies zu verhindern, bestimmt den Versuch einer Reihe von Zwischenlösungen, wie human-relations-Methoden, new patterns of management etc., die alle auf den Abbau von durch Arbeitskraft ausgelösten Blockierungen durch nur scheinbare Zugeständnisse an Handlungsautonomie abzielen.

Um aber Produktivitäts- und Legitimationskrisen zu verhindern, muß letztlich versucht werden, den Prozeß von -HA/-VA zu +HA/+VA abzublocken, d.h. der Taylorismus muß sich als "aufgeklärt" erweisen, indem eine ausgewogene Balance hergestellt wird zwischen der funktional notwendigen, operativen Prozeßautonomie und dem herrschaftsmäßig zulässigen, dazu notwendigen, aber nach Möglichkeit zu minimierenden Zugeständnis an interpretativ-konfliktuelle Autonomie. Aber auch die "Lösungen" innerhalb des Feldes 3 (+HA/-VA) sind durch eine immanente Dynamik charakterisiert: Inwieweit die zur Beherrschung eines kontinuierlichen Produktionsprozesses notwendigen Formen autonomer Arbeit im Prozeß ohne oder gar im Gegensatz zu jenen Formen aufrechterhalten werden können, die als an der eigenen Reproduktion autonom orientierte Verhandlungsmacht der Arbeitskraft über die Bedingungen ihres Einsatzes charakterisiert wurde, ist prinzipiell offen.

Für die Arbeitskraft gilt das umgekehrte Problem: Inwieweit sind Formen kollektiv-politischer Autonomie in der Bestimmung von Verfügbarkeits-, Nutzungs- und Gratifikationsbedingungen möglich, ohne daß sie sich auf den nach wie vor den Bedingungen des kapita-

listischen Gesamtprozesses unterstellten Produktionsprozeß dysfunktional auswirken. Formen kollektiver, reproduktionsorientierter Verhandlungsautonomie bleiben von solchen Formen autonomen Arbeitshandelns im Produktionsprozeß abhängig, die dem Kriterium von Produktivität unterstellt bleiben, bedeuten aber gleichzeitig eine permanente Herausforderung betrieblicher Herrschaft. Dies ist auch in dem Fall gegeben, wo ein gegebenes betriebliches Herrschaftssystem unfähig ist, mögliche Formen von Produktivitätssteigerung im unmittelbaren Produktionsprozeß im eigenen Interesse zu nutzen.

Daraus folgt, daß die anti-tayloristischen Formen von Arbeitsorganisation ihrerseits eine historische Balance finden müssen zwischen funktional am Produktionsprozeß (als Verwertungsprozeß) orientierter Autonomie und politisch-kollektiver Autonomie, die die Produktivität des gesellschaftlichen und betrieblichen Produktionsprozesses nicht von der Autonomie von Einzelkapital abhängig macht. Kapitalautonomie ist (bis heute), wenn sie gelingt, nur als Autonomie von partikularen Verwertungssystemen herstellbar. In Übereinstimmung dazu würde eine entsprechend fraktionierte Autonomie von Arbeitskraft in Form von Korporativismus der Logik der Formen von Einzelkapital folgen.

Für die kapitalistische Gestaltung des Produktionsprozesses, für die Formen seiner Beherrschung geht es darum, die Rigidität der Arbeitskraft bzw. des Arbeitsmarktes, die von bestimmten Formen der reellen Subsumtion selbst bewirkt wird, zu brechen. Extrem formuliert: Der Arbeitsmarkt soll durch die Arbeitsorganisation substituiert werden, insbesondere für jene Arbeitskräfte, die prinzipiell flexibel einsetzbar sind oder deren Elastizität betrieblich durch den Produktionsprozeß oder durch Qualifizierungsmaßnahmen hergestellt werden kann.

Umgekehrt muß es der Arbeitskraft und ihrer kollektiven Organisation im Produktionsprozeß darum gehen, die Überwindung der Ausgangssituation nicht an den "neuen" Organisationsformen als solchen (entlang der Achse HA+) zu bewerten, sondern an der Durchsetzung strategischer Instrumente für eine an Reproduktion ausgerichtete Verhandlungsautonomie zu orientieren. Dies wiederum kann nur

gelingen, wenn die Infragestellung kapitalistischer, insbesondere tayloristischer Arbeitsorganisationsformen nicht auf der Ebene von Betrieb, und auch nicht auf der von Handlungsautonomie im Betrieb, stehenbleibt. Eine Bewegung HA+/VA+ muß gesellschaftliche Bedingungen von Veränderungen mit einbegreifen.

Im hypothetischen Fall hoher Verhandlungs- und Konfliktautonomie, bei gleichzeitig wachsender Handlungsautonomie, wird zum Beispiel die Qualifikation der kollektiven Arbeitskraft als Produkt des jeweiligen Standes der gesellschaftlichen Machtverteilung definiert und nicht als Ergebnis der Technisierung und Organisation des Produktionsprozesses. Die Formen von Technisierung und Organisation werden dabei als Ausdruck der Strategie des Einzelkapitals zur Aufrechterhaltung betrieblicher Herrschaft interpretiert. Deshalb kann - im Vorgriff oder als Blockierung von Veränderungen des Produktionsprozesses - die Strukturierung von Qualifikation unabhängig von diesen Veränderungen verhandelt werden. Mit anderen Worten: Die Überwindung von Produktivitäts- und Legitimationsproblemen derjenigen Formen von Arbeitsorganisation, die annäherungsweise in den Feldern 1, 2 und 3 auftreten, stellt das Verhältnis von Betrieb und Gesellschaft, d.h. die durch Betrieb zu sichernde Autonomie von Einzelkapital, in Frage.

Literaturverzeichnis

- Altmann, Norbert; Bechtle, Günter: Betriebliche Herrschaftsstruktur und industrielle Gesellschaft, München 1971.
- Altmann, Norbert; Bechtle, Günter: Betrieb und Arbeitskräfteeinsatz, hektogr. Forschungsbericht, München 1974.
- Altmann, Norbert; Bechtle, Günter, Lutz, Burkart: Betrieb - Technik - Arbeit, Elemente einer soziologischen Analytik technisch-organisatorischer Veränderungen, Frankfurt/München 1978.
- Arndt, Horst; Famulla, Gerd: Die Leitung des kapitalistischen Produktionsprozesses. In: Mehrwert Nr. 9, Berlin/Bremen 1975.
- Bader, Veit-Michael; Berger, Johannes; Ganßmann, Heiner; Knesebeck, Jost v.d.: Einführung in die Gesellschaftstheorie, Bd. 1, Frankfurt 1976.
- Bahr, Hans-Dieter: Die Klassenstruktur der Maschinerie - Anmerkungen zur Wertform. In: R. Vahrenkamp (Hrsg.): Technologie und Kapital, Frankfurt 1973.
- Baldamus, Wilhelm: Der gerechte Lohn, Berlin 1960.
- Bechtle, Günter: Die These eines betriebsorientierten Ansatzes. In: Materialien aus der soziologischen Forschung, Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages 1976 in Bielefeld. Hrsg. von K.M. Bolte, Darmstadt 1978.
- Becker, Werner: Kritik der Marx'schen Wertlehre, Hamburg 1972.
- Böhle, Fritz; Altmann, Norbert: Industrielle Arbeit und soziale Sicherheit - Eine Studie über Risiken im Arbeitsprozeß und auf dem Arbeitsmarkt, Frankfurt 1972.
- Böhle, Fritz; Deiß, Manfred: Betriebliche Strategien und öffentliche Interventionen, hektogr. Forschungsbericht, München 1978.
- Brandt, Gerhard: Zentrale Themen und gesellschaftliche Bedingungen der Industriesoziologie seit Mitte der sechziger Jahre. In: Materialien aus der soziologischen Forschung, Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages 1976 in Bielefeld. Hrsg. von K.M. Bolte, Darmstadt 1978.
- Deutschmann, Manfred: Die systemtheoretische Entproblematisierung der marxistischen Gesellschaftstheorie. In: Mehrwert Nr. 6, Berlin/Bremen 1975.
- Düll, Klaus: Industriesoziologie in Frankreich - Eine historische Analyse zu den Themen Technik, Industriearbeit, Arbeiterklasse, Frankfurt 1975.
- Düll, Klaus: Que signifie la "stratégie d'autonomie" de l'entreprise? In: Sociologie du travail, Heft 1, 1978.

- Fricke, Werner: Arbeitsorganisation und Qualifikation, Bonn-Bad Godesberg 1975.
- Godelier, Maurice: Rationalität und Irrationalität in der Ökonomie, Frankfurt 1972.
- Habermas, Jürgen; Luhmann, Niklas: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt 1971.
- Habermas, Jürgen: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie? Eine Auseinandersetzung mit Niklas Luhmann. In: J. Habermas; N. Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt 1971.
- Habermas, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973.
- Herkommer, Sebastian: Vom Elend der Industriesoziologie. In: SOPO, Nr. 16, 1972.
- Hörz, Herbert: Der dialektische Determinismus in Natur und Gesellschaft, Berlin 1969.
- Hülst, Dirk; Tjaden, Karl Hermann; Tjaden-Steinhauer, Margarete: Methodenfragen der Gesellschaftsanalyse, Frankfurt 1973.
- König, René (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band II, Stuttgart 1969.
- König, René (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 8, 2. Auflage, Stuttgart 1977.
- Luhmann, Niklas: Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin 1964.
- Luhmann, Niklas: Zweckbegriff und Systemrationalität, Tübingen 1968.
- Luhmann, Niklas: Systemtheoretische Argumentationen. Eine Entgegnung auf Jürgen Habermas. In: J. Habermas; N. Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt 1971.
- Luhmann, Niklas: Sinn als Grundbegriff der Soziologie. In: J. Habermas; N. Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt 1971.
- Luhmann, Niklas: Selbstthematizierungen des Gesellschaftssystems. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 2, Heft 1, 1973.
- Luhmann, Niklas: Macht, Stuttgart 1975.
- Lutz, Burkart; Schmidt, Gert: Industriesoziologie. In: R. König (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 8, 2. Auflage, Stuttgart 1977.

- Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953.
- Marx, Karl: Das Kapital, Bde. I-III, MEW 23, 24, 25, Berlin 1968.
- Marx, Karl: Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Frankfurt 1969.
- Mickler, Otfried; Mohr, Wilma; Kadritzke, Ulf: Produktion und Qualifikation - Bericht über die Hauptstudie, 2 Bde., 2. Auflage, Göttingen 1977.
- Naville, Pierre: Le nouveau Léviathan 2, Le salaire socialiste, Bd. I, Paris 1970.
- Neef, Wolfgang; Morsch, Rainer: Veränderungen im Arbeitsprozeß, ihre Auswirkungen auf das Bewußtsein von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren sowie Folgerungen für die Ausbildung der technischen Intelligenz. In: R. Vahrenkamp (Hrsg.): Technologie und Kapital, Frankfurt 1973.
- Offe, Claus: Leistungsprinzip und industrielle Arbeit, Frankfurt 1970.
- Rancière, Jacques: Der Begriff der Kritik und die Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1972.
- Reichelt, Helmut: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx, Frankfurt 1970.
- Richta, Radovan und Kollektiv: Zivilisation am Scheideweg ("Richta-Report"), 2. Auflage, Prag 1968.
- Rolle, Pierre: Introduction à la sociologie du travail, Paris 1971.
- Rosdolsky, Roman: Zur Entstehungsgeschichte des Marx'schen "Kapitals", 2 Bde., Frankfurt 1968.
- Rubin, Isaak Iljitsch: Studien zur Marx'schen Werttheorie, Frankfurt 1973.
- Sauer, Dieter: Staat und Staatsapparat - Ein theoretischer Ansatz, Frankfurt/München 1978.
- Schmiede, Rudi; Schudlich, Edwin: Die Entwicklung der Leistungsentlohnung in Deutschland, Frankfurt 1976.
- Schmidt, Gert: Gesellschaftliche Entwicklung und Industriesoziologie in den USA - Eine historische Analyse, Köln 1974.
- Schürmann, Axel: Wertgesetz und gesellschaftliche Entwicklung, Gießen 1974.
- Schultz-Wild, Rainer; Weltz, Friedrich: Technischer Wandel und Industriebetrieb - Die Einführung numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen in der Bundesrepublik, Frankfurt 1973.

- Sohn-Rethel, Alfred: Die ökonomische Doppelnatur des Spätkapitalismus, Darmstadt/Neuwied 1972.
- Teschner, Eckart: Lohnpolitik im Betrieb, Frankfurt 1977.
- Tjaden, Karl Hermann: Soziales System und sozialer Wandel, Stuttgart 1972.
- Touraine, Alain: Sociologie de l'action, Paris 1965.
- Touraine, Alain: La conscience ouvrière, Paris 1966.
- Touraine, Alain: Industriesoziologie. In: R. König (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band II, Stuttgart 1969.
- Touraine, Alain: Production de la société, Paris 1973.
- Tsuru, Shigeto (Hrsg.): Has Capitalism changed? Tokio 1961.
- Ullrich, Otto: Technik und Herrschaft, Frankfurt 1977.
- Vahrenkamp, Richard (Hrsg.): Technologie und Kapital, Frankfurt 1973.

Das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. München

Das ISF - ein eingetragener Verein mit anerkannter Gemeinnützigkeit - entstand in seiner jetzigen Form und Aufgabenstellung im Winter 1964/65 und finanziert sich ausschließlich durch projektgebundene Einnahmen und Zuwendungen.

Mitglieder des Vereins sind ganz überwiegend Personen, die mit der Arbeit des Instituts - zum Teil als langjährige Mitarbeiter verbunden sind; der Vereinsvorstand besteht aus den beiden Institutsleitern und Mitarbeitern des Instituts.

Seit 1973 ist das ISF - neben dem Soziologischen Institut der Universität München und dem Deutschen Jugendinstitut - als einer von drei Arbeitsbereichen (Arbeitsbereich C) am Sonderforschungsbereich 101 der Universität München - Titel: "Theoretische Grundlagen sozialwissenschaftlicher Berufs- und Arbeitskräfteforschung" - beteiligt.

Im Institut arbeiten etwa 20 Wissenschaftler mit soziologischer bzw. wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung (nicht selten in Kombinationen miteinander bzw. mit Jurisprudenz und Ingenieurwissenschaften). Die meisten Wissenschaftler des Instituts verfügen über langjährige Forschungserfahrung, die überwiegend, aber nicht ausschließlich, im Institut erworben wurde.

Die Arbeit des Instituts gliedert sich seit geraumer Zeit in vier Schwerpunkte:

- (1) Betrieb und technischer Fortschritt
- (2) Betrieb, Arbeitskraft und öffentliche Interventionen
- (3) Bildung und Arbeit
- (4) Arbeitsmarkt und betriebliche Beschäftigungspolitik.

Gemäß diesen Schwerpunkten strukturieren sich sowohl die grundlagenorientierten Projekte (die das ISF vor allem im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 101 bearbeitet) wie die meisten empirischen und überwiegend anwendungsbezogenen Arbeiten, die vor allem für

öffentliche Auftraggeber durchgeführt werden. Jedem Schwerpunkt entspricht eine Projektgruppe ("Team"), die aus vier bis fünf langfristig in diesem Schwerpunkt tätigen Mitarbeitern und je einem der beiden Institutsdirektoren besteht.

Während das Institut in den ersten Jahren seiner Existenz nur wenige Publikationen vorlegen konnte, werden seit 1973 pro Jahr vier bis sechs Arbeiten des Instituts veröffentlicht - seit 1977 im Campus Verlag, Frankfurt/New York, der auch den Vertrieb der früher in der Europäischen Verlagsanstalt bzw. im Aspekte Verlag erschienenen Institutspublikationen übernommen hat.

Ein Überblick über alle bisherigen Arbeiten und Veröffentlichungen des Instituts ist über das Institut erhältlich.

INSTITUT FÜR SOZIALWISSEN
SCHAFTLICHE FORSCHUNG E.V.

INSTITUT FÜR SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG E.V.
Jakob-Klar-Straße 9 - 8000 München 40 - Tel.374573

Veröffentlichungen des ISF 1975 - 1980

- Asendorf-Krings, Inge; Drexel, Ingrid; Kammerer, Guido; Lutz, Burkart; Nuber, Christoph: Reform ohne Ziel? - Zur Funktion weiterführender beruflicher Schulen - Eine bildungspolitische Analyse auf empirisch-statistischer Grundlage. München/Köln 1975.
- Binkelmann, Peter; Böhle, Fritz; Schneller, Irmtraut: Industrielle Ausbildung und Berufsbildungsrecht - Betriebliche Interessen und Öffentliche Einflußnahme in der beruflichen Grundbildung. Frankfurt/Köln 1975.
- Binkelmann, Peter; Schneller, Irmtraut: Berufsbildungsreform in der betrieblichen Praxis - Eine empirische Untersuchung zur Wirksamkeit öffentlich-normativer Regelungen bei der Steuerung betrieblichen Handelns. Frankfurt/München 1975.
- Düll, Klaus: Industriesoziologie in Frankreich - Eine historische Analyse zu den Themen Technik, Industriearbeit, Arbeiterklasse. Frankfurt/Köln 1975.
- Lutz, Burkart: Krise des Lohnanreizes - Ein empirisch-historischer Beitrag zum Wandel der Formen betrieblicher Herrschaft am Beispiel der deutschen Stahlindustrie. Frankfurt/Köln 1975.
- Lutz, Burkart; Kammerer, Guido: Das Ende des graduierten Ingenieurs? - Eine empirische Analyse unerwarteter Nebenfolgen der Bildungsexpansion. Frankfurt/Köln 1975.
- Drexel, Ingrid; Nuber, Christoph; von Behr, Marhild: Zwischen Anlernung und Ausbildung - Qualifizierung von Jungarbeitern zwischen Betriebs- und Arbeitnehmerinteressen. Frankfurt/München 1976.
- Düll, Klaus; Sauer, Dieter; Schneller, Irmtraut; Altmann, Norbert: Öffentliche Dienstleistungen und technischer Fortschritt - Eine Untersuchung der gesellschaftlichen Bedingungen und Auswirkungen in der Deutschen Bundespost. 2 Bände. Frankfurt/München 1976.
- Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, München, Hrsg.: Betrieb - Arbeitsmarkt - Qualifikation I - Beiträge aus der laufenden Forschungsarbeit. Frankfurt 1976.
- Lutz, Burkart, unter Mitwirkung von Schultz-Wild, Rainer; von Behr, Marhild: Personalplanung in der gewerblichen Wirtschaft der Bundesrepublik, Ergebnisse der Betriebserhebung 1975 - Band I. Frankfurt/München 1977.
- Marquardt, Regine: Sonderschule - und was dann? - Zur Situation der Sonderschüler auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf. Frankfurt 1977.
- Altmann, Norbert; Bechtle, Günter; Lutz, Burkart: Betrieb - Technik - Arbeit, Elemente einer Analytik technisch-organisatorischer Veränderungen. Frankfurt/München 1978.

- Binkelmann, Peter; Deiß, Manfred: Öffentliche Interventionen und betriebliches Handeln - Das Beispiel der beruflichen Abschlussprüfung. Frankfurt/München 1978.
- Maase, Mira; Sengenberger, Werner; Weltz, Friedrich: Weiterbildung - Aktionsfeld für den Betriebsrat? - Eine Studie über Arbeitnehmerinteressen und betriebliche Sozialpolitik. Frankfurt/München, 2. Auflage, 1978.
- Sauer, Dieter: Staat und Staatsapparat - Ein theoretischer Ansatz. Frankfurt/München 1978.
- Schultz-Wild, Rainer: Betriebliche Beschäftigungspolitik in der Krise - Forschungsergebnisse aus der Rezession 1973/75. Frankfurt/New York 1978.
- Sengenberger, Werner, Hrsg.: Der gesplittene Arbeitsmarkt - Probleme der Arbeitsmarktsegmentation. Frankfurt/New York 1978.
- Sengenberger, Werner: Arbeitsmarktstruktur - Ansätze zu einem Modell des segmentierten Arbeitsmarktes. Frankfurt/München, 2. Auflage, 1978.
- Sengenberger, Werner: Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit - auch ein Strukturproblem des Arbeitsmarkts. Frankfurt/München 1978.
- Lutz, Burkart, unter Mitwirkung von Schultz-Wild, Rainer; Tiemann, Friedrich: Betriebliche Personalplanung zwischen Unternehmensplanung und Personalpolitik, Ergebnisse der Betriebserhebung 1975 - Band II. Frankfurt/München 1979.
- Drexel, Ingrid; Nuber, Christoph; Qualifizierung für Industriearbeit im Umbruch. Die Ablösung von Anlernung durch Ausbildung in Großbetrieben von Stahl und Chemie, Frankfurt/München 1979.
- Asendorf-Krings, Inge: Facharbeiter und Rationalisierung - Das Beispiel der großbetrieblichen Instandhaltung, Frankfurt/München 1979.
- Bechtle, Günter: Betrieb als Strategie - Theoretische Vorarbeiten zu einem industriesoziologischen Konzept, Frankfurt/München 1980.

Auslieferung sämtlicher Titel über den Campus-Verlag,
Frankfurt a.M.